

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Abgelehnt und angelehnt

Die 5. Tagung des Parteivorstandes hat sich am 24. März ausführlich mit den 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost beschäftigt und festgelegt, sie als Dokument im offiziellen Informations-Bulletin über die Beratung zu veröffentlichen. Drei gestandene frühere DDR-Bürger und ehemalige SED-Mitglieder – die Genossen Hans Fischer, Frank Mühlfeldt und Hartwig Strohschein – waren als Autoren unseres landesweit erörterten Materials eingeladen und konnten in der Debatte über die halbkoloniale Lage im 1990 annektierten östlichen Landesteil der BRD sowie über die entwürdigenden Auswirkungen von Konterrevolution und Restauration berichten. Die 5. Tagung beschloß eine in etlichen Fragen an unsere 11 Forderungen, die hier leider unerwähnt blieben, angelehnte Diskussionsgrundlage für Partei und Öffentlichkeit. All das ist als Achtungserfolg für die unermüdliche Parteiarbeit von Nordost und dem „RotFuchs“ sowie alle Teilnehmer am bisherigen Meinungsbildungsprozeß zu betrachten.

Um so mehr muß es verwundern, daß in dem UZ-Bericht von der 5. Tagung so getan wird, als habe der PV unseren Vorschlag pauschal abgelehnt. Der Satz, „Dabei wurde sich auch mit ‚11 Punkten‘ der DKP-Gruppe Berlin Nordost auseinandergesetzt, die der Parteivorstand als nicht geeignet für ein DKP-Forderungsprogramm betrachtete“ entspricht zwar der mehrheitlichen Stimmungslage des zu über 90 % aus westdeutschen Genossinnen und Genossen zusammengesetzten PV; ein zurückweisendes Votum hat es jedoch nicht gegeben. Wir gehen deshalb davon aus, daß die 11 Forderungen weiter in der Diskussion und Orientierung jener Parteigruppen bleiben, die sie sich – wie Leipzig, Teterow-Neubrandenburg und Berlin Nordost – durch Mitgliederentscheid zueigen gemacht haben. Mit diesem Angebot sowie weiteren Recherchen und Analysen, Fakten und Argumenten wollen wir uns in die Debatte über die Diskussionsgrundlage des PV einbringen. Der „RotFuchs“, der natürlich auch in Zukunft als Zeitung der DKP-Berlin Nordost erscheint, wird seinen konstruktiven Beitrag dazu leisten.

Wir gehen hier bewußt nicht auf gewisse unsachliche und unqualifizierte Seitenhiebe einzelner Redner auf der 5. Tagung gegen unsere Zeitung und unsere Gruppe sowie gegen besonders engagierte Genossen aus Nordost ein. Das würde das erreichte Resultat unnötig abwerten und die Sache auf eine schiefe Ebene bringen. Wir ziehen in Betracht, daß allein das Zustandekommen einer PV-Tagung der DKP, die sich – nach zehn einhalb Jahren Annexion der

DDR – erstmals mit der Thematik „Ostdeutschland“ umfassender beschäftigte, ein Ergebnis vieler Bemühungen ist. Darin schlägt sich auch der Einsatz unserer Genossinnen und Genossen, die überwiegend aus der SED kommen und von dort wertvolles Wissen beizusteuern haben, nieder.

Ohne Zweifel haben sich nicht alle Wünsche erfüllt. Dazu sind die Erfahrungen und Positionen zu unterschiedlich, wobei wir ausdrücklich hervorheben wollen, daß die Differenzen ideologischer und nicht geografischer Natur sind. Mit vielen Mitstreitern aus dem Westen spinnen wir seit langem einen guten Faden.

Wo sehen wir Defizite des Ostbeschlusses der 5. Tagung?

Erstens hatten wir an ein Sonderprogramm der gesamten DKP für den Osten als Schritt zur Mobilisierung des Solidaritätspotentials der politisch bewußtesten Kräfte der ganzen deutschen Arbeiterbewegung gedacht. Dabei gingen wir stets davon aus, daß der Osten nur das Versuchslabor für auch im Westen geplanten Sozial- und Demokratieabbau ist. Im jetzt vorliegenden Entwurf findet man eine „Melange“ ost- und westdeutscher Forderungen.

Zweitens faßten wir einen knappen und präzisen, einprägsamen und agitatorisch wirkungsvollen Text ins Auge – die Diskussionsgrundlage aber ist um ein Mehrfaches länger, umständlicher und schwerer handhabbar. Dennoch – wir veröffentlichen sie als Anlage zum RF, nachdem die UZ den Abdruck unseres besonders im Osten und weit über das Wirkungsfeld der DKP hinaus populären Vorschlags leider nicht gewagt hat.

Drittens bedauern wir die inhaltliche Distanz ausdrückende Nichtbeachtung einiger wichtiger Forderungen wie der nach Auflösung der inquisitorischen Gauck-Behörde.

Auf der 5. Tagung ist ein positiver Anfang gemacht worden. Daß es dort nicht, wie einige hochmotivierte Gerüchte ausstreuer im Vorfeld der Beratung behaupteten, zu einer „Abrechnung mit Nordost“, einer „Aussperrung des ‚RotFuchs‘ aus der DKP“ und „administrativen Maßnahmen“ gegen einzelne Genossen gekommen ist, sondern daß ein Minimalkonsens in wichtigen Fragen erreicht werden konnte, erfüllt uns mit Genugtuung. Allerdings hätte man sich nicht nur an die 11 Forderungen anlehnen, sondern ihren Autoren auch ein Wort des Dankes sagen sollen. Doch das nur nebenbei. Jetzt geht es – wie vor der 5. Tagung – um die Einheit und Stärkung der DKP – und zwar auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Klaus Steiniger



Abgelehnt und angelehnt	S. 1
Gedanken auf der Heimfahrt aus Essen	S. 2
Unterschiede aushalten	S. 3
Woran sich die Geister scheiden	S. 4
Warum wir stolz auf die SED sind	S. 5
Die Knüppel der Stupo	S. 6
Ein Lehrstück für andere	S. 7
Hände weg vom Palast der Republik	S. 8
Wer schreibt, der bleibt!	S. 8
Wurzeln nicht verleugnet	S. 9
Ein empörender Richterspruch	S. 9
Ein Vorschlag aus Kassel	S. 10
„Verhinderer“ und Tempomacher	S. 11
Das Ende meiner Gewerkschaft	S. 12
Unter Druckern erlebt	S. 12
Lenin und die Kolonialfrage	S. 13
Auf dem volksdemokratischen Weg	S. 13
Gramsci „Ordine Nuovo“	S. 14
Historische Hintergründe	S. 14
Die Zauberlehrlinge der NATO	S. 15
Robert Hue - der doppelte Verlierer	S. 16
Gorbatschow - der Scharlatan	S. 17
Am Rande bemerkt	S. 18
Leserbriefe	S. 19
Termine & Anzeigen & Infos	S. 24

**Beilage:** „Für gleiche Rechte in Ost und West kämpfen!“  
Diskussionsgrundlage, beschlossen auf der 5. PV-Tagung der DKP

*Darf eine Gruppe wirksamer sein als der Vorstand erlaubt?*

## Gedanken auf der Heimfahrt aus Essen

Die Bibel könne kein Kriterium wahrer Erkenntnis sein, sie enthalte nur einfache moralische Lehren; Gott sei die Natur, die Materie oder die Substanz selbst. Mit solchen Auffassungen (Pantheismus), zu denen er nach dem Erlernen der hebräischen, spanischen, portugiesischen, italienischen, niederländischen, deutschen und lateinischen Sprache sowie neuer Erkenntnisse der Mathematik, Physik und Philosophie (vor allem der Descartes') gelangt war, entwickelt sich Baruch Spinoza in der Mitte des 17. Jahrhunderts objektiv zu einem Interessenvertreter des aufstrebenden Bürgertums. Dieses hätte seine produktiven Kräfte im Gegensatz zu denen der Vertreter des Feudaladels nicht entwickeln können, ohne für die Forderung nach Erkenntnisfreiheit der menschlichen Individuen und ihrer Befreiung aus der Unterwürfigkeit gegenüber Gott zu streiten.

1755 wurde der 24jährige Spinoza in der Synagoge seiner portugiesischen Judengemeinde zu Amsterdam mit dem großen Bann belegt. Er sei verflucht am Tag und in der Nacht, niemand dürfe mehr mündlichen oder schriftlichen Kontakt zu ihm unterhalten, niemand mehr unter einem Dache mit ihm weilen. Es war nicht das erste Mal und sollte schon gar nicht das letzte Mal sein, daß kurzsichtige Vertreter einer aufstrebenden Klasse weitsichtigere Leute unterdrückten, die für die Entwicklung der eigenen Ideologie gewirkt haben.

Heinrich Heine schrieb in seiner berühmten „Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ 1834: „Konstatiert ist es, daß der Lebenswandel des Spinoza frei von allem Tadel war und rein und makellos wie das Leben seines göttlichen Veters, Jesu Christi. Auch wie dieser litt er für seine Lehre, wie dieser trug er die Dornenkrone. Überall, wo ein großer Geist seine Gedanken ausspricht, ist Golgatha (Jesus' Kreuzigungsort).“

Diese weit zurückliegenden Vorgänge kamen mir merkwürdigerweise auf der Rückfahrt von Essen in den Sinn, wo ich am 24. März zum ersten Mal an einer Vorstandstagung meiner Partei (als Gast) teilgenommen hatte. Immerhin war mir mit der Einladung zu dieser Beratung ein recht umfangreiches Material der UZ-Redaktion zugesandt worden, worin unserem „RotFuchs“ eine Art fraktioneller Tätigkeit vorgeworfen wurde. Und tatsächlich erhob am Schluß der Diskussion auf der 5. Tagung auch noch jemand die Forderung, die Angelegenheit mit dem „RotFuchs“ endlich „zu klären!“ Dazu kam es dann nicht, im Vorfeld hatte es vielfältigen Protest gegen eventuelle administrative Schritte gegeben.

Vernünftigerweise sollte es inhaltlich um die Erhöhung der Wirksamkeit der DKP im Osten Deutschlands gehen. Das Referat der stellvertretenden Vorsitzenden Nina Hager bot dazu Fakten und Ansatzpunkte für die weitere Diskussion. Drei Genossen aus Berlin Nordost stellten dar, wie sie der Aufför-

derung des Parteivorsitzenden auf dem 15. Parteitag folgend zu den 11 Forderungen gelangten und sie veröffentlichten, nachdem sie beim Bezirksvorsitzenden dafür keine Gegenliebe gefunden hatten. Soweit ich sehe, bewegen sich diese Forderungen politisch im Rahmen des Grundgesetzes und sind damit selbst nach bürgerlicher Auffassung rechtmäßig. Wie auch immer die Schritte im einzelnen gewesen sein mögen – allein die Tatsache, daß dieses Angebot zur allgemeinen Diskussion, zu einem nachhaltigen Echo, zum Nachdenken und auch zum Widerspruch geführt hat, brachte die DKP zumindest im Osten stärker als je zuvor ins Gespräch, und zwar überwiegend positiv! Ich konnte Genossen Hans Fischer aus Nordost nur zustimmen, als er sagte: „Wenigstens ein Dankeschön hätten wir vom Vorstand für diese Initiative schon erwartet“.

Dem Referat schloß sich eine längere Debatte an, die für mich insofern erfreulich war, als vorwiegend Begründungen und Argumente für Positionen zur Arbeit im Osten vorgetragen wurden, selbst wenn man ihnen nicht immer zustimmen konnte. Außerdem müssen wir alle zuhören wollen und können, wenn wir gemeinsam vorankommen möchten.

Doch dann überwogen formale Kritiken an „Kompetenzüberschreitungen“ der Gruppe Berlin Nordost und Bemerkungen wie diese: Auch in den neuen Ländern wolle eine Mehrheit die DDR nicht wiederhaben; die DDR – das sei der Schnee von gestern, aus und vorbei; man habe sie widerstandslos aufgegeben; man müsse unter Nutzung vor allem der Erfahrungen, die bis 1990 im Klassenkampf in der BRD gesammelt wurden, den Blick nach vorne richten; die heutige BRD sei lediglich die größer gewordene alte Bundesrepublik usw.

Hier ist nicht der Raum für eine ausführliche Gegenargumentation. Nur soviel: Anfang der 90er Jahre wurde bekanntlich an Staatsanwaltschaft und Richter die inzwischen emsig befolgte Order ausgegeben, die DDR zu delegitimieren. Der Auftraggeber war ein ehemaliger Geheimdienstchef, dann Justiz-, dann Außenminister des Regierung genannten Geschäftsführenden Ausschusses der bundesdeutschen Bourgeoisie. Wozu aber gibt es diese enormen Anstrengungen zur Auslöschung aller Erinnerungen an die DDR, wenn sie nur „Schnee von gestern“, schlecht und marode gewesen ist, sodaß es für kommende Generationen nichts von ihr zu lernen gäbe?

Möglicherweise ahnen differenziert urteilende Vertreter der Ausbeuterklasse eher als einige unserer eigenen führenden Genossen, daß die DDR nicht nur ein paar Kindergärten und andere soziale Errungenschaften mehr aufwies als die alte BRD. Tatsächlich geht es dem Wesen der Sache nach darum, daß wir selbst unter Bedingungen, die nach bestimmten Vorstellungen eigentlich für eine Revolution so gut wie nicht geeignet waren, jahrzehntelang auf deutschem Boden die Vergesellschaftung der Aneignung und Verteilung

der Mittel zum Leben erstaunlich weit verwirklicht hatten. Das große Programm der Befreiung der Arbeit und der Arbeiterklasse wie anderer Werktätiger wurde in vieler Hinsicht realisiert. Wenn man in den 60er und 70er Jahren international studieren wollte, wie soziale Gerechtigkeit ohne privates Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln in einem industriell relativ entwickelten Land möglich ist, dann konnte man das vor allem in der DDR tun.

Menschen aus dieser Schule, die dazu ihre Erfahrungen (immer die eigenen Fehler inbegriffen!) vermitteln könnten und wollen, haben es in der DKP nicht leicht. Sie müssen deshalb oft genug zur Selbsthilfe greifen. Eine 1998 (!) von der Partei ins Auge gefaßte paritätische Kommission aus Ost- und West-Genossen zur Auswertung der Erfahrungen der DDR hat ihre Arbeit bis heute nicht aufgenommen. Stattdessen wurden „Sozialismus-Vorstellungen“ veröffentlicht, die bei aktiven Erbauern und Mitgestaltern der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Ordnung auf deutschem Boden (1945–1989) wegen der passagenweise an den Tag gelegten Ignoranz und Einfältigkeit Verwunderung hervorrufen.

Wie Marx 1867 im Vorwort zum „Kapital“ dem deutschen Arbeiter erklärte: Wenn im vorliegenden Buche vor allem von der englischen Arbeiterklasse die Rede ist, dann vergesse nicht: Eine Nation kann und soll von den anderen lernen; eine fortgeschrittene Abteilung des internationalen Proletariats zeigt den anderen Abteilungen Probleme ihrer möglichen Zukunft; von euch selbst ist hier die Rede!

Man könnte in diesem Sinne sagen: Es wäre gut für die DKP, wenn sie gründlich die erfreulichen wie schmerzhaften Erfahrungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands studieren würde. Denn hinsichtlich der innenpolitischen Faktoren gedieh und scheiterte die DDR vor allem mit dem jeweiligen Zustand ihrer führenden Kraft. Es stand und stellt sich in jeder kommunistischen Partei in bestimmten Perioden die Frage, ob das theoretische Niveau und das praktische Können der Führungen ausreicht, dem inzwischen entwickelten Stand der Bewußtheit der Massen leitend gerecht zu werden.

Es heißt, wenn Gott ein Amt gibt, dem möge er auch den erforderlichen Verstand geben, es auszuüben. Gott, wenn er denn existierte, scheint da gegenüber Sozialisten und Kommunisten nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Auch das wissen wir aus der DDR. Möglicherweise will er uns bedeuten: Helft euch selbst, dann hilft euch Gott! Vielleicht haben das unsere Vorkämpfer vor etwa 130 Jahren schon erkannt, seitdem es heißt: Es rettet uns kein höheres Wesen ... Tatsächlich haben wir die Pflicht, unsere Aufgaben selbst zu erkennen und zu lösen. Daher die vorstehenden Gedanken.

**Eike Kopf**

## Eindrücke von der 5. Tagung des Parteivorstandes

## Unterschiede aushalten!

Am 24. und 25. März 2001 fand die mit Spannung erwartete 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP in Essen statt. Drei Genossen aus der Gruppe Nordost hatten Gelegenheit, an der ganztägigen Beratung des ersten Tagungsordnungspunktes „DKP-Politik in Ostdeutschland“ teilzunehmen.

Zunächst die aus meiner Sicht wichtigsten Beschlüsse: Als Diskussionspapier wurde das von uns als Beilage gedruckte Material „Für gleiche Rechte in Ost und West: Gemeinsam kämpfen!“ beschlossen, in das nicht wenige Gedanken aus unseren „11 Forderungen ...“ Eingang gefunden haben, auch wenn Wichtiges ganz wegfiel. Eine gesonderte Beschlusfassung zu unserem Vorschlag unterblieb, sodaß die im UZ-Bericht vom 30. März dargestellte „Zurückweisung“ der 11 Forderungen an den Tatsachen vorbeigeht. Weiterhin bildete der Parteivorstand aus seiner Mitte eine dreiköpfige Kommission, „die in Gesprächen mit der Leitung der Gruppe Nordost ... die entstandenen Konflikte und Probleme erfaßt, sie diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet.“ Schließlich halte ich für bedeutsam, daß eine indirekte Absegnung der von einem UZ-Vertreter auf unserer Leserkonferenz vorgetragenen Stellungnahme vom PV mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Der Vorschlag, die Genossen W. Gerns, H. H. Holz und R. Steigerwald, die ihre Hilfe angeboten hatten, in die Vermittlungskommission mit aufzunehmen, fand bei 15 : 15 Stimmen leider keine Mehrheit.

„RotFuchs“-Leser wissen, dass es im Vorfeld der 5. Tagung eine monatelange Diskussion über die Ostpolitik der Partei gegeben hat, die vor allem durch die Veröffentlichung unseres Angebots im RF-Novemberheft inspiriert worden war. Eine kaum noch überschaubare Zahl von Zuschriften und Beiträgen aus Ost und West hat bestätigt, daß die Behandlung dieser Thematik eigentlich schon lange überfällig war. Zusätzlich erhielt diese Debatte auch Nahrung durch Äußerungen maßgeblicher Vertreter anderer Parteien der BRD, was offenbar einen gewissen Zeitdruck für die DKP-Führung erzeugte.

Das Referat zum Thema hielt N. Hager. Der erste Teil der Rede brachte analytische Aussagen zur Situation in Ostdeutschland. Unter Berufung auf den PDS-Politiker W. Steinitz wurden die Spezifika wie folgt zusammengefaßt: „Überstülpen der bundesdeutschen Wirtschafts-, Eigentums- und Rechtsordnung; Schaffung rechtlicher Ausnahmeregulungen für Ostdeutschland; Liquidierung fast aller Institutionen und Regelungen, von wissenschaftlicher Forschung über die Kultur und das Bildungswesen bis hin zum Gesundheitswesen; anhaltende Entgeignung und Ungleichbehandlung der Ostdeutschen; mit den Angriffen auf die Bodenreform, mit der Rentenungerechtigkeit und der nach wie vor ungleichen Entlohnung; Mißachtung aller Erfahrungen für die Lösung sozialer Probleme sowie für die Gleichberechtigung; Dominanz westdeutscher

Kapitalinteressen bei wichtigen, den Osten betreffenden Entscheidungen.

Während diese – hier stark verkürzte – Darstellung weitgehender Zustimmung sicher sein kann, wurden besonders im politischen Teil der Ausführungen bedenkliche Überlegungen geäußert. So etwa, wenn der Eindruck entsteht, das Übergehen ehemals aktiver SED-Mitglieder auf neofaschistische Positionen sei für den Osten typisch, oder wenn der Hinweis auf Stolpe, Ringstorff, Höpner u. a. als „Beweis“ dafür gelten soll, westdeutsche Sonderbeamte spielten in der ostdeutschen Wirklichkeit keine Rolle mehr. Der zweite Teil des Referats beschäftigte sich vor allem mit unseren „11 Forderungen ...“. Zunächst fiel mir auf, daß keine einzige in ihrer Substanz kritisiert wurde – übrigens ein Eindruck, der sich auch in der Diskussion bestätigte. Scharf angegriffen wurden dagegen unser „Vorgehen“ und solche unverzichtbaren Formulierungen wie „Würde der Ostdeutschen“ und „halbkoloniales Territorium“.

„Die Analyse (welche? – F. M.) zeigt jedoch: Ostdeutschland ist kein ‚halbkoloniales‘ Territorium, auch wenn sich viele westdeutsche Beamte oder Unternehmer in der Vergangenheit (heute nicht mehr? – F. M.) wie koloniale Eroberer aufgespielt haben“, sagte N. Hager.

Dann kam die „ganz große Keule“: Die Gruppe Nordost kenne die Parteibeschlüsse kaum oder habe sie nicht durchdacht, es gebe bei uns „andere Überlegungen in der Parteifrage“, wir befürworteten den Zusammenschluß mit Kommunisten aus anderen Parteien usw. Dieser Abschnitt des Referats wurde auf unserer Gruppenversammlung am 27. März, die sich mit der Auswertung der 5. PV-Tagung beschäftigte, wörtlich verlesen. Er stieß auf ungeteilte Ablehnung, ja Empörung. Im dritten Teil der Hager-Rede wurde das Wirken der DKP im Osten bilanziert. Die Ergebnisse seien ernüchternd. Allerdings enthielten die Ausführungen kaum Ansätze dazu, Ursachen für das bescheidene Maß der Erfolge zu benennen, darunter die bewußte Negierung der politischen Erfahrungen früherer SED-Mitglieder.

In der PV-Diskussion sprachen 22 Genossen und Genossen, die einen großen Themenkreis berührten, der über den eigentlichen Rahmen hinausging. So berichtete Sekretariatsmitglied W. Teuber vom ver.di-Kongreß, den er als gelungenen Auftakt zu neuen gewerkschaftlichen Aktionen wertete, während ihm der langjährige Betriebsratsvorsitzende R. Knecht widersprach und das Unterfangen als Anfang vom Ende des DGB bezeichnete. Die Debatte über Probleme der DKP im Osten verlief widersprüchlich, die Wertungen waren teilweise kontrovers. Sieben Redner (ausnahmslos aus der Alt-BRD) wandten sich prinzipiell gegen unseren Vorschlag, gegen den „RotFuchs“ und die Aktivitäten der Gruppe Nordost. Negative „Höhepunkte“ waren aus meiner Sicht Bemerkungen wie: 1989/90 habe kei-

ne Konterrevolution stattgefunden, da ja kein Blut geflossen sei; wir bedienten uns in den „11 Forderungen ...“ einer „inhumanen Sprache“. Besonders muß hier der Beitrag des Parteivorsitzenden H. Stehr genannt werden, der gänzlich im Stil und Ton der UZ-Stellungnahme zur RF-Leserkonferenz gehalten war und erneut in die Forderung mündete, der „RotFuchs“ solle sich von der Partei abkoppeln. Ein anderer Genosse meinte, er würde sich nicht um die Gewinnung von ehemaligen SED-Mitgliedern bemühen, da diese das Geschehen ohnehin nur noch beobachteten und nicht in unsere Partei wollten. Es wurde sogar die Auffassung vertreten, die 11 Forderungen seien „rückwärtsgerichtet“ oder „klassen- und systemneutral“. Dagegen fand unser Vorschlag bzw. der „RotFuchs“ bei sieben anderen Diskussionssteilnehmern teils nachhaltige, teils zurückhaltende Unterstützung. Ein westdeutscher Genosse verband seine Bemerkungen mit dem Gedanken, die „11 Forderungen als Kampfziele“ zu formulieren und sie um Hinweise für die Organisierung dieses Kampfes zu erweitern. Mir fiel auf, daß bei den PV-Mitgliedern aus der Alt-BRD vor allem der Vorspann unseres Materials auf Unverständnis stieß und hier wiederum besonders die Charakterisierung Ostdeutschlands als halbkoloniales Territorium. Ich selbst habe zu dieser Frage sprechen können und gewann den Eindruck, daß meine sachliche Argumentation bei manchen eine gewisse Nachdenklichkeit erzeugt hat. Generell, glaube ich, konnten wir allen Teilnehmern der Beratung vermitteln, daß unser Vorschlag das Ergebnis ernsthaften kollektiven Nachdenkens ist und im Osten bei vielen Menschen Zustimmung findet, während ihm auch im Westen nicht wenige Genossen Verständnis entgegenbringen. Einer der Redner hob die klare, knappe Sprache der 11 Forderungen hervor und wünschte sich, daß das Diskussionspapier des PV auch auf dieses Niveau gebracht würde.

Was bleibt als Fazit der Debatte? Zunächst der Beschluß, weiter zu diskutieren, ein besonderes Dokument der DKP zur Ostproblematik auf den Weg zu bringen. Offenbar stimmt die Mehrheit der Vorstandsmitglieder mit jenem Genossen überein, der forderte, wir müßten es lernen, „Unterschiede auszuhalten“. An zweiter Stelle würde ich die Verpflichtung für alle „RotFuchs“-Freunde sehen, sich aktiv an der neuen Diskussionsrunde zu beteiligen und auf die Überzeugungskraft guter Argumente zu bauen. Allerdings sollte sich niemand Illusionen hingeben: In der nun anstehenden Diskussion kann es nicht ausbleiben, daß sich die weltweit in der kommunistischen Bewegung vollziehende Auseinandersetzung zwischen marxistisch-leninistischen und „anderen“ Positionen erneut artikuliert. Dies aber muß ja nicht unbedingt mit Nachteilen für die DKP verbunden sein.

**Frank Mühlefeldt**

## Nochmals zu den Ursachen unserer Niederlage

# Woran sich die Geister scheiden

Was eigentlich hat mit dem Ende der sozialistischen Übergangsgesellschaften in Europa die organisatorische und ideologische Aufsplitterung der kommunistischen Bewegung verursacht? Warum sagten sich die einen eilig vom Marxismus los und werteten die Vergangenheit radikal ab, während die anderen bei Marx und Lenin blieben und, bei aller Kritik der Fehler und Entstellungen der Bewegung, den revolutionären Weg verteidigten? Wir dürfen nicht vergessen, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung eine Geschichte fortwährender Auseinandersetzungen zwischen ideologischen Strömungen gewesen ist und in Zeiten konterrevolutionären Triumphes stets die nichtmarxistischen, nicht-revolutionären Kräfte zum Zuge kamen. So auch heute bei uns, aus vielerlei Gründen, objektiven wie subjektiven.

Der Streitpunkte sind viele. Aber woran scheiden sich vor allem die Geister?

Meines Erachtens stets an der Antwort auf die Frage, weshalb letztlich das im Aufbau befindliche sozialistische System Schiffbruch erlitten hat.

Marx, Engels und Lenin hatten bekanntlich auf eine gleichzeitige oder etwas zeitverschobene sozialistische Revolution in mehreren kapitalistischen Ländern gesetzt. Und zumindest der Hauptträger, das Zentrum der Revolution, müsse und werde im hochentwickelten Kapitalismus liegen. Lenin bangte bis zuletzt, ob die Revolution in dem nur mittelmäßig entwickelten Rußland durchhalten werde, bis es in Deutschland und/oder anderen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften zum sozialistischen Umsturz komme, wofür es ja 1918 und etwas später Anläufe gab. Und er äußerte, daß dann die russische Revolution die Führerschaft abgeben, in den Hintergrund rücken werde.

Es kam bekanntlich anders, die russische Revolution blieb etwa drei Jahrzehnte allein. Das änderte sich zwar nach dem zweiten Weltkrieg, aber es zeigte sich bald entgegen den Erwartungen: Der Kapitalismus hatte noch lange nicht die Fähigkeit eingebüßt, die Produktivkräfte rasant zu entwickeln, weltwirtschaftlich Vorsprünge zu halten und auszubauen. Das aber widersprach der zweiten Voraussetzung (die erste war die international vorstattende Revolution), an welche die marxistische Theorie den endgültigen Sieg des Sozialismus geknüpft hatte. Der Sozialismus in Europa, überwiegend in unter- oder mittelmäßig entwickelten Staaten zum Zuge gekommen, erwies sich als zu schwach, nicht zuletzt finanzschwach, um die sich im 20. Jahrhundert vollziehenden revolutionären wissenschaftlich-technischen Veränderungen mitzubestimmen und für die eigene Gesellschaft durchgängig nutzbar zu machen, um so das Niveau der Weltwirtschaft zu repräsentieren. Er lief auf wichtigen Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft hinterher, wo er hätte, um Sieger zu werden,

einen Vorsprung erarbeiten müssen. Er vermochte Militär- und Weltraumtechnik mit Spitzenniveau zu schaffen, aber nicht ständig hohe Akkumulation für die Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung eines hohen Lebensstandards zu gewährleisten. Er blieb den Schwankungen eines kapitalistisch beherrschten Weltmarktes ausgesetzt, den er hätte dominieren müssen.

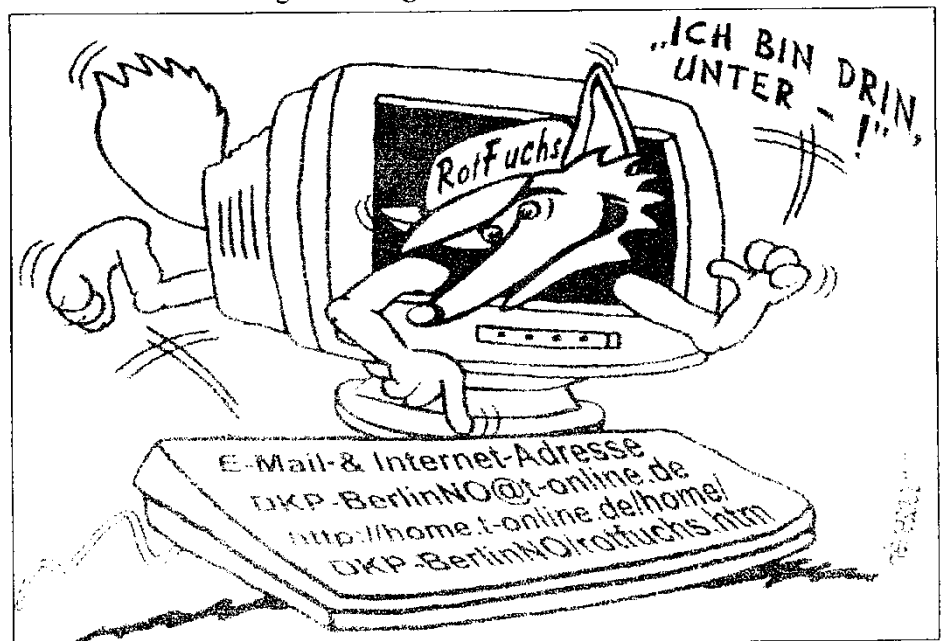
Kurz: Der Kapitalismus konnte ökonomische Überlegenheit demonstrieren und so seine Unfähigkeit neutralisieren, die sozialen und ökologischen Probleme auf den von ihm beherrschten Territorien zu lösen; der sich entwickelnde Sozialismus organisierte in seinem Bereich zwar soziale Lösungen, vermochte aber auf Dauer nicht, die für den notwendigen Gesamtfortschritt erforderlichen ökonomischen Potenzen zu akkumulieren. Das war zwischen 1917 und 1989 der große Widerspruch zwischen den Systemen, der ihre Auseinandersetzung bestimmte und zum Schluß, nach sieben Jahrzehnten, entschied.

Die sozialistischen Revolutionen vollzogen sich weder 1917 noch nach 1945 unter Bedingungen, da der kapitalistische ökonomische Springquell dauerhaft die Tendenz zum Versiegen aufwies, sondern in spezifischen Konstellationen im Gefolge zweier Weltkriege, vornehmlich in, weltwirtschaftlich gesehen, Randländern mit kriegszerrütteten Gesellschaften. Diese Situationen waren günstig für das Einleiten der Revolutionen, aber Zeitpunkt (Kapitalismus vor neuem ökonomischen Aufschwung) und Geografie (weltwirtschaftliche Randlagen der Revolutionen) ungünstig für das Sich-Behaupten und Entfalten des sozialistischen Systems, seinen endgültigen Sieg. Bedingt durch den kapitalistischen Druck und die selbstverschuldeten Verwerfungen geriet der Sozialismus in eine defensive Situation, entfaltete sich nicht in der notwendigen Richtung. Er

blieb im vom Kapitalismus ausgehenden Sog der Zeit.

Wer die genannten weltwirtschaftlichen Gegebenheiten ernsthaft zur Kenntnis nimmt, wird sich bewußt, daß der Sozialismus bei allen Fehlentwicklungen nicht schlechthin versagt hat, sondern hauptsächlich internationalen ökonomischen Gegebenheiten unterlag. Die Bedingungen, an die ursprünglich Marx, Engels und Lenin den Sieg des Sozialismus geknüpft hatten – Revolutionen in Hauptländern des Kapitals und Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaften bei dauerhaftem kapitalistischen Niedergang – hatten sich nicht eingestellt. Wenn dem so ist, gab und gibt es für die Anhänger des Sozialismus auch keinen Grund, sich vom Marxismus zu verabschieden und nach anderen Orientierungen Ausschau zu halten. Wer allerdings die Analyse der DDR oder eines anderen sozialistischen Landes von vornherein auf Demokratiedefizite abstellt oder mit Schlagworten wie „Mangelwirtschaft“ krönt, statt eine sachliche Untersuchung der nationalen und internationalen Entwicklungsbedingungen für den Sozialismus vorzunehmen, vollzieht automatisch den Übergang auf nicht- oder antimarxistische Positionen. Aber es gab natürlich – auch in Deutschland und speziell unter den Mitgliedern der SED – zugleich Standortwechsel aus opportunistischen Gründen, infolge sozusagen innerer Neigung zur antirevolutionären Sozialdemokratie. Formell nennen jedoch auch solche Leute das „Scheitern“ des Marxismus als Ursache für ihren Positionswechsel, obwohl es sich damit anders verhält. So oder so scheiden sich an der Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Niederlage der revolutionären sozialistischen Bewegung die linken Geister, splitteln sich in allerlei Fraktionen auf.

**Dr. Hans Joachim**



## Zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ

# Warum wir stolz auf die SED sind

Am 21. und 22. April jährt sich die Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone zum 55. Mal. Der Händedruck der beiden Vorsitzenden, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, wurde zum Symbol des Wirkens der Partei, die mehr als 40 Jahre deutsche Geschichte prägte. Die durch sie verkörperte Einheit der Arbeiterklasse war von entscheidender Bedeutung für den schon bald nach dem Krieg einsetzenden revolutionären Prozeß. Sie bildete das Fundament für die spätere Gründung der DDR und den Aufbau des Sozialismus im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat. All das vollzog sich unter außerordentlich günstigen Bedingungen, die durch die Befreiung von der Naziherrschaft und die im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands eingeleiteten antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen entstanden. Diese Entwicklung war nicht ohne Zusammenhang mit der sich nach dem 2. Weltkrieg in mehreren Ländern auf marxistischer Basis entfaltenden Bewegung für die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung.

Kein Wunder, daß die SED von Beginn an wütenden Attacken ausgesetzt war, die bis heute unvermindert anhalten. Wir werden auch in diesem Jahr das Gezeter von der „Zwangsvereinigung“ hören. Diese Mär steht im „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“. Sie gehört zu den geistigen Normteilen konservativer Politik. In diesen Chor stimmen aber auch jene ein, die „völlig mit der SED-Vergangenheit brechen“ wollen. Schon hat Herr Helmut Holter aus Schwerin im „Berliner Kurier“ verkündet, zu den notwendigen „Vorleistungen“ der PDS für die Aufnahme in SPD-Regierungen gehöre die „Entschuldigung für den Sozialdemokraten bei der Vereinigung von KPD und SPD zugefügtes Unrecht“. „Zwangsvereinigung“ ist ein politischer Kampfbegriff, der zum Arsenal aller Antikommunisten gehört.

Nach der konterrevolutionären Liquidierung der DDR und der sie eröffnenden faktischen Zerschlagung der SED durch den Parteiputsch vom Dezember 1989 hatte ich intensive Gespräche mit dem von der SPD gekommenen Genossen Werner Brusckke, der gemeinsam mit dem späteren Landespartei sekretär Bernard Koenen in Sachsen-Anhalt den Vereinigungsprozeß der beiden Parteien führend gestaltete. Der schon damals hochbetagte und inzwischen verstorbene frühere Chef der anhaltischen Landesregierung unterstrich, daß er Wort für Wort zu dem steht, was er in seinem Buch „Für das Recht der Klasse – für die Macht der Arbeiter und Bauern“ zum Vereinigungsprozeß geschrieben hat. Genosse Brusckke verwies darauf, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung von vielen Kommunisten und Sozialdemokraten immer als letztlich überwindbar betrachtet wurde. Eine Erkenntnis, die sich unter dem Erleben der Katastrophe von 1933 und den nachfolgenden Geschehnissen außerordentlich verstärkte. Der Einheitswille war 1945 so ausgeprägt wie nie zuvor und setzte sich elementar durch. Im Zusammenhang mit dem Drängen nach antifaschistischen und antikapitalistischen Veränderungen und ersten Schritten, sie praktisch zu vollziehen, bildete er die politische Grundlage des Vereinigungsprozesses. Der Zwang der Lehren der Geschichte war, sagte mir Genosse

Brusckke, der einzige Zwang, der bei diesem Prozeß ausgeübt wurde. Angesichts der Tatsachen ist es vulgärer Antikommunismus, in Stalin und der sowjetischen Besatzungsmacht die „Triebkraft“ für die Vereinigung auszumachen. Keinen objektiven Betrachter kann es indes verwundern, daß die UdSSR als sozialistischer Staat gegenüber dieser Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung eine fördernde Haltung einnahm und solidarische Hilfe erwies, auf die sich die Vollzieher der Einheit stützen konnten.

Die Demagogie der Kolporteurs des Zwangsvereinigungsgeredes wird auch darin deutlich, daß sie so tun, als ob es eine Einheitsbewegung nur in der sowjetischen Zone gegeben habe. Man unterschlägt die Tendenz für den Zusammenschluß von KPD und SPD in den drei westlichen Besatzungszonen. Obwohl im Unterschied zur SBZ, wo die Parteien bereits am 10. Juni 1945 zugelassen worden waren, diese im Westen zunächst nur auf örtlicher Ebene wirken konnten, stand die „Einheitspartei“ auch dort sofort auf der Tagesordnung. Es gab regelmäßige Absprachen und gemeinsame Aktionsausschüsse. Hunderttausende nahmen an Kundgebungen teil. In einigen Orten kam es sogar zu spontanen Parteigründungen. Auch das Protokoll des Vereinigungsparteitages von 1946 gibt Aufschluß. Von den 548 SPD-Delegierten kamen 107 und von den 507 kommunistischen Vertretern 130 aus den Westzonen. Und das trotz der Rolle des SPD-Vorsitzenden Schumacher, der alles unternahm, um die Einheitsbestrebungen zu unterdrücken und zu ersticken.

Eine von den Zwangsvereinigungs-Propagandisten unterschlagene Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf das „Büro Schumacher“ – die Zentrale der Einheitsgegner. Es besaß keinerlei demokratische Legitimation. Denn bis zum Parteitag im Mai 1946 verfügte die SPD im Westen über kein gewähltes kollektives Leitungsorgan. Als „übergeordnete Instanz“ fungierte Dr. Kurt Schumacher, der die SPD extrem zentralistisch „formierte“ und dessen Monopolstellung durch die britischen Militärorgane abgesichert wurde.

Heutige Delegitimierer der Vereinigung – so Wolfgang Thierse – behaupten, daß es „keine Mehrheit für die Vereinigung gab“. Genosse Brusckke erzählte mir anschaulich vom demokratischen Prozeß, der in der SBZ bei KPD und SPD von unten nach oben verlief und sich auf überwältigende Majoritäten, zum Teil sogar auf einmütige Voten, zuerst in getrennten Konferenzen und dann bei gemeinsamen Tagungen, stützte. Als Beispiel nannte er Magdeburg. Schumacher hatte in seinem antikommunistischen Sendungsbewußtsein fest angenommen, daß sich die alte SPD-Hochburg gegen die Vereinigung stellen würde. Er wurde indes bitter enttäuscht. Die dortige Mitgliederversammlung beschloß im Januar 1946 mit erdrückender Mehrheit diesen Schritt. Große Teile der Arbeiterschaft und andere Schichten engagierten sich energisch für den Zusammenschluß. Das fand seinen Widerhall im Ringen um die Einheit der Gewerkschaften und der Jugendbewegung. Die Herausbildung und Entwicklung der SED war ein Prozeß, der nicht ohne Konflikte und Fehler verlief. Nicht wenige Irrtümer hingen mit revolutionärem Übereifer und subjektivem Unvermögen zu-

sammen. Tief verwurzelter Opportunismus einerseits und Tendenzen des Sektierertums andererseits mußten überwunden werden. Es gab Traditionsgebundenheit, Emotionen und Rivalitäten. Hinzu kam ein enormer Mangel an marxistisch gebildeten Kadern, von denen die meisten dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen waren. Überspitzungen und der Rückgriff auf falsche Methoden blieben nicht aus. Doch all das war eher marginaler Natur und kann nicht als Maßstab der historischen Bewertung der Ereignisse genommen werden.

Das eigentliche Angriffsziel der Verleumder dieser geschichtlichen Etappe ist der richtige Beschluß, die SED zu einer Partei neuen Typs zu entwickeln. Dadurch erlitt der Sozialdemokratismus eine strategische Niederlage. Seine Reaktion waren die Phrasen von der „Stalinisierung“ und vom „aufgezwungenen sowjetischen Modell“. In Wirklichkeit gab es für die Kommunisten keine Alternative. Die revolutionären Veränderungen nach 1945 hatten neue Klassen- und Machtverhältnisse hervorgebracht. Aber die Reife der Arbeiterpartei war noch nicht gegeben. Die beschleunigte Entwicklung der SED auf der Basis des Marxismus-Leninismus erwies sich als dringendes Erfordernis. Der politisch-ideologische Klärungsprozeß mußte zielgerichtet und auf höherer Stufe weitergeführt werden. Letztlich ging es um das Fundament für die Entwicklung, die zum Aufbau des Sozialismus führte. Daß in jener Zeit einige ehemalige SPD-Mitglieder, die diesen Kurs nicht akzeptieren wollten oder gegen ihn konspirierten, aus der SED ausgeschlossen wurden, entsprach der Logik des Klassenkampfes.

Die Gründung der SED und ihr Wirken gehört zum guten Erbe der deutschen Arbeiterbewegung. Wir dürfen nicht zulassen, dass die geschichtliche Identität dieser Partei ausgelöscht wird. Wir überlassen sie weder den Reißzähnen antikommunistischer Hyänen noch der Entschuldigungs- und Scham-Demagogie linker Kleimbürger. Das in bestimmten Phasen – besonders seit den 70er Jahren – ernste Mängel zutage traten, ist für uns eine bittere Erkenntnis. Der Leninsche kategorische Imperativ, enge Beziehungen zu den Massen zu halten, geriet immer mehr aus dem Blickfeld. Sich entwickelnde Widersprüche – besonders auf ökonomischem Gebiet – verschwiegen man, rechtzeitige Lösungen wurden nicht gefunden. Es gab tiefe Einbrüche in der theoretisch-ideologischen Arbeit der Partei, was sich beim Dialogpapier SED/SPD am deutlichsten zeigte. Durch zahlenmäßige Aufschwemmung büßte die SED ihre Konturen ein. Ein aufgeblähter Parteiapparat befähigte sich immer stärker mit staatlichen Aufgaben. Diese und andere Entwicklungen einer kritischen Analyse zu unterziehen, ist unerlässlich. Wir müssen es tun.

Man kann heutige Situationen, deren Erfordernisse und Möglichkeiten nicht mit jenen der Jahre 1945/46 vergleichen. Das wäre ahistorisch und ohne Erkenntnisgewinn. Doch eines steht fest: Wer die reichen Erfahrungen der SED und des 1989/90 standhaft gebliebenen Teils ihrer Mitglieder hochmütig in den Wind schlägt, wird beim Kampf um einen neuen sozialistischen Anlauf, beim Ringen um eine stärkere kommunistische Partei – vor allem im Osten – ein Debakel erleben.

**Dieter Itzerott**

### Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (3)

## Die Knüppel der Stupo

Die Auswahl unserer ersten Aktivisten erwies sich als gelungen. Der ausgezeichnete Metallarbeiter, der geschickte Tischler, dem man alle Messemodelle anvertraute, der schnelle Maler, beide parteilos, wurden von allen respektiert, auch wenn der Maler wegen seiner Normenbrecherei angefeindet wurde, und der Werkzeugmacher ständig mit vielen Kollegen, Meistern, Ingenieuren im Streit lag, weil er sich wegen ihrer politischen Rückständigkeit oder wegen schlechter Arbeit beschimpfte. Es war schwer, seinen Ansprüchen zu genügen. Max Trosin stand auf der Liste für die neue Parteileitung ganz oben. Ebenso Hermann Seiler, der Schlosser, ein Mann um die 50, dem die Instandhaltung des Maschinenparks oblag. Hermann blickte ein wenig auf die anderen Arbeiter herab: „Wir Handwerker“, so leitete er häufig seine Ausführungen ein, „wir Handwerker meinen, das muß man so machen ...“ Hermann las viel, interessierte sich brennend für unsere Politik, diskutierte, stritt sich mit allen herum. Wenn mal seine sämtlichen Maschinen liefen, rannte er durch den Betrieb, suchte mich und erzählte mir, worüber er gerade mit seinen Kollegen debattiert und was er auf diese oder jene Frage geantwortet habe.

Die Parteiorganisation im VEB Kühlautomat war klein, zählte 61 Genossen. Die meisten waren jedoch willens, sich den komplizierten, vielfältigen Aufgaben der Parteiarbeit zu stellen. Es war damals sehr schwierig, Kandidaten zu gewinnen. Selbst Arbeiter, die für uns waren, mochten nicht in die SED eintreten, weil sie die damit verbundenen Ansprüche fürchteten, die Pflichten, auch die Anfeindungen von Seiten vieler Kollegen.

Anders war Gamkow, ein junger Tischler, Arbeitsnormer. Ich wollte ihn für die Kasernierte Volkspolizei werben. Es gab noch keine Nationale Volksarmee. Die Parteiorganisationen waren angehalten, eine bestimmte Anzahl Arbeiter für die KVP zu gewinnen. Deren Gründung war nach der Ankündigung der dann gescheiterten EVG, der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, also der Remilitarisierung der BRD, notwendig geworden.

Mit Gamkow konnte man reden. Er machte die unbeliebte Arbeit des Normers ausgezeichnet. Ruhig und bestimmt bewies er den Tischlern, welche Leistung man billigerweise verlangen konnte. Wenn einer mit ihm stritt, führte er den Arbeitsgang vor, meist in kürzerer Zeit, als er für die Norm errechnet hatte. Er war ein großer, kräftiger Mann in meinem Alter.

„Ich weiß schon, was Du von mir willst“, sagte er. „Ich soll zur KVP. Daraus wird nichts, ich war bei der Waffen-SS!“ Gamkow gehörte zum Jahrgang 1924, den

die Nazis für Einberufungen zur Waffen-SS reserviert hatten. Während die SS bis 1942 nur Freiwillige nahm, zog sie danach auch Leute ein, wie die Wehrmacht, um ihre ungeheuren Verluste zu ersetzen. In späteren Jahren hat unsere Partei, getreu ihrem Grundsatz, die Jugend nicht dafür büßen zu lassen, daß sie den Nazis auf den Leim gegangen war, nach gründlicher Prüfung vereinzelt auch Waffen-SS-Angehörige des Jahrgangs 1924 und jünger aus den Frontdivisionen aufgenommen. Aber zur KVP konnte Gamkow damals nicht.

„Gut“, sagte ich, „sehe ich ein. Aber Du könntest morgen zur Demonstration nach Westberlin mitkommen!“

Zu jener Zeit organisierte die SED-Landesleitung solche Demonstrationen, wofür oder wogegen weiß ich nicht mehr. Sie wurden von der Westberliner Polizei, nach ihrem sozialdemokratischen Präsidenten Stumm von uns „Stupo“ genannt, aufs brutalste zusammengeknüppelt. Die Schläge mit dem langen Eichen- oder Buchenholz-prügel taten sehr weh. Das war bekannt. Gamkow runzelte die Stirn. „Wenn Du Angst hast ...“ „Ich komm schon mit.“ Wedding. Auf dem Bürgersteig unsere Genossen. Die Fahrbahn ist leer. Nur Überfallwagen der Stumpolizei patrouillieren. Wir alle auf die Straße, fest zusammenhaltend. Die Stupo runter von den Wagen, knüppelt auf uns los. Zu dieser Polizei gehörten solche, wie Gamkow es gewesen war. Die Stupo nahm sie gern. Immer mehr hatte man antifaschistische Arbeiter, die nach 1945 auch in Westberlin zur Polizei gekommen waren, hinausgedrängt. Die Knüppel der Stupo krachen auf vorgehaltene Unterarme, Schulterblätter, Schädel. Platzwunden, Blut fließt, Zusammenbrechende werden mitgeschleift. Ich halte mich dicht an Gamkow. Der geht ruhig, alle überragend weiter. Die Stupos tun ihm nichts, mit dem großen Kerl wollen sie nicht anbändeln.

Sektorengrenze! Auf der westlichen Straßenseite die Stupo, auf der anderen Seite in Blau die Volkspolizei. Die Stupos bilden eine Gasse, durch die sie uns in den Ostsektor hinüberprügeln. Ich ducke mich, halte mich weiter an Gamkow. Der kriegt jetzt auch was ab, aber nicht so schlimm, er ist zu groß. Der letzte Stumpolizist! Er steht etwas frei! Sofort stoßen, schieben, hauen ihn einige Genossen hinüber, in unseren Sektor. Da kriegt er alles ab, was Leute, auf die man seit einer halben Stunde eingedroschen hat, nachzuholen haben. Die Volkspolizisten retten den Stupo.

„Ich hätte nich jedacht, det die so jemein sind“, sagt Gamkow. „Übermorgen noch mal“, sage ich. „Ohne mich!“ „Wenn man nicht weiß, wie's ist, scheint es leicht, Mut zu beweisen. Wenn man's weiß und trotz-

dem mitmacht, dann hat man eigentlich erst Mut!“ „Na gut, ich komme.“

Diesmal erwischt es Gamkow. Erst die Dresche. Dann 20 Mann in eine überheizte Zelle gesperrt. „Wasser!“ „Da habt Ihr Wasser!“ Die Stupos schließen ein C-Rohr an. Eiskalt stößt der Strahl auf die Schwitzenden.

„Und dann haben sie uns nachts in den Tegeler Forst gefahren. Wußten überhaupt nicht, wo wir waren. Bei Velten sind wir schließlich rausgekommen, naß, bei der Kälte! Hätte nie jedacht, det die so jemein sind!“

Gamkow beginnt sich für Politik zu interessieren. Wir schicken ihn auf eine Gewerkschaftsschule. „Hast Du det jewußt? Dialektischer Materialismus und so? Mensch, det ist toll!“ Ich mache mir einen Spaß und zeige ihm Stalins Schrift „Über den Wert von Straßendemonstrationen“: „Die Peitsche der Kosaken tanzt mit demokratischer Gleichheit über Demonstranten und Zuschauern und macht so aus Unbeteiligten Beteiligte.“ „Du bist ja ein ganz ausjebuffter Hund“, lobt Gamkow.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen dritte Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999, entnommen.)

## Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert

Protokollband der gleichnamigen Konferenz  
von RotFuchs und Offensiv  
am 28./29. Oktober 2000 in Berlin

Hrsg.: **offensiv**

### Imperialismus und antiimperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert,

29,80 DM, ISBN 3-00-007420-1  
Zu beziehen bei: „offensiv“,  
Frank Flegel, Berckhusenstr. 13,  
30625 Hannover

**Drei DDR-Professoren lieferten Beitrag zur linken Programm-Debatte**

# Ein Lehrstück für andere

Drei Professoren aus der DDR – der Soziologe Heinz Kallabis, der Historiker Hans-Joachim Krusch und der Jurist Ingo Wagner – haben anderen etwas vorgemacht. Sie lieferten – in bestem Deutsch und mit weit- hin überzeugender Argumentation – de facto einen Programmwurf, den sie den „Programmierern“ linker Parteien – sowohl der PDS als auch der DKP – als Gedankenhilfe anbieten. Das straff gehaltene Material ist in mancher Hinsicht ein Wegweiser nicht nur für jene in der PDS, die sich gegen das Abdriften ihrer Partei ins „ideologische Niemandsland“ und rechts davon angrenzende Reviere wehren, sondern auch für Kommunisten der DKP, die sich nun schon etliche Jahre von Baustein zu Baustein über die faktische Programmlosigkeit hinwegschleppen. (Sieht man von den ausgezeichneten Mannheimer Thesen hier einmal ab.) Die Rede ist auch nicht von der KPD, die über ein solches Grunddokument jüngerer Datums verfügt.

Was an dem Beitrag der drei marxistisch gebildeten Wissenschaftler besticht ist der Verzicht aufs Nebulöse, der Rückgriff auf präzise Termini des wissenschaftlichen Sozialismus. Dort wird der Imperialismus nicht umschrieben, die Niederlage des Sozialismus in Europa heißt Niederlage und nicht „Zusammenbruch und Zerschlagung“, wenn auch ihre Charakterisierung als Konterrevo- lution im kontinentalen Maßstab noch vermieden wird. Der „epochale Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ findet sich ebenso in der Präambel des Dokuments wie die Notwendigkeit der „Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts“. Richtig erfaßt sind auch die aktuellen Entwicklungen im Imperialismus. Die Autoren sprechen von einem „transnationalen Kapitalismus, der durch eine neue Stufe der Konzentration und Zentralisation des Kapitals gekennzeichnet“ ist und „an die Stelle eines primär im nationalstaatlichen Rahmen organisierten Kapitals tritt“. Ohne Lenin zu nennen wird eine dem Geist des Leninismus entsprechende Formel ins Spiel gebracht. „Die imperialistische Globalisierung erweist sich als eine neue Form des Kolonialismus.“ Das trifft übrigens auch auf ganz Ost- und Südosteuropa einschließlich der früheren DDR zu. In dem Dreierpapier sind die der PDS abhanden gekommenen Klassen unmißverständlich vertreten. „Die Klassenspaltung der Gesellschaft in Kapitaleigentümer und lohnabhängige Arbeiter und Angestellte ist so extrem wie nie zuvor.“ Exakt werden die Hauptübel der Verschärfung der weltweiten sozialen Misere und der Kriegsdrohung dem Leser vor Augen geführt: „Supranationale institutionelle Strukturen wie das imperialistische Militärbündnis NATO, die Europäische Union, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation (WTO)“ usw.

Man genießt die Direktheit der Ausdrucksweise: „Der Imperialismus hat seine Erscheinungsformen verändert, aber nicht sein Wesen.“ Im Abschnitt über den „Sozialismus als programmatisches Fernziel“ wird jede theoretisierende Schwaferei darüber, wie ein künftiger Sozialismus auszusehen habe, vernünftigerweise vermieden. „Die Wege und Formen des Sozialismus werden jene sozialen und politischen Kräfte selbst entscheiden, die hierfür kämpfen“, heißt es in guter marxistischer Denkweise. Entscheidend sei der „Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“, Sozialismus nur „im Zusammenhang mit Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt und in internationalen Dimensionen denkbar“. Der europäische „reale Sozialismus“ könne „nicht als Matrize eines künftigen Sozialismus gelten“, wohl aber als „positives wie negatives ‚Erfahrungsobjekt‘“. Ein „geschlossenes allgemeinverbindliches Modell des Sozialismus“ werde es nicht geben. Die neue Gesellschaft sei „ein offenes und variantenreiches Projekt, das aus verschiedenen ‚Sozialismen‘ bestehen dürfte.“

Klar formulieren die Väter des unabhängigen Programmentwurfs: „Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums ist die entscheidende Grundvoraussetzung, um den Sozialismus aufzubauen.“ Es gehe nicht darum, „den Kapitalismus reformistisch zu ‚gestalten‘, sondern ihn zu überwinden“. Ein antikapitalistischer Reformkampf, der langfristig an den Übergang zum Sozialismus heranführe, gehöre indes dazu. In diesem Zusammenhang werden konkrete Vorschläge für den Schutz der Rechte der Arbeiter und Angestellten, für mehr soziale Gerechtigkeit, für die Einschränkung der Macht der Konzerne und Großbanken, für die Sicherung der Bürgerrechte und die Demokratisierung des politischen Systems sowie die Sicherung des Friedens unterbreitet.

Von großem Gewicht sind auch die Grundsätze „unseres Wirkens als Sozialisten“. Hierzu gehöre die Verteidigung des sozialistischen Cuba sowie der Souveränität der Volksrepublik China, Vietnams und anderer Länder mit alternativen, anti-imperialistischen Entwicklungswegen. Es gehe darum, die antiimperialistischen und prosozialistischen Kräfte „auf der Basis von Freiwilligkeit, Übereinstimmung und Gleichberechtigung“ umfassend zu koordinieren, „ohne in eurozentristische Auffassungen abzugleiten“.

Die drei DDR-Professoren setzen sich für ein „enges partei- und organisationsübergreifendes Zusammenwirken der marxistischen Kräfte, von organisierten und partei- losen Marxisten/Sozialisten/Kommunisten, für ihre Formierung und ihr Erstarren auf allen Gebieten“ ein.

„Als Marxisten sind wir besonders dem Erbe der Klassiker des wissenschaftlichen

Sozialismus, dem Vermächtnis anderer marxistischer Denker und Revolutionäre der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, den revolutionären Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse, des anti-imperialistischen und antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker verbunden“, heißt es.

Der Entwurf geht auch auf die „Geschichte der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden“, die „Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands“, das „Entstehen und die Entwicklung der DDR“ ein. Es gelte, diese Periode nach „Bewahrens werten und Defiziten und den Ursachen des Untergangs“, nach „weiterführenden Erfahrungen und Erkenntnissen“ zu befragen.

Heinz Kallabis, Hans-Joachim Krusch und Ingo Wagner haben mit ihrer Arbeit, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit und Endgültigkeit zu erheben, einen bemerkenswerten, weiterführenden Beitrag zur linken Programmdebatte geleistet. Sie sind qualitativ über Bisheriges hinausgegangen, haben in Sprache und Inhalt die Latte höher gelegt. Ein Lehrstück für andere.

S. R.



## 100 Jahre Willi Bredel

Wir machen auf die ausgezeichnete Böschüre der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V. Hamburg zum 100. Geburtstag des bedeutenden proletarischen Schriftstellers und Kulturpolitikers aufmerksam. Sie kann bezogen werden bei der Gesellschaft im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg.

**Zur These 9 der „11 Forderungen ...“ von Berlin Nordost**

## Hände weg vom Palast der Republik!

Vor 25 Jahren – im April 1976 – wurde der Palast der Republik eröffnet und anschließend von der Bevölkerung der DDR in Besitz genommen. Er war sofort ein Haus des Volkes, wurde zu einem Denkmal der DDR. Heute ist er ein Schandmal der „Wiedervereinigung“. Bis zu seiner Schließung, die im September 1990 unter dubiosen Umständen erfolgte, zählte man im Palast 70 Millionen Besucher. Hier fanden 21 000 Veranstaltungen, Bälle und Tagungen statt. Mehr als 97 % davon waren kultureller Natur.

Wo sich der Palast befindet, stand einst das Stadtschloß, von Zeitgenossen auch als „düsterer, ungeschlachter Kasten“ bezeichnet. Nach dem 1. Weltkrieg floh der Schloßherr ins Niederländische, die Monarchie wurde beseitigt, die Schloßfunktion erlosch. Behörden und Verwaltungen nutzten das Gebäude, gelegentlich wurden Ausstellungen veranstaltet.

Schwere Angriffe britischer und amerikanischer Bombenverbände auf Berlin verwandelten das Schloß 1945 in eine Ruine, die fünf Jahre später gesprengt wurde. Der Beschluß der DDR-Regierung hierzu war nicht unumstritten. Nur ging es damals

nicht um Schlösser, sondern um die Überwindung der entsetzlichen Wohnungsnot. Übrigens wurde auch in Braunschweig die Schloßruine gesprengt.

Die Asbestbelastung des Palastes ist ebenso Realität wie in anderen Gebäuden Berlins und Deutschlands, die zu jener Zeit nach dieser weltweit angewandten Bautechnologie errichtet wurden. Gegen die offensichtliche „Abrißsanierung“ regt sich seit Jahren lebhafter Protest. Die Bürgerinitiative „Pro Palast“ wandte sich auf ihrer 1. Mahnwache im September 2000 mit 10 Fragen und Forderungen an Politiker, Bürger und die internationale Öffentlichkeit. Einige davon lauteten: Warum werden die zweifelhaften Umstände der Schließung des „PdR“ nicht aufgeklärt und offengelegt? Warum wird das Asbestgutachten nicht veröffentlicht? Warum wurden die „Pro Palast“-Empfehlungen des Petitionsausschusses des Bundestages negiert? Warum will man ein Schloßplagiat und keinen Kulturpalast für das Volk?

Im Umgang mit dem Palast zeigt sich die Delegitimierungsstrategie gegen die DDR am konkreten Gegenstand. Die CDU/CSU

fordert seit Jahren den Abriß, getarnt durch ihre Schloßidee. Dem folgt die FDP, im Widerspruch zu Teilen ihrer Basis. SPD und Grüne wissen, was sie nicht wollen und haben deshalb eine Kommission eingesetzt. Die PDS fordert den Erhalt des Palastes und seine sinnvolle Einbeziehung in die Gestaltung des Schloßplatzes. Die früheren DDR-Bürger möchten mehrheitlich ihren Palast wiederhaben.

Die Palastfreunde machen auch in diesem Jahr mit Veranstaltungen auf ihr Anliegen aufmerksam. Im ausverkauften Theater in Karlshorst fanden zwei „Kleine Kessel Bunt“ statt. Bekannte Interpreten und Schriftsteller nahmen als einziges Honorar den herzlichen Beifall eines begeisterten Publikums entgegen. Ein weiterer „Kessel“ folgt noch in diesem Monat. Auch andere Aktivitäten sind geplant.

Im Internet ist bereits ein visueller Bummel durch den „PdR“ möglich. ([www.palast.com](http://www.palast.com)) Hier gibt es aktuelle Informationen, Pressestimmen, Fragen an die Politiker und deren Antworten.

Es wird noch spannend werden.

**Rudolf Denner, Horst Wellner**

**Parteihehrjahr bei Prof. Lothar Bisky**

## Wer schreibt, der bleibt!

Lothar Bisky schrieb in besseren Tagen, als es noch die DDR gab, mancherlei Gescheites. „The show must go on“ aus der Serie nl-konkret des Verlags Neues Leben war damals verdienstermaßen ein Renner. Es ging dem Medienwissenschaftler um „Unterhaltung am Konzernkabel“. Auch sein im gleichen Verlag erschienen Buch „Geheime Verführer“ war ein Erfolg. Ja, wer schreibt, der bleibt! Das gilt selbst für Bekenntnisse, die mancher heute lieber nicht abgelegt hätte, obwohl sie weder erzwungen noch falsch waren.

Lothar Bisky hat z. B. eine Arbeit über das Thema „Massenkommunikation und Jugend“ veröffentlicht. Der Autor, später an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED als Kulturspezialist tätig, geht darin von „Was tun?“ aus, wobei er sich Lenin (heute für die meisten in der PDS-Spitze eine Unperson) erstaunlich nähert. Dieser habe sich „ausführlich mit der Entstehung und Verbreitung der sozialistischen Ideologie, mit dem Problem der spontanen Bewußtseinsentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse sowie mit dem Charakter sozialistischer Agitation und Propaganda“ beschäftigt. „Weil sozialistisches Bewußtsein“, so verkündet Bisky, „nicht etwas aus dem Klas-

senkampfurwüchsig Entstandenes ist, weil der Sozialismus als Lehre nur das Ergebnis angestrebter wissenschaftlicher Erkenntnis ist, weil in der kapitalistischen Gesellschaft die bürgerliche Ideologie die herrschende Ideologie ist, kann sich die sozialistische Ideologie nur durchsetzen, indem sie bewußt in den Klassenkampf des Proletariats hineingetragen wird“, rezitiert er fleißig. Und fügt hinzu: „Diese Erkenntnisse Lenins haben nichts an Aktualität eingebüßt.“ Ist ein solches Treuegelöbnis zu Wladimir Iljitsch, diese Häufung in der PDS tabuisierter Vokabeln nicht etwas für die Kaderakte im KL-Haus?

Doch hören wir weiter. Bisky unterstreicht, daß in der „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ dem Nachweis „des Klassencharakters der Massenkommunikation eine besondere Bedeutung“ zukomme.

Wie man sieht, hat sich der langjährige PDS-Vorsitzende zumindest beim gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium angestrengt, nichts zu verpassen. So folgt denn im Parteihehrjahrsstil Schlag auf Schlag. Die „führende Kraft“ des sozialistischen Aufbaus sei die Arbeiterklasse, „die ihre führende Rolle nur durch ihre marxistisch-leninistische Partei erfüllen

kann“. Diese sei allein in der Lage, „die Werktätigen mit dem Bewußtsein ihrer Mission, ihrer Stellung in der Gesellschaft, mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus auszurüsten“. Ehrlich gesagt, der Text ist nicht sehr spannend, eher hölzern und phrasenhaft, in der Sache aber richtig.

Bisky verweist schließlich auf „die gewachsene Bedeutung des ideologischen Klassenkampfes“. Dieser finde „zwischen bürgerlichen Wissenschaftlern und Marxisten-Leninisten“ statt.

Donnerwetter, wie hat der Mann nur so schnell den Abstieg von solchen lichten Höhen der Erkenntnis ins trübe Tal der heutigen PDS-Ideologie geschafft!

Die früheren Einsichten Lothar Biskys sind in der von ihm zusammen mit Walter Friedrich herausgegebenen Broschüre „Massenkommunikation und Jugend“, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1971, nachzulesen. Denn: Wer schreibt, der bleibt!

**Gerhard Feldbauer**





## Als Gäste auf dem 21. Parteitag der KPD

# Wurzeln nicht verleugnet

Der „RotFuchs“ war am 24. März 2001 nach Klosterfelde bei Berlin zum 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands eingeladen. Die Beratung erfolgte im Lokal „Lindengarten“, wo sich zu Jahresbeginn 1990 die KPD in der Noch-DDR wiedergründete. Fast 100 Delegierte legten Rechenschaft ab und berieten über die weitere Arbeit. Der Parteitag verlief in einer Atmosphäre der Einmütigkeit. Die KPD wende sich gegen jede Art von Opportunismus und Revisionismus, wurde betont. Das dokumentierte auch das Leninbild an der Stirnwand des Saales und die Fahne der KPD mit den Porträts von Marx, Engels und Lenin. Dieser Geist kam auch in den Reden und Dokumenten des Parteitags zum Ausdruck.

Im Rechenschaftsbericht des wiedergewählten Vorsitzenden, Genossen Werner Schleese, wurde folgerichtig die ideologische Arbeit in den Mittelpunkt gestellt. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Aktivitäten zur Gewinnung und Formierung junger Mitstreiter.

Der Bericht und die als Arbeitsgrundlage beschlossenen „Politischen Grundsätze für die weitere Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD“ heben das Diskussionsangebot „11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost für Ostdeutschland“ besonders hervor. Unter Beifall wurde erklärt: „Die Forderungen haben ein weithin vernehmbares positives Echo gefunden. Einhellige Zustimmung und viele Vorschläge zur weiteren Vervollkommnung und Präzisierung der Forderungen, die zur ‚Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Würde der Ostdeutschen‘ dienen sollen, gibt es inzwischen, wie die Verfasser des Dokuments der DKP-Gruppe schreiben. ... Wir, die Delegierten des 21. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands haben uns dazu gemeinsam mit den Parteimitgliedern allerorts eine positive Meinung gebildet und einen klaren Standpunkt eingenommen. Die KPD schätzt die ‚11 Forderungen‘ hoch ein und hält sie für vollauf gerechtfertigt. Wir betrachten sie als einen massenmobilisierenden Beitrag zum Einsatz für die Belange der Ostdeutschen und in ihrer Wirkung ebenfalls anspornend für die Sicherung der Lebensinteressen der Westdeutschen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir vertrauen jedenfalls auf eine gesamtdeutsch wirkende Initiative der DKP-Genossen. Wir erklären ... unsere prinzipielle Übereinstimmung bis ins Einzelne mit jeder der erhobenen Forde-

rungen und werden sie mit all unseren Kräften, ohne jegliche Bedingungen und solidarisch unterstützen. ...“

Die Beratung wurde von den Delegierten für einen Erfahrungsaustausch über die politische Arbeit in verschiedenen Tätigkeitsbereichen genutzt. So berichtete z. B. Genossin Weißheit aus Thüringen, die über die Arbeit auf dem Lande sprach, vom engen Zusammenwirken der dortigen KPD mit der DKP und der KPF der PDS, was bereits in einer gemeinsamen Erklärung festgeschrieben wurde. Gleiche Erfahrungen mit sich stabilisierenden Bündnisbeziehungen zwischen Kommunisten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit vermittelte Genosse Zobel aus Brandenburg, wo es besonders in den Kreisen Barnim und Niederlausitz eine von DKP-Genossen initiierte ständige enge Partnerschaft gibt.

Genosse Hans Wauer, Chefredakteur der KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“ und stellvertretender Parteivorsitzender, sprach sich im Namen seiner Genossen für unverbrüchliche Solidarität mit allen wegen ihres Eintretens für den Sozialismus politisch verfolgten und kriminalisierten DDR-Bürgern aus. Er verurteilte scharf die Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes in Strasbourg gegen Heinz Keßler, Egon Krenz, Fritz Streletz und den ehemaligen Grenzsoldaten Karl-Heinz Winkler.

Die Diskussion behandelte ein breites Themenspektrum. Bemühungen um die Wiedergründung eines Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands wurden lebhaft begrüßt. Hervorzuheben ist der Redebeitrag des Genossen Günther Bandel. Er setzte sich mit opportunistischen Kräften in der PDS und deren Einordnung in diese Gesellschaft auseinander. Das Grundsatzpapier maßgeblicher Führungskreise dokumentiere die vorgesehene Profilierung der PDS als kleinbürgerliche „Menschenrechts- und Freiheitspartei“. Den von der PDS-Vorsitzenden Zimmer geforderten „völligen Bruch mit der SED-Vergangenheit“ bezeichnete der Redner als Ausdruck antikommunistischer Vorbehalte.

Der Parteitag der KPD vermittelte uns und den übrigen Gästen das Bild einer zwar zahlenmäßig kleinen, aber kampfbereiten Partei, die sich eindeutig zu ihren marxistisch-leninistischen Grundlagen bekennt und ihre Wurzeln – darunter die positiven Erfahrungen aus der Zeit der SED – nicht verleugnet.

**Kurt Andrä/Jürgen Thiele**

## Strasbourg im Schlepptau Kinkels

# Ein empörender Richterspruch

Am 22. März 2001 hat sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte – zu seinem Etat trägt die BRD ganz wesentlich bei – in die Front der DDR-Delegitimierer eingereiht und eine empörende Entscheidung getroffen. Das nicht außerhalb von Klassenkampf und Klasseninteressen agierende Tribunal verwarf die Beschwerden von Heinz Keßler, Egon Krenz, Fritz Streletz und Karl-Heinz Winkler – einem der vielen verurteilten DDR-Grenzsoldaten – wegen Verletzung der Menschenrechte, insbesondere wegen Verstoßes gegen das Rückwirkungsverbot. Obwohl die Regel, daß niemand wegen einer Tat bestraft werden darf, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung nicht unter Strafandrohung stand – und das Eintreten für die Sicherung der DDR-Staatsgrenze war Gebot und nicht strafbar – hat sich das Strasbourger Gericht auf die Seite der Sieger und gegen die Unterlegenen des Kalten Krieges gestellt. Damit mißachtete es den Grundsatz, daß das Recht eines Staates prinzipiell nicht der nachträglichen Umbewertung durch einen anderen Staat unterliegt. Niemand hat die BRD dazu legitimiert, Bürger der DDR nach dem staatlichen „Beitritt zur BRD“ rückwirkend zu kriminalisieren. Bedauerlicherweise übernahm der Europäische Menschenrechtsgerichtshof – sieht man von drei abweichenden Stimmen in der Behandlung der Beschwerde des Grenzsoldaten K.-H. W. ab – die Position der BRD-Regierung, daß es sich bei den Urteilen deshalb nicht um einen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 der Menschenrechtskonvention handele, da die DDR „ihr eigenes Recht ja nicht angewendet habe“.

„Die Verfolgungen und Demütigungen von DDR-Bürgern, die ausschließlich ihre Verfassung und ihr Recht in Anspruch nahmen, haben nun den europäischen Segen erhalten und dürften wieder aufflammen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der GRH und des Solidaritätskomitees.

Der schweizer Vorsitzende des Tribunals und seine Beisitzer haben der Vorgabe des Chef-Delegitimierers Klaus Kinkel entsprochen und damit die These von der Unabhängigkeit der bürgerlichen Justiz ein weiteres Mal ad absurdum geführt.

Wir versichern die vier durch BRD-Gerichte verurteilten DDR-Bürger – vom Grenzsoldaten bis zum Staatsratsvorsitzenden – unserer Entschlossenheit, den Widerstand gegen die pseudojuristische Abrechnung mit dem sozialistischen deutschen Staat zu verstärken und allen weiterhin Solidarität zu erweisen, die Opfer dieser Unrechtspraktiken geworden sind oder noch werden

**R. F.**

„RotFuchs“-Diskussionstribüne: Willi Belz, Widerstandskämpfer und Parteiveteran (DKP)

## Ein Vorschlag aus Kassel

Anknüpfungspunkt ist für mich der Beitrag Dieter Itzcrotts im Februar-„RotFuchs“ („Ein Haus ohne Fundamente?“), der mit der Frage schließt: „Einheit auf welcher Grundlage, auf revolutionärer oder reformistischer?“ Für prinzipienfeste Kommunisten aus der einstigen SED, der SEW und der noch existent gebliebenen DKP kann es nur eine Antwort geben: Einigung auf revolutionärer Grundlage. Nur weil sich viele Mitglieder dieser Parteien von marxistisch-leninistischen Grundpositionen entfernten, waren ideologische Zerfahrenheit und organisatorische Zersplitterung unvermeidlich. So konnte auch der Versuch, die DKP politisch und organisatorisch in die frühere DDR zu transferieren, deshalb nicht erfolgreich sein, weil keine gemeinsame Klärung in Grundfragen vorausgegangen war. Nach über 10 Jahren dieses Dilemmas mit seinen negativen Begleiterscheinungen und Folgen geht es quasi unausweichlich um eine Wiedervereinigung der deutschen Kommunisten auf traditioneller revolutionärer Grundlage, die sich historisch bewährt hat, solange sie gewahrt wurde.

Als Resultat positiver Erkenntnisse und herausführend aus der bestehenden Lage erschien mir der vom 15. Parteitag der DKP mehrheitlich beschlossene Antrag des PV, in dem annähernd wegweisend steht: „In der Bundesrepublik Deutschland können die Kommunisten heute aus den Erfahrungen zweier gesellschaftlicher Systeme lernen. 40 Jahre hat es auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat gegeben, der eine Alternative zum kapitalistischen System der BRD darstellte. Die von Kommunisten in beiden Staaten gewonnenen unterschiedlichen Erkenntnisse kritisch und konstruktiv zu nutzen und für die Entwicklung einer historischen Perspektive positiv zusammenzuführen, ist für die DKP eine einmalige Chance, aber auch eine nicht einfache Aufgabe.“ Ich meine, das vernünftige theoretische und politisch-praktische Herangehen an ihre Lösung entscheidet über ihre Erleichterung. Daß sich die dazu bereiten Teile der DKP der Aufgabe konsequent stellen müssen, ist zwingend, aber nicht, daß sie nur im Rahmen der Alleinzuständigkeit der DKP für alle deutschen Kommunisten gelöst werden kann. Aus dem Prozeß der Wiedervereinigung der Kommunisten muß eine neue einheitliche Kommunistische Partei Deutschlands hervorgehen, die auch die verschiedenen Gruppierungen des prokommunistischen Umfeldes an sie heranführen hilft.

Entsprechend diesen Vorstellungen habe ich im Februar 2001 dem PV der DKP den Entwurf für einen Beschluß zugeleitet, der von ihm als Antrag auf einem außerordentlichen Parteitag eingebracht werden mußte. Ich kann den Inhalt des Entwurfs hier nur auszugsweise darstellen, wobei ich bemüht

bin, den roten Faden deutlich zu machen. Nach einer Kurzanalyse der vom herrschenden System geschaffenen Gesamtlage folgt als „Fazit“: Die Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung gemäß den politischen und sozialreaktionären Zielen des Großkapitals und des ihm dienenden Staates erfordert die Erkenntnis in beiden Teilen Deutschlands, daß es ein gemeinsames, gesamtdeutsches solidarisches Interesse daran geben muß, sowohl noch vorhandene Errungenschaften zu verteidigen als auch die in Ost und West verlorengegangenen wiederherzustellen und weitere zu erringen. Die DKP hält es für der gemeinsamen Sache dienlich, hierbei die den Erfordernissen entsprechenden Artikel des Grundgesetzes der alten BRD und die Verfassung der früheren DDR miteinander zu vergleichen, um daraus praktische Lehren zum beiderseitigen Nutzen zu ziehen.

Daraus abgeleitet werden Forderungen benannt, in denen auch die von der DKP-Gruppe Berlin Nordost vorgeschlagenen ostspezifischen Forderungen vertreten sind.

Unter dem Zwischentitel „Für gemeinsame demokratische Aktionen“ wird die Notwendigkeit breiter demokratischer Bündnisse dargelegt, indes auch gesagt: „Aber wegen ihrer Interessenvielfalt, sachlicher und zeitlicher Begrenztheit, politischer und organisatorischer Unverbindlichkeiten ist mit solchen Zweckbündnissen allein das endliche Ziel einer von Kapitalherrschaft befreiten Gesellschaft nicht zu erreichen. Dazu bedarf es einer starken, einheitlichen politischen Partei, die sich in erster Linie auf die Hauptträger der gesellschaftliche Produktion, die Arbeiter und Angestellten als größte organisierbare Kraft stützt und deren Bündnispolitik darauf ausgerichtet ist, durch die Vereinigung mit den Interessen aller vom Kapital ausgebeuteten Gesellschaftsteile ein Gesamtinteresse an der Überwindung des kapitalistischen Systems herbeizuführen.“ Im Schlußteil des Entwurfs heißt es: „Zu den hier genannten und miteinander verbundenen Zielen bekennen sich gegenwärtig die sich noch in einer Minderheit befindlichen kommunistischen und anderen linken Kräfte aus beiden Teilen Deutschlands, ziehen Lehren aus ihrer Geschichte, ringen um ihren Zusammenschluß, der sie zu einer orientierenden politischen Kraft für die allmähliche Rückgewinnung und Vergrößerung ihres Einflusses in der Arbeiterbewegung und breiten Volksschichten befähigt ...“

Die auf dem Boden der alten kapitalistischen BRD entstandene DKP bringt zwar die hier genannten Forderungen und Ziele ein, erhebt aber nicht den Anspruch, ihr alleiniger parteilicher Träger für alle zu sein, die ihnen zustimmen. Die DKP schlägt deshalb vor, ... konkrete Schritte einzuleiten, die zur Grün-

dung einer gemeinsamen kommunistischen Partei für ganz Deutschland führen. Ihr Name sollte Neue Kommunistische Partei Deutschlands (NKPD) lauten, wurzelnd in der Tradition der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1919 gegründeten KPD der Weimarer Republik, in sich vereinigend das geschichtliche Erbe der SED (1946 bis 1989), der SEW, der westdeutschen KPD von 1945 bis 1968 und der DKP nach diesem Datum. Sie lädt zur Teilnahme an diesem Bestreben alle sozialistisch und kommunistisch ausgerichteten Gruppierungen in Ost und West ein, die ihm auf der unwandelbaren Grundlage der wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels und Lenin prinzipiell zustimmen. ...“

**Touristik und Kontakt International GmbH, Danziger Straße 161/163 in 10407 Berlin, Tel.: 0 30/4 23 33 33 bietet zum Preis von 1350 DM eine Reise zum Pressefest des portugiesischen Parteiorgans „Avante!“**

nach Lissabon in der Zeit vom 7. bis 12. September 2001 an. Ein eindrucksvolles Programm mit Ausflügen, Exkursionen und Informationsgesprächen wird geboten. Flugreisebegleiter ist Frank Bochow, Botschafter der DDR in Portugal.

Gerhard Bengsch



Heiratsschwindel

Offener Brief  
an  
Mademoiselle  
Carmen M.

Gerhard Bengsch,  
Heiratsschwindel, 9,90 DM, Spotless-Reihe Nr. 125, ISBN 3-933544-45-9

## Zum eigentlichen Kern der PDS-Programmdebatte (1)

# „Verhinderer“ und Tempomacher

Vom PDS-Vorstand ist ein „Grundlinienpapier“ ausgearbeitet worden. Es soll Impulse geben und – dies wohl vor allem – der Mitgliedschaft die „richtige Richtung“ weisen für eine „breite, demokratische und transparente Diskussion zur Überarbeitung des Parteiprogramms“. Ein Umstand, in der PDS-Zeitschrift DISPUT (2/01) beklagt, dürfte zu diesem Schritt Anlaß gewesen sein. Dort hieß es nämlich: Die vom Berliner Parteitag im Januar 1999 beschlossene Programmdebatte werde von der Mitgliedschaft bislang kaum geführt. Sie sei eher „Angelegenheit einiger Dutzend Interessierter“ geblieben. Von der Öffentlichkeit würden nur „Führungsrangeleien und Flügelrempelien“ wahrgenommen.

Der weitaus wichtigere Grund für das Zustandekommen des „Grundlinienpapiers“ ist jedoch jener innerparteiliche Dissens, der die PDS-Programmdebatte von Beginn an prägt. Er hat sich stetig zugespitzt. Zwar konnten die Verfechter des „Reformkurses“ und die Parteilinken trotz konträrer Auffassungen zur Notwendigkeit und zu inhaltlichen Schwerpunkten einer Programm-„Modernisierung“ mit der Kompromißformel vom „erheblichen Klärungsbedarf in Grundfragen“ den offenen Bruch bislang vermeiden. Um so heftiger aber tobt der Streit darüber, ob beim Überarbeiten der Programmatik Gründlichkeit (und dazu unerläßlicher Zeitaufwand) oder flottes Tempo das Vorgehen bestimmen sollen. Dabei handelt es sich keineswegs, wie das scheinen könnte, um eine technisch-organisatorische Kontroverse, sondern um grundsätzlichen Richtungsstreit.

Das wird nicht immer gleich erkennbar. Denn es sind nicht nur konsequent marxistische Kräfte in der PDS, die sich gegen Hektik in Sachen Programmveränderung stemmen und deshalb von ihren Kontrahenten als „Verhinderungsfraktion“ denunziert werden. Selbst aus dem „Realo“-Flügel vernimmt man prominente Stimmen, die vor allzu großer Überarbeitungshast warnen. So meinte Parteizeiter Dieter Dehm, daß „ein sozialistisches Grundsatzprogramm hohen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen“ müsse und „ein hingeschludertes Dokument keine Werbung für die PDS“ wäre. Und die Parteivorsitzende Gabi Zimmer verband ihren Appell, daß „niemand in der PDS das Gefühl haben“ dürfe, beim Formulieren der künftigen Programmfassung „über den Tisch gezogen zu werden“, mit einem Hinweis auf das sonst entstehende Risiko: In Bundeswahlkampfzeiten – und 2002 ist es wieder so weit – sei es „wegen des disziplinierenden Moments“ schwierig, ein Parteiprogramm zu beschließen. Womit, wenn auch nur indirekt, die Erkenntnis ausgesprochen wurde, daß man die eigenen Wahlchancen reduzieren und das Potential aktiver Wahlkämpfer verringern würde, setzte man die Partei einer Zerreißprobe aus. Die aber steht garantiert ins Haus, wenn das programmatische Konzept der rechten „Parteirealos“ durchgeboxt wird. Denn den marxistischen Kräften in der PDS gilt der mit dem noch gültigen Parteiprogramm von 1993 erreichte kompromißbedingte Konsens als „äußerste Schmerz-

grenze“. Diese zu überschreiten bedeute, daß sich die PDS aus einer zwar nichtkommunistischen, aber noch dezidiert antikapitalistischen Partei in eine bürgerliche Beliebigeitspartei verwandelt, die bloß noch sozialistisch etikettiert ist. Solcher Belastung hielte die innerparteiliche Bruchstelle schwerlich stand.

Indem Zimmer, Dehm und andere „Reformer“ das in Rechnung stellen, beweisen sie mehr taktisches Geschick als solche auf Tempo drückenden Politiker wie Bisky (der den Vorsitz in der Programmkommission hinschmiß, weil seinen Zeittaktvorgaben nicht entsprochen wurde) oder André Brie, der in Verkennung der Realitäten ein nach Reformers-Gusto gestricktes Parteiprogramm zur Vorbedingung für einen PDS-Wählerfolg 2002 erklärte.

Abgesehen davon, daß Zweifel angebracht sind, wenn lediglich sechs Jahre nach Annahme eines Programms dessen „Modernisierung“ als unvermeidlich ausgegeben wird: Daß sich die Linken in der PDS sträuben, die Partei in ein mit heißer Nadel genähtes reformistisches Korsett zu zwingen, hat für die Demokratischen Sozialisten existentielle Bedeutung. Wenn die PDS als sozialistische Alternativkraft glaubwürdig bleiben will, muß sie sich als immun gegen einen programmatischen Richtungswechsel erweisen, durch den sie das Profil einer antikapitalistischen Systemopposition gänzlich verlieren würde.

Es ist allerdings nicht neu, daß es schon seit 1989 in der Parteispitze Bestrebungen gibt, einen entgegengesetzten Kurs zu steuern. Das Schlagwort vom „Ankommen in der BRD“ meinte ja nicht bloß den (mit der Annexion der DDR vollzogenen) politisch-geografischen Platzwechsel. Es ging vielmehr um die Integration in das bestehende gesellschaftliche System – also den Kapitalismus. Was wiederum gleichbedeutend damit ist, sich in diesem System einzurichten. Als Gradmesser für das Gelingen gelten parlamentarische Präsenz sowie Befähigung und Akzeptanz, im kapitalistischen Staat „Regierungsverantwortung zu übernehmen“. Den dazu unumgänglichen Anpassungsprozeß bewertet die marxistische Linke in der PDS als Abgehen von sozialistischen Grundprinzipien. Sie wehrt sich dagegen, daß ihre Partei – getrieben vom Streben nach Teilhabe an politischer „Machtausübung“, also an Mitverwaltung des Kapitalismus – zu einer bürgerlichen „Regierungspartei im Wartestand“ mutiert. Zumal ihr ohnehin nur die Rolle eines Juniorpartners zufile, der dem jeweils amtierenden politischen Sachwalter des Kapitals als reiner Mehrheitsbeschaffer dienstbar zu sein hätte.

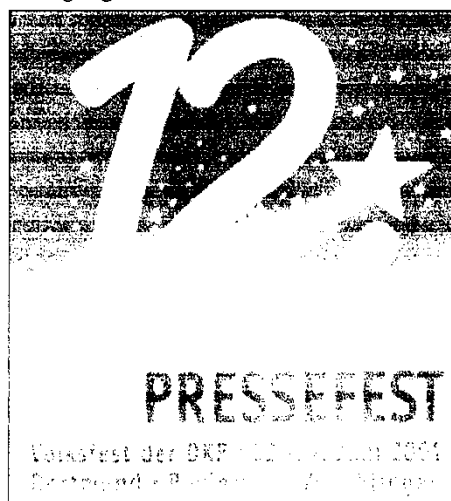
Die „Reformer“ weisen solche Vorwürfe als böse Unterstellung vehement zurück. Ihre einfallsreichen Argumentationsmuster hören sich oft sehr gefällig an, was sie geeignet macht, bei unkritischen Gemütern Gehör zu finden. Ihr Hauptmerkmal aber besteht darin, Klarheit und Genauigkeit zu vermeiden, nahezu beliebig interpretierbar zu sein, statt präziser Begriffe diffuses Vokabular anzubieten. Dazu gehören Wendungen wie die (von nichtsozialistischen Parteien ebenfalls gern benutzte) Floskel von

der „sozialen Gerechtigkeit“, die volkstümelnde Absichtserklärung, „sich in die Gesellschaft zu öffnen“, die nebulöse Beteuerung, allein ein „libertärer“ Sozialismus sei erstrebenswert, das „Hinwenden zur Mitte“ samt dem Umwerben der „Leistungsträger“, das Umschwenken von der Klassenpartei, „kleiner Leute“ zur ominösen „Volkspartei“. Und schließlich, als Krönung gewissermaßen, Gabriele Zimmers jüngste Verheißung: die PDS wolle „Menschenrechts- und Freiheitspartei“ sein oder werden.

Doch keiner von den Verfechtern reformistischer Politik in der PDS-Spitze gibt zu erkennen, wie eine so gestrickte PDS denn nun das existentielle (und in der DDR realisierte!) Menschenrecht auf Arbeit künftig durchsetzbar machen will. Und ungesagt bleibt ebenso, ob der Freiheitspartei-Anspruch vor allem auch die sozialistische Grundforderung meint, den Kampf um Freiheit von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum Zentrum eigenen politischen Wirkens zu machen.

Genau hier stößt man auf die wirklichen Dissenspunkte, um die es in der PDS-Programmdebatte geht und über deren Entscheidung sich der Charakter dieser Partei künftig definiert: ob sich die PDS damit begnügen wird, eine „sozial motivierte“, aber systemintegrierte parlamentarische Kraft mit mäßigem Einfluß zu sein, oder ob sie die kraftvolle Vertretung von Alltagsinteressen der gesellschaftlichen Mehrheit damit verbindet, taktisch wie strategisch auf Systemveränderung des Kapitalismus bis zur Systemüberwindung hinzuwirken. Also Sozialismus nicht bloß zu sagen, sondern auch zu wollen. Aufschluß darüber, welchen Weg diese Partei einschlägt, wird der Ausgang ihres innerparteilichen Richtungsstreites vor allem zu den Fragen von Macht und Eigentum geben. Nicht zufällig hat Gregor Gysi schon vor Jahren verkündet, daß er n u r (!) in diesen beiden Fragen „vom Marxismus weg“ sei. Wir sind gespannt, wie sich die PDS programmatisch zur Frage des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln festlegen wird, wie sie ihre Sozialismuskonzeption präzisiert und – damit verbunden – ihre endgültige Bewertung der sozialistischen DDR.

**Wolfgang Clausner**



Was steckt eigentlich hinter der Gründung von ver.di?

## Das Ende meiner Gewerkschaft

*Der Meinungsstreit über Wert oder Unwert der Bildung von ver.di – der mit allen Superlativen bedachten Riesengewerkschaft – ist noch in vollem Gange. Während sich die einen, darunter auch Linke, in überschwenglichen Gratulationen ergehen, melden die anderen ernste Bedenken an. Der hier abgedruckte Kommentar von Eckart Spoo, dem Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“ und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union – erschienen am 17./18. März 2001 in der „jungen Welt“ – trifft nach unserer Meinung ins Schwarze.*

Vor mehr als 30 Jahren habe ich in der damaligen Industriegewerkschaft Druck und Papier den Anstoß zur Gründung der IG Medien gegeben. Angesichts immer mächtiger werdender Medienkonzerne wie Bertelsmann, Springer und Holtzbrinck, die sich eine Zeitung, eine Zeitschrift, eine Druckerei nach der anderen aneigneten, auf dem Buchmarkt die Vorherrschaft eroberten, ins Musikgeschäft einstiegen und ihre Pranken auch nach Hörfunk und Fernsehen ausstreckten, schien es mir dringend geboten, daß sich die Beschäftigten dieses Industriesektors zusammenschlossen. Mein Antrag wurde angenommen, und auch in der damaligen Rundfunk-Fernseh-Film-Union, im Verband Deutscher Schriftsteller und anderen Künstlerverbänden fand die Idee schnell Mehrheiten. Doch wegen mancher Ängstlichkeiten führender hauptamtlicher Funktionäre wurde die Gründung jahrelang verzögert, während das Medienkapital ohne nennenswerte Gegenwehr Fakten schuf. Viele Chancen wurden vertan. So verbietet es sich, von einer Erfolgsgeschichte zu sprechen. Die Idee der Mediengewerkschaft kommt mir aber auch im Rückblick immer noch vernünftig vor.

Eher unvernünftig finde ich dagegen die Fusion der IG Medien mit DAG, DPG, HBV und ÖTV. In den Jubel über die dadurch entstehende „größte Gewerkschaft der Welt“ mit knapp 3 Millionen Mitgliedern vermag ich nicht einzustimmen, denn nichts deutet darauf hin, daß das globale Kapital vor dieser Organisation die geringste Angst hätte. Intern machen sogar Vorsitzende beteiligter Gewerkschaften und designierte Vorstandsmitglieder der „Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft“ keinen Hehl daraus, daß sie nach anfänglicher Begeisterung längst nicht mehr überzeugt sind, den Delegierten diesen Zusammenschluß ehrlichen Herzens empfehlen zu können. Das Hauptargument lautet jetzt vielmehr: Nachdem schon so viel Zeit und Geld investiert sei, wäre es eine Blamage, wenn „ver.di“ scheitern würde. Ein klägliches Argument.

Größe ist nicht gleich Stärke. Stark ist eine Gewerkschaft, wenn sie in den Betrieben einen hohen Organisationsgrad hat, wenn das gewerkschaftliche Bewußtsein der

Mitglieder hoch entwickelt, Bereitschaft zu solidarischem Handeln erprobt ist, wenn innergewerkschaftliche Demokratie lebt und die Hauptamtlichen daran gehindert sind, sich so aufzuführen, als wären eigentlich nur sie die Gewerkschaft und die Mitgliedschaft nicht mehr als eine lästige Klientel. Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren – die eine mehr, die andere weniger – an Mitgliedern und Kampferfahrung verloren. Die Massenarbeitslosigkeit, kein unvermeidbares Schicksal, hat ihre Kampfbedingungen verschlechtert. So sind die Gewerkschaften schwächer geworden – auch dadurch, daß sich manche führenden Funktionäre weit von der Basis entfernt, sich eng ans politische Establishment angelehnt haben und den Mitgliedern nicht einmal mehr die Wahrheit über den Sozialabbau sagen, z. B. über die Rentenreform des Kollegen Riester und deren absehbar desaströse Folgen. Sie scheuen Konflikte mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Kein Wunder, daß seit deren Amtsantritt die Wirksamkeit und das Ansehen der Gewerkschaften nicht gestiegen, sondern gesunken sind. Gerhard Schröder getraut sich sogar schon den Wunsch auszusprechen, sie im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ an die kurze Lohnleitlinie zu hängen. Solche Schwäche verwandelt sich nicht dadurch in Stärke, daß sich Gewerkschaften verschiedener Branchen vereinigen.

Programmatisch präsentiert sich „ver.di“ viel schwächer als die Gründerorganisationen, namentlich die IG Medien. Die Reden des Bundespräsidenten und des Kanzlers auf dem Gründungskongreß, als „Höhepunkte des Programms“ angekündigt, werden dieses Defizit gewiß nicht ausgleichen. Es markiert vielmehr einen Tiefpunkt der Gewerkschaftsgeschichte, wenn man meint, sich mit solcher fremden Autorität ausstaffieren zu müssen, wenn man dieses Ereignis zudem mit riesigem finanziellen Aufwand inszeniert und einer Werbeagentur 10 Millionen Mark für eine „Imagekampagne“ zahlt. Image braucht man, wenn man kein Gesicht hat. Insofern finde ich es passend, daß den Gründern als Gemeinsamkeit ausgerechnet das Bürokratenwort „Dienstleistung“ eingefallen ist – was besagt es zur Unterscheidung von anderen Gewerkschaften? – und daß sie im Namen „ver.di“ das v aus „vereinig“ als weiches w aussprechen. Wiel Wergnügen! Im Gegensatz zu Verdi-Opern (der vor 100 Jahren gestorbene Komponist kann sich nicht dagegen wehren, daß man ihn so in Dienst nimmt) ist hier vieles unstimmig. Die Gründer wissen es. Sie wissen auch, daß die „ver.di“-Gremien noch jahrelang damit beschäftigt sein werden, funktions-tüchtige Strukturen zu schaffen. Schon deswegen können Kapital und Kabinett zur Gründung der „größten Gewerkschaft der Welt“ ... freundlich gratulieren.

*... und weiche keinen Cicero von deinem Wege ab ...*

### Unter Druckern erlebt

1952 arbeitete ich in einem Zweigbetrieb des „Neuen Deutschland“ – genauer gesagt auf dem „Pfefferberg“ im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg – als grafischer Hilfsarbeiter. Dort wurden Broschüren hergestellt.

Die Parteigruppe der Drucker war an Mitgliederstärke relativ klein, bestand aber überwiegend aus alten, kampferfahrenen Genossen. Als 20jähriger parteiloser Spund durfte ich an den Bildungsveranstaltungen der SED teilnehmen. Die Genossen wichen oft vom Schulungsthema ab, was die Abende aber interessant und lebendig machte. So berichtete der eine oder andere Teilnehmer von einst über die Novemberrevolution 1918 so anschaulich, daß ich mir bald einbildete, am Sturm auf die Maikäferkaserne selbst teilgenommen zu haben.

Diejenigen Druckereiarbeiter, die sich parteipolitisch nicht binden wollten, waren gewerkschaftlich sehr aktiv und stolz darauf, daß ihr Verband – neben dem der Tabakarbeiter – zu den ältesten in Deutschland gehörte. So verlangten sie von der Kaderabteilung, keinen neuen Kollegen einzustellen, der nicht das Gewerkschaftsbuch in der Tasche hatte.

Wenn sie guter Laune waren, stimmten sie die Melodie des Liedes „Üb immer Treu und Redlichkeit...“ mit ihrem eigenen Text an: „Üb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab und weiche keinen Cicero von den Tarifen ab.“ (Cicero = typografische Maßeinheit)

Heute wären wir froh, wenn sich der DGB bei Tarifverhandlungen an solche Gesänge erinnerte – dann würden die Null-Runden vielleicht wegfallen!

Wolfgang Nicolas



Revolutionäre Grüße allen Lesern und Freunden des „RotFuchs“, allen Genossinnen und Genossen zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse

## Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (30)

# Lenin und die Kolonialfrage

Angesichts des Geschreis nicht nur bürgerlicher Publizisten und „Wissenschaftler“ über das natürlich endgültige „Scheitern des Leninismus“, der „wissenschaftlich widerlegt“ und sogar die „Ursache“ des ebenfalls endgültigen „Scheiterns des Sozialismus“ sei, mag eine gedrängte Darstellung der Leninschen Theorie der nationalen und kolonialen Frage dazu anregen, sich mit dieser angeblich „modernen“ These vom „Scheitern“ auseinanderzusetzen und sich mit diesem Teil des sehr umfangreichen Werkes unseres Klassikers vertraut zu machen. Das ermöglicht es auch, zu prüfen, was da nun eigentlich „endgültig gescheitert“ ist – der Leninismus oder dessen „wissenschaftliche“ Widerlegung.

Man kann sich natürlich darüber ereifern, was von Lenins Prognosen nicht eingetroffen oder wo die Geschichte anders verlaufen ist. Wichtiger erscheint mir jedoch, was alles von seiner Voraussicht richtig war, wie seine Theorie in der Praxis in ihren Grundzügen bestätigt wurde. Denn die Leninsche Theorie behält ungeachtet einiger Irrtümer ihre Bedeutung für revolutionäre Politik kommunistischer Parteien auch im 21. Jahrhundert. Glauben die Marx- und Lenin-Töter wirklich, daß es sich die Mehrheit der Erdbevölkerung – 80 % der Menschheit – auch weiterhin gefallen lassen wird, daß das restliche Fünftel etwa 80 % der Weltressourcen für sich verbraucht und zu einem großen Teil vergeudet?

Die Ausarbeitung der Theorie der nationalen und kolonialen Frage durch Lenin läßt sich in zwei Abschnitte gliedern. Heute beschäftigen wir uns mit der Zeit vor der Oktoberrevolution.

Lenin entwickelte seine Konzeption im Zusammenhang mit der Imperialismus- und Revolutionslehre. Alle drei Teiltheorien bilden eine in sich widersprüchliche und zugleich einander ergänzende Einheit. Wie Marx und Engels nahm auch Lenin als Kriterium für die Beurteilung entsprechender Erscheinungen die revolutionäre Demokratie, aber in stärkerem Maße als diese sah er die Erfordernisse der proletarischen Revolution, die mit Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Tagesordnung gesetzt worden war und auch die kolonial unterdrückten Völker revolutionieren mußte. Die Marxsche Theorie und Methode erfuhren durch Lenin eine wesentliche Bereicherung; sie äußerte sich in qualitativ neuen Erkenntnissen über den Kampf der Kolonialvölker um nationale Unabhängigkeit und revolutionäre Demokratie. An Marxsche Erkenntnisse über die Einbeziehung der Kolonien in den Weltmarkt anknüpfend wies Lenin in einer seiner frühen Arbeiten ebenfalls nach, daß sich die Notwendigkeit des äußeren Marktes aus der breit entwickelten Warenzirkulation ergibt, die den Kapitalismus zwingt, die Grenzen seines Staatsgebietes zu überschreiten. In diesem Zusammenhang beantwortete er unter direktem Bezug auf Marx die Frage, was unter einer Kolonie im Sinne der politischen Ökonomie zu verstehen ist: „1. Vorhandensein von unbesetzten, freien Siedlern leicht zugänglichen Länderecken; 2. Bestehen einer ausgebildeten Arbeitsteilung im Weltmaßstab eines Weltmarktes, der es den Kolonien ermöglicht, sich auf die Massenproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu spezialisieren und im Austausch für sie fertige Industrieartikel zu erhalten, die sie unter andern Umständen selbst schaffen müßten.“ (LW 3/612 f.) Diesen Marxschen Gedanken fortsetzend schrieb Lenin: „Wichtig ist, daß der Kapitalismus nicht bestehen und sich nicht entwickeln kann ohne ständige Erweiterung seiner Herrschaftssphäre, ohne Kolonisation neuer Länder und Einbeziehung nichtkapitalistischer alter Länder in den Strudel der Welt-

wirtschaft.“ (ebenda, S. 615) Hier ging Lenin noch nicht über Marxsche Erkenntnisse hinaus.

Neue Gedanken äußerte er im Zusammenhang mit der Ausarbeitung seiner Imperialismustheorie: „Der ökonomische Unterschied zwischen den Kolonien und den europäischen Völkern ... bestand früher darin, daß die Kolonien wohl in den Warenaustausch, aber noch nicht in die kapitalistische Produktion einbezogen wurden ... Imperialismus bedeutet unter anderem auch Kapitalexpert. Die kapitalistische Produktion wird in immer beschleunigterem Tempo auch in die Kolonien verpflanzt.“ (LW 22/344 f.) Daraus folgte Lenin, daß „die Lostrennung der Kolonien in der Regel erst zusammen mit dem Sozialismus“ erfolgen kann. Im Kapitalismus sei dies entweder nur als Ausnahme oder durch eine Reihe von Revolutionen und Aufständen sowohl in den Kolonien als auch in den Metropolen möglich. Infolgedessen arbeitete Lenin den Zusammenhang zwischen proletarischer Revolution und nationalen Befreiungsbewegungen stärker heraus, als dies bei Marx und Engels der Fall sein konnte.

Unter der Überschrift „Zündstoff in der Weltpolitik“ ging er in einem Artikel vom Juli 1908 ausführlich auf den Zusammenhang von sozialistischen Bewegungen in Europa und dem Kampf asiatischer Völker um Demokratie ein, den er am Verhalten der englischen und französischen Bourgeoisie und des Zarismus gegenüber den demokratischen Revolutionen in Persien, der Türkei und Indien darlegte. Die jahrhundertlange Ausplünderung Indiens, der Kampf der Briten gegen die persische und indische Demokratie werde Millionen asiatischer Proletarier für einen siegreichen Kampf gegen ihre Unterdrücker stählen. „Der klassenbewußte europäische Arbeiter findet jetzt auch in Asien seine Genossen, und die Zahl dieser Genossen wächst täglich und stündlich.“ Bezüglich Chinas erkannte Lenin den bedeutsamen Unterschied zwischen den früheren spontanen Protesten im 19. und den revolutionär-demokratischen Bewegungen am Anfang des 20. Jahrhunderts: „... folglich ist auch die Verwandlung der alten chinesischen Revolten in eine bewußte demokratische Bewegung unvermeidlich.“ (LW 15/179)

Dieser Zusammenhang zwischen national-revolutionären Kräften kolonialer Völker und der sozialistischen Revolution in den Mutterländern nahm im Denken Lenins eine Schlüsselstellung ein. Der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution von 1905 bis 1907 waren wichtige Ereignisse, die das „Erwachen der asiatischen Völker zum politischen Leben“ beschleunigten. (LW 15/216) Bezüglich der von Engels schon 1857 erahnten chinesischen Revolution, die dann 1911 stattfand, bemerkte Lenin, daß „keine Kraft in der Welt die alte Fronherrschaft in Asien wiederherstellen wird“. (LW 18/578) Bis jetzt jedenfalls hat er damit recht behalten. Ein Jahr vor Ausbruch des 1. Weltkrieges schrieb der Führer der Bolschewiki: „Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist.“ (LW 19/69) Auch damit ging er nicht fehl. Betonen wir den Beginn des Kampfes, dessen Anfang im 20. Jahrhundert, so heißt das nicht, daß dieser Kampf schon beendet ist. Über seine Dauer hat Lenin keine Mutmaßungen angestellt. (Fortsetzung in RF 40)

**Ulrich Huar**

*Leseempfehlung: Lenin: Zündstoff in der Weltpolitik. LW 15 176 183*

*Lenin: Das Erwachen Asiens. LW 19 68 69*

## Vom 7. Kongreß der Laotischen Revolutionären Volkspartei

### Auf dem volksdemokratischen Weg

Unlängst hat in Vientiane, der Hauptstadt der Volksdemokratischen Republik Laos, der 7. Kongreß der Laotischen Revolutionären Volkspartei stattgefunden. Er erörterte die Entwicklung der letzten Jahre, markierte den weiteren Weg des südostasiatischen Landes und wählte ein 53 Mitglieder zählendes Zentralkomitee, dem u. a. die Gouverneure aller 16 Provinzen von Laos angehören. Die 452 Delegierten vertraten mehr als 100 000 Mitglieder der sich zur Lehre von Marx, Engels und Lenin bekennenden Partei, deren wichtigstes Anliegen in der zurückliegenden Periode die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen imperialistische Verschwörungen gewesen ist. Rund 64 % der ZK-Mitglieder waren der Partei schon vor dem Jahre 1975 beigetreten, als die laotischen Kommunisten nach der Niederlage der USA-Aggression gegen die drei Länder Indochinas und dem Scheitern imperialistischer Marionetten die Macht übernommen hatten.

Der 7. Parteitag beriet über die Umwandlung eines der am wenigsten entwickelten Länder in einen Agrar-Industrie-Staat. Als notwendige jährliche Wachstumsgröße des Bruttonationalprodukts für die nächsten fünf Jahre wurden 7 % ins Auge gefaßt. Laos, dessen Bevölkerungszahl im Jahre 2005 knapp 6 Millionen und im Jahre 2010 rund 6,7 Millionen Menschen betragen dürfte, ist das einzige Land Indochinas, das keinen Zugang zum Meer besitzt. Noch heute sind die Folgen des 9-jährigen Krieges der USA-Aggressoren, die 1970 täglich 500 Angriffe flogen, um den über laotisches Territorium führenden „Ho-Chi-Minh-Pfad“ von Nord- nach Südvietnam zu attackieren – in dieser Zeit wurden über Laos mehr Bomben abgeworfen als über ganz Europa im 2. Weltkrieg – allenthalben spürbar. 40 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens können aufgrund von Verseuchung und Verwüstung durch die Bombentopfciphe der Amerikaner nicht bestellt werden.

Das jährliche Durchschnittseinkommen der Laoten beträgt nur etwa 500 bis 550 Dollar. Es soll im nächsten Jahrzehnt auf 700 bis 750 Dollar gesteigert werden. Die Laotische Revolutionäre Volkspartei kämpft auch um die Überwindung anderer Formen der Rückständigkeit. So geht es darum, die Lesekundigkeit der über 25jährigen auf 84 % zu steigern. Eine 67 Jahre betragende durchschnittliche Lebenserwartung wird angestrebt. Auch geht es darum, Laos bis zum Jahre 2005 in ein opiumfreies Land zu verwandeln. Wichtige Aussagen enthält die vom Parteitag angenommene Resolution. Darin heißt es u. a., Laos wolle „ein starkes volksdemokratisches politisches System“ unter Führung der Kommunisten schaffen. Während sich auch kapitalistische Wirtschaftsformen entwickeln, solle der Staat weiterhin die führende Rolle in der Ökonomie spielen. Der Parteivorsitzende Khampay Siphandone erklärte auf dem Kongreß, Ziel aller Anstrengungen sei die Überwindung der Unterentwicklung, es gehe um ein Land „mit fester politischer Stabilität, sicherem Frieden und sozialer Ordnung“. Man arbeite längerfristig daraufhin, das Lebensniveau auf das Dreifache des gegenwärtigen Standes zu erhöhen. Khampay rief dazu auf, die Einheit zwischen Partei und Volk, den Patriotismus und den Geist der Unabhängigkeit zu stärken. Dem Parteitag gingen zahlreiche Grußbotschaften zu. In der Adresse der Kommunistischen Partei Australiens hieß es: „Die antiimperialistische Haltung Eurer Partei und Regierung ist – zusammen mit der Position Eurer Verbündeten in der Region (vor allem Vietnam und Kambodscha – R. F.) von vitaler Bedeutung für den gesamten südostasiatischen Raum.“ Jiang Zemin, der Vorsitzende der KPCh und Präsident der VR China, gratulierte dem wiedergewählten Parteivorsitzenden Khampay Siphandone und würdigte in seiner Adresse die Errungenschaften der laotischen Bevölkerung auf dem volksdemokratischen Weg.

R. F., gestützt auf „Guardian“, Sidney

Wie Gramsci mit „Ordine Nuovo“ der IKP den Boden bereite

## Eine Zeitschrift als Wegweiser

In Italien erfolgte der organisatorische Bruch der Linken mit den Reformisten zwei Jahre später als in Deutschland, wo die KPD an der Jahreswende 1918/19 entstanden war. Der zeitliche Unterschied ergab sich daraus, daß die italienischen Sozialisten 1914 keine sozialchauvinistischen Positionen bezogen und – wenn auch nicht frei von opportunistischen Anfechtungen – als einzige westeuropäische Sektion der II. Internationale diesen Übergang ins imperialistische Lager abgelehnt hatten. Als die Klassenkämpfe der Nachkriegszeit begannen, existierte in der ISP noch eine revolutionäre Fraktion, die zunächst sogar vorherrschenden Einfluß besaß.

Von dieser Situation ausgehend hielt es Antonio Gramsci, der führende theoretische Kopf der Linken, zunächst für möglich, die opportunistischen Tendenzen zu überwinden und die ISP in eine kommunistische Partei umzuwandeln. Eine entscheidende Rolle in seinem Konzept spielte die Schaffung einer revolutionären Zeitschrift zur Sammlung der Kommunisten inner- und außerhalb der ISP. Gemeinsam mit Palmiro Togliatti, Umberto Terracini und weiteren Linken setzte er den Plan in die Tat um. Am 1. Mai 1919 erschien unter dem Namen „Ordine Nuovo“ (Neue Ordnung) die erste Nummer des Blattes. Um das kämpferisch-politisch-theoretische Journalscharfe sich bis Ende 1920 über ein Drittel der etwas mehr als 170 000 Mitglieder zählenden ISP. Im Sinne der Leninschen Konzeption von der kommunistischen Zeitung als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator bildete die „Neue Ordnung“ nicht nur die politisch-ideologische, sondern ebenso die organisatorische Basis für die Gründung der IKP, die dann am 21. Januar 1921 in Livorno stattfand.

Die Ordinuovisten, die sich offen als Kommunisten bezeichneten, bezogen in der ISP klare und unmißverständliche Positionen. Sie bekamen sich zur Oktoberrevolution, zur Diktatur des Proletariats sowie zur im März 1919 erfolgten Gründung der III. Kommunistischen Internationale und forderten die ISP auf, ihr beizutreten. Im Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit stand die norditalienische Bewegung der Fabrikräte mit der Arbeitermetropole Turin, dem Sitz des FIAT-Konzerns. Die Fabrikräte waren ein direkter Widerhall der Oktoberrevolution, was auch darin zum Ausdruck kam, daß die Arbeiter nicht die italienische Vokabel Consigli, sondern die russische Soviets für ihre Räte benutzten. Die Besonderheit der italienischen Soviets bestand darin, daß nicht nur die Betriebe besetzt, sondern unter Arbeiterkontrolle weiter erzeugt und trotz Sabotage eines Großteils des technischen Personals die Produktion zu 70 % aufrechterhalten wurden. Gramsci betrachtete die Fabrikräte als ökonomische Keimzelle eines künftigen sozialistischen Staates. Gleichzeitig bezog er sie in den Kampf gegen den Reformismus ein.

Auf dem ISP-Parteitag, der im Oktober 1919 im roten Bologna stattfand, gelang es den Ordinuovisten, ihren Standpunkt im Parteiprogramm weitgehend durchzusetzen. Lenin wertete das als einen „glänzenden Sieg des Kommunismus“, warnte aber zugleich vor Illusionen. „Die offenen und verkappten Opportunisten ... werden zweifellos die Beschlüsse ... zu durchkreuzen versuchen. Der Kampf gegen diese Strömung ist noch längst nicht beendet.“ (LW 30/75)

Lenins Warnung erwies sich als berechtigt. Die reformistischen und die meisten zentristischen

Delegierten hatten nur Lippenbekenntnisse abgegeben, die der an der Parteibasis und unter ihren Wählern vorherrschenden revolutionären Stimmung Rechnung trugen. Denn einen Monat nach dem Parteitag fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die ISP mit 32,4 % zur stärksten Partei aufstieg. Die Mehrzahl der 156 Parlamentarier frönte jedoch dem Reformismus und Zentrismus, deren Nährboden sich so entscheidend verbreiterte.

Die Kommunisten in der ISP gingen in die Offensive. Gramsci erarbeitete Thesen zu deren Umwandlung in eine „Partei des revolutionären Proletariats“, die für „die Zukunft einer kommunistischen Gesellschaft“ eintritt. Diese Thesen erschienen am 8. Mai 1920 im „Ordine Nuovo“. Zur praktischen Umsetzung ihres Programms begannen die Ordinuovisten mit dem Aufbau kommunistischer Gruppen in den Betrieben. Die erste Organisation entstand im Turiner FIAT-Werk, wo Gramsci im August 1917 zu den Führern des Arbeiteraufstandes gegen den imperialistischen Krieg gehört hatte, in dessen Ergebnis er an die Spitze des Stadtparteiverbandes gewählt worden war.

In der Diskussion stellten die Ordinuovisten klar, daß es nach dem Antrag der ISP um Aufnahme in die KI nun um deren Umwandlung in eine kommunistische Partei gehe. Punkt 7 der 21 Aufnahmebedingungen der Kommintern forderte nämlich: „Die Parteien, die der KI angehören wollen, müssen die Notwendigkeit des vollständigen und absoluten Bruchs mit dem Reformismus und mit der Politik der ‚Zentristen‘ anerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder propagieren.“ (LW 31/196)

Die Reformisten ließen daraufhin die Maske fallen und widersetzten sich, offen unterstützt von der II. Internationale. Höhepunkt ihres Verrats war, daß sie den Fabrikräten in den Rücken fielen, sie von weiteren revolutionären Aktionen abhielten und zur „konstruktiven Zusammenarbeit“ mit den Unternehmern aufriefen. Im Sog der Parteiopportunisten schlossen die Gewerkschaftsführer das, was man heute einen Sozialpakt nennt; er ebnete den Weg zur Auflösung bzw. polizeilichen Zerschlagung der Fabrikräte.

Im Klima der verschärften Auseinandersetzung der Ordinuovisten mit den Reformisten und Zentristen trat vom 15. bis 21. Januar 1921 in Livorno der XVII. ISP-Kongreß zusammen. Der Führer der Zentristen, Serrati, hatte sich vor dem Parteitag für eine Trennung von den Opportunisten ausgesprochen. Mit dem Argument, die Einheit der Partei müsse gewahrt werden, traten die Zentristen in Livorno jedoch Serratis Vorschlag entgegen und lehnten den Ausschluß der Reformisten ab. Nach langer und ergebnisloser Diskussion verließen die Linken am Morgen des 21. Januar geschlossen den Tagungsort im Goldini-Theater und gründeten in Sankt Markus-Theater die Italienische Kommunistische Partei. Unmittelbar danach schlossen sich 35 000 von 41 000 Jungsozialisten der IKP an, die so mit einer nicht unbeträchtlichen Basis von fast 100 000 Mitgliedern ihren revolutionären Kampfaufnahmen konnten.

Serrati korrigierte später seine Haltung, wurde Führer der Drittmittelnationalisten, welche die ISP an die KI annähern wollten, brach 1924 mit den Reformisten und trat der IKP bei, die ihn in ihr Zentralkomitee wählte.

Gerhard Feldbauer

Über Recht und Unrecht im Nahost-Konflikt

## Historische Hintergründe

Der UNO-Beschluß Nr. 181 von 1947 lautete: Gründung von zwei Staaten im ehemals britischen Mandatsgebiet Palästina, ca. 54 % des Territoriums für Israel, ca. 46 % für die Araber. Doch dazu kam es nicht. Von jüdischen Siedlern wurden rund 78 % des Landes besetzt, einschließlich Westjensalems; vorgesehen waren indes noch 10 Jahre internationale Verwaltung der gesamten Stadt. Bei der Aufnahme Israels in die UNO verpflichtete es sich, den Beschluß Nr. 181 zu erfüllen sowie die Flüchtlingsfrage (sie betraf über eine Million Araber) zu lösen. Beide Versprechungen sind bis zur Stunde nicht realisiert. Im Krieg 1967 wurden der Rest Palästinas und Ostjerusalem besetzt. Der Sicherheitsratsbeschluß Nr. 242/67 fordert von Israel, die besetzten Gebiete freizugeben, Beschluß Nr. 252 besagt: Jerusalem ist ein besetztes Territorium. Während die Rückgabe okkupierter Gebiete Ägyptens und Jordaniens längst erfolgt ist, wird der UNO-Beschluß zu den eigentlichen palästinensischen Territorien aber nach wie vor mißachtet. Nach Darstellung Israels hat das besetzte Gebiet eine besondere religiöse Bedeutung. Das trifft jedoch nicht zu. Das wichtigste jüdische Heiligtum, der Berg Sinai – im Krieg 1973 von Israel eingenommen – wurde an Ägypten zurückgegeben. Die Behauptung, der Tempelberg in Jerusalem sei ein Heiligtum, ist nicht exakt. Der Standort des vor einigen Jahrtausenden zerstörten Tempels Salomos ist nicht nachgewiesen. Dagegen befinden sich auf dem Tempelberg die ohne Zweifel wichtigsten Heiligtümer von Muslimen und Christen. Dieses Gebiet als rein israelisches zu deklarieren, hat keine Berechtigung. Übrigens war die heute berühmte Klagemauer vor etwa 200 Jahren noch gar nicht bekannt. Sie erhielt erst um 1930, durch starke Zuwanderung von Juden nach Palästina, ihren heutigen Status. 1967, nach der Besetzung des Ostteils Jerusalems, wurde das jüdische Viertel der Altstadt durch Einverleibung des marokkanischen Viertels erweitert. Die Palästinenser sind bereit, diese Erweiterung und die Souveränität Israels über dieses Viertel (bewohnt von ca. 2000 Juden) und auch über die Klagemauer anzuerkennen. Das eigentliche Problem ist die Erklärung von ganz Jerusalem zur einheitlichen und nicht teilbaren Hauptstadt Israels. Kein Staat der Welt hat diese Forderung anerkannt, keine Botschaft befindet sich in Jerusalem – Israel aber bleibt bei seiner Position.

Eine Regelung hängt wesentlich von der Stimmung der israelischen Gesellschaft ab. Ein großer Teil der Bevölkerung will Frieden. Einflußreiche Kräfte aber sind für ein Beibehalten des derzeitigen Status: religiöse Fanatiker, Extremisten, die für eine Erweiterung des Landes bis zum Euphrat und Nil eintreten. Aber auch die Regierung braucht äußere Gefahren als wichtige Bedingung zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Im Frieden kämen viele innere Probleme zum Vorschein: Es gäbe keinen Grund mehr für die Anforderung von Finanzhilfen aus dem Ausland, es bestünde keine Existenzberechtigung für die im Verhältnis zur Landesgröße riesige, hochgerüstete Armee und viele Sonderdienste. Auch ökonomische Interessen stehen auf dem Spiel: So die Einnahmen aus den Touristenströmen zu den Heiligen Stätten. Die vor einigen Monaten erfolgte Provokation des heutigen Premiers Scharon – sein „Besuch“ bei den Muslimen auf dem Tempelberg erfolgte immerhin in Begleitung von 3000 ihn „bewachenden“ Soldaten – war offensichtlich mit der damaligen Barak-Regierung abgestimmt. Die Palästinenser haben übrigens nicht vergessen, daß mit Scharons Absegnung – er war damals Verteidigungsminister – 1982 in Palästina erschlagen in Libanon rund 6000 Menschen massakriert worden sind. Die meisten waren Frauen, Kinder und alte Leute. Natürlich gibt es auch bei den Palästinensern gefährliche Extremisten. Unstreitig ist aber, daß von der palästinensischen Führung nicht wenig unternommen wird, um sie unter Kontrolle zu halten. Beobachter meinen, die Extremisten beider Seiten würden von westlichen Geheimdiensten kontrolliert und geleitet. Nach der Vereinbarung von Oslo (1993) sollte Israel die annektierten Gebiete bis zum 4. Mai 1999 zurückgeben. Bei lediglich 40 % der Fläche ist das bisher geschehen.

Wjatscheslaw Teteljan („Sowjetskaja Rossija“)  
Übersetzung: Dr. Peter Tichauer

## Von „Freiheitskämpfern“ zu Terroristen: Die UCK in Makedonien

# Die Zauberlehrlinge der NATO

„Kein Ende der Balkanwirren“ – so etwa ließen sich die bürgerlichen Medienberichte über die Angriffe der UCK-Banden im Norden Makedoniens an der Grenze zum NATO-besetzten Kosovo zusammenfassen. Bemerkenswert daran ist zunächst, daß die vom Westen so gepriesenen „albanischen Freiheitskämpfer“ nun auch hier völlig zutreffend als Terroristen bezeichnet werden. Es heißt, bei den bis an die Zähne bewaffneten und mit Guerillataktik operierenden Banditen handele es sich um „unkontrollierbare Elemente“ der „aufgelösten“ UCK aus dem Kosovo, die weiterhin ihr Ziel eines „Großalbanien“ verfolgen: Das soll Teile Montenegros und Griechenlands, halb Makedonien und das Kosovo Albanien einverleiben.

Ist dieses Ziel wirklich so abwegig und unerreichbar, wie EU- und NATO-Politiker offiziell behaupten? Wenn ein Sportreporter vor dem Fußballspiel BRD-Albanien schon mal „zwei Millionen Kosovaren“ und „500 000 in Makedonien lebende Albaner“ mit zum Potential des Gegners zählt, mag das daran liegen, daß Politik nicht sein Ressort ist. Weitaus gewichtiger sind dagegen die offiziellen Äußerungen aus Berlin, Brüssel und Washington, die plötzlich eine „Diskriminierung des albanischen Bevölkerungsteils in Makedonien“ ausmachen. Davon war bisher nie die Rede und in der kleinen Republik, die sich vor 10 Jahren nach einer Abstimmung friedlich von der jugoslawischen Föderation trennte, ist davon auch nichts zu merken ... gewesen. Denn jetzt hat das imperialistische Bündnis mit seiner Entdeckung von „Menschenrechtsdefiziten“ (das Wort kommt uns bekannt vor!) auf der einen und den terroristischen Angriffen der UCK-Banden auf der anderen Seite eine Falle aufgestellt, in der die Integrität und Unabhängigkeit Makedoniens verenden könnte.

Als die Regierung in Skopje die NATO, die USA-Administration und die BRD-Regierung vorsichtig beschuldigte, sie trügen die Verantwortung für die plötzliche Aggression der UCK-Verbände, hatte sie dazu allen Grund. Denn deren Entwaffnung und Auflösung, zu der sich die NATO im Abkommen mit Jugoslawien vom Juni 1999 verpflichtete, wurde niemals wirklich vollzogen. Für jene Besatzungssektoren des Kosovo, die das Grenzgebiet zu Makedonien umfassen, sind übrigens die USA und die BRD verantwortlich. Hier geschieht nichts ohne Wissen und Zustimmung der KFOR-Truppen und ihrer Nachrichtendienste, die eine intensive, auch satellitengestützte Luftüberwachung betreiben. Deshalb ist davon auszugehen, daß die wie Phönix aus der Asche wiederentstandenen UCK-Banden mit Duldung und Unterstützung der KFOR aus dem Kosovo nach Makedonien eindringen.

Der Konflikt wurde von den Scharfmachern in NATO und EU angeheizt. Solana und Robertson, die vor zwei Jahren den Kampf der jugoslawischen Armee gegen die UCK zum Vorwand für die Zerbombung des Landes nahmen, unterstützten nun auf einmal die Position der makedonischen Regierung und bestärkten sie darin, „entschieden gegen die Terroristen vorzugehen“. Seinen Sinn bekam dieses plötzliche „Okay“ zum Krieg

gegen die eigenen UCK-Zöglinge durch das sinnlose Agieren der makedonischen Sicherheitsorgane: Auf die Guerillabekämpfung weder vorbereitet noch dazu ausgerüstet, feuerten die Truppen Skopjes „aus allen Rohren“ in das Hügelland um Tetovo ... Aufnahmen zeigten Geschützstellungen, vor denen sich Berge von Geschobhülsen auf türmten. Ein „seltsamer“ Krieg. Natürlich waren nicht die Banditen, sondern Zivilisten und vor allem albanische Dorfbewohner betroffen; erneut mußten Tausende aus ihren Häusern fliehen. Ganze Ortschaften wurden zerstört. Fortan war vom „albanisch-makedonischen Konflikt“ die Rede. Doch wessen Konflikt ist das eigentlich?

Während sich die KFOR-Truppen vornehm aus allem heraushalten – sie wären nach Angaben eines NATO-Experten wohl kaum zu einem Guerilla-Krieg gegen die UCK fähig –, drängte man die in der politischen und militärischen Geiselschaft von Brüssel befindliche „unabhängige Regierung“ Makedoniens zum Verhandeln mit den Separatisten. Erinnert diese Haltung der „westlichen Wertegemeinschaft“ nicht verdammt an das Vorgehen der „demokratischen Mächte“, das 1938 die CSR dem Münchener Diktat auslieferte?

Auf dem Balkan geht es der NATO darum, durch eine permanente Destabilisierung der Region den gesamten strategischen Raum „neu zu ordnen“. Ob darin dann, allen offiziellen Dementis zum Trotz, ein „Großalbanien“ vorgesehen ist oder ob die UCK-Komplizen nur verheizt werden, wird die Zukunft zeigen. Die Imperialisten scheeren sich weder um albanische noch um serbische noch um makedonische „Menschenrechte“. Die Völker sind nur Bauemopfer in einem weit größeren Spiel.

In USA-Medienberichten werden bereits Überlegungen über eine Aufteilung Makedoniens zwischen Albanien und Bulgarien angestellt, nach dem offenkundigen Scheitern des Dayton-Abkommens erwägt der „Westen“ überdies, den kroatischen Teil Bosniens Kroatien zuzuschlagen und Serbien die bosnische Serbenrepublik im „Austausch“ gegen das Kosovo „anzubieten“. Die Lage in der BR Jugoslawien bleibt für die NATO vorerst nicht überschaubar. Noch hat sie selbst keinen militärischen Zugriff auf das Territorium der BRJ, in der sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärfen. Erste Streiks gegen die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen seit der Konterrevolution auf der einen, Verhaftungsaktionen gegen die Führung des antiimperialistischen Widerstandes um Milosevic auf der anderen Seite signalisieren eine noch bestehende Instabilität.

Trotz mancher, wie es scheint, operativen Flickschusterei ist das Ziel der Balkanstrategie der NATO deutlich erkennbar: Die Errichtung uneingeschränkter Kontrolle über die gesamte Region und deren Umwandlung in ein zusammenhängendes Aufmarschgebiet in Richtung Schwarzes Meer, Naher Osten, Kaukasus. Perspektivische Sicherung der Ölzufuhr heißt die Devise.

Deutlich wurde durch die Kämpfe in Makedonien, wie massiv sich die Bundeswehr bereits an den Zugangswegen eingenistet hat. Geniet ihr Stützpunkt in Tetovo bisher vor allem ins öffentliche Blickfeld, weil Scharpings Krieger dort zur Prostitution gezwungene minderjährige Mädchen „aufsuchten“ – was die grüne Wehrexpertin Beer

über die Einrichtung von Feldbordellen nachdenken ließ –, so wurde jetzt erkennbar, daß sich dort ein hochgerüstetes Bw-Bataillon befindet, das einen als Logistikzentrum fungierenden Großstützpunkt unterhält. Und da diese Soldaten wegen der Kämpfe „beschützt“ (!) werden mußten, kamen ihnen sofort auch noch eine Einheit mit „Leopard-Panzern“ und eine verstärkte Fallschirmjägerkompanie zu Hilfe. Übrigens aus eben jener „Saarlandbrigade“, in der man mit Vorliebe das nazifaschistische Para-Lied gegrölt hat ...

So wird das „souveräne“ Makedonien, dessen unterwürfige Politiker ihr Land vor zwei Jahren der NATO als Aufmarschzone für den Angriff auf Jugoslawien zur Verfügung stellten, immer mehr zu einer Truppenbasis an der Südostflanke des imperialistischen Paktsystems. In ständigen Kämpfen stehen deshalb die KKE-Genossen im nordgriechischen Thessaloniki, das der NATO als Kriegshafen dient und zunehmend einer militärisch besetzten Stadt gleicht. Die Anstrengungen der KKE, eine Antimperialistische Front in Hellas aufzubauen und, in Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Sozialisten und Kommunisten, mit allen fortschrittlichen Kräften des Balkans den Kampf politisch und organisatorisch zu verstärken, sind auch für uns beispielhaft.

Werner Hoppe

### *Djindjic-Regime rechnet mit jugoslawischen Antiimperialisten ab*

## Freiheit für Genossen Slobodan Milosevic!

Der Logik von Konterrevolutionen folgend, am Beispiel der Zerschlagung des Sozialismus in Osteuropa und seiner „Delegitimierung“ orientiert, auf Druck und Befehl des neuen Rechtsaußen-Präsidenten im Weißen Haus zu Washington handelnd, rechnet der in Belgrad vom Imperialismus installierte Djindjic-Klüngel mit den links-patriotischen Kräften Jugoslawiens brutal ab. Von gekauften Medien werden Greuelmärchen bekannten Zuschnitts ohne Ende fabriziert und verbreitet, die gleichen Beschuldigungen, wie sie 1989/90 auch gegen „korrupte“ DDR-Politiker erhoben wurden, tauchen nach einheitlicher Regie wieder auf.

Unterdessen füllen sich die Gefängnisse mit führenden Vertretern jenes damals souveränen Staates, der den NATO-Luftbanditen im Frühjahr 1999 tapfer die Stirn geboten hatte. Unter den inzwischen verhafteten Funktionären befindet sich auch der bisherige Vorsitzende der Sozialistischen Partei Serbiens und frühere Staatspräsident der BRJ, Genosse Slobodan Milosevic. Schwere Schläge richten sich gegen standhaft gebliebene Mitglieder seiner Partei und der links von ihr stehenden JUL, zu der auch die Kommunisten des Landes gehören.

Dieser Verfolgung müssen weltweiter Protest und internationale Solidarität entgegengesetzt werden. Deshalb fordern wir:

Freiheit für Slobodan Milosevic und alle in Jugoslawien eingekerkerten Antiimperialisten!  
Schande über die Belgrader Handlanger der NATO-Aggressoren!

R. F.

## Zum neuen Wahldebakel der Französischen KP

# Robert Hue – der doppelte Verlierer

Als die von FKP-Nationalsekretär Robert Hue geführte Liste „Beweg dich, Europa“ zu den Europawahlen im Frühjahr 1999 auf nur noch 6,78 % der Stimmen absackte, glaubte man, die französischen Kommunisten seien mit diesem Ergebnis auf den absoluten Tiefpunkt geraten. Doch es sollte für die einst ruhmreiche Partei, die nicht nur an der Spitze des bewaffneten Widerstandes gegen die Nazifaschisten gestanden, sondern auch nach dem Krieg viele Jahre lang als mitgliederstärkste Kraft des Landes 22 bis 25 % des Votums auf sich vereinigt hatte, noch schlimmer kommen. Bei den Kommunalwahlen im März 2001 erlitt sie als Quittung für ihre Zugehörigkeit zur rechtssozialistischen Regierung Jospin eine neue schwere Niederlage. Während 37% der Linkssympathisanten, 40 % der Arbeiter und 53 % der unter 25jährigen nicht an der Wahl teilnahmen, verlor die FKP mit dem Bürgermeisterposten von Nîmes nicht nur ihre letzte Großstadt, sondern brach auch in ihren lokalen Machtbastionen wie Argenteuil, Colombes, Drancy, Plaisir („Roter Gürtel“ um Paris), in den Industriestädten am Mittelmeer (Sète, La Ciotat, La Seyne) sowie in den Industriezentren des Nordens (bis auf Calais) empfindlich ein. Auch wenn sie noch in 34 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern und 29 mit über 30 000 Einwohnern den Verwaltungschef stellt, hat sie im ersten Falle 27 und im zweiten Falle 12 Bürgermeisterposten gegenüber der letzten Kommunalwahl eingebüßt. Der FKP-Verkehrsminister Jean-Claude Gayssot scheiterte in Beziers. In Robert Hues eigenem Wahlkreis Argenteuil vollzog sich ein örtlicher Machtwechsel zugunsten der Konservativen, auch wenn er selbst nicht kandidierte.

Die FKP-nahe Presse versucht den Eindruck zu erwecken, durch den „Linkssieg“ in Paris und Lyon seien wichtige Veränderungen herbeigeführt worden. Als ob der Erfolg von Sozialdemokraten bei gleichzeitigem drastischen Rückgang der kommunistischen Stimmen als großer Pluspunkt zu bewerten sei, wenn auch die Abwehr rechtsbürgerlicher Bewerber immer zu begrüßen ist.

Während die UZ, die ihren Beitrag unter die Schlagzeile „Verluste für Linkskoalition“ stellt, als „Hauptursache für den Wahlausgang“ die „hohe Zahl von Nichtwählern“ ermittelt, setzt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ andere Akzente. Sie spricht davon, der seit 1994 als Nationalsekretär amtierende Reformist Robert Hue habe „den Niedergang der FKP mehr begleitet denn bekämpft“. Die Wahlabstinentz ist in ihrem Urteil nur die Widerspiegelung der fundamental veränderten Politik der FKP-Führung. Das Blatt zitiert unter der Überschrift „Die Agonie der französischen KP“ den kommunistischen Abgeordneten Patrice Carvalho, der wie vier andere FKP-Parlamentarier den Rücktritt des Parteichefs fordert: „Die FKPhat sich mit ihrem Regierungsbeitritt selbst aufgegeben. Die Leute erkennen die Partei nicht wieder.“ Auch der Bürgermeister von Vénissieux, André Gérin, spricht in einem Brief an den Nationalsekretär von einer

„Existenzkrise ohnegleichen“, die die Partei erfaßt habe. Sie gehe aus den Kommunalwahlen „marginalisiert“ hervor und zeige, wie sehr sie ihrer Wählerschaft entfremdet sei. Gérin fordert, endlich damit aufzuhören, „den beunruhigenden Mitgliederschwund in den sozial schwachen Vierteln, in Unternehmen, Universitäten und Intellektuellenkreisen zu verschleiern“.

Während der innerparteiliche Widerstand in der FKP rasch zunimmt und konsequente Marxisten-Leninisten Einfluß gewinnen – im „roten“ Aubervilliers siegte Hues Kandidat Jack Ralite vom rechten Parteiflügel mit 34,6 % im zweiten Wahlgang nur knapp über den konservativen Kandidaten, während der durch die Zentrale bekämpfte Kommunist Jean Jacques Karman, ein erklärter Gegner des Hue-Kurses, auf 26,4 % kam –, sucht der Nationalsekretär seine Politik zur Zerschlagung der FKP voranzutreiben. Sie hat dazu geführt, daß das Profil der Partei – im Urteil der FAZ – „durch Kompromisse im Namen der Regierungssolidarität weiter verwischt“ worden ist. Man denke nur an die vom Jospin-Kabinett mitgetragene NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Diese Politik hat bewirkt,

daß trotzkistische und ultralinke Parteien im ersten Wahlgang vielerorts im traditionellen Revier der Kommunisten bis zu 5 % der Wählerstimmen erlangten.

Doch Robert Hue, der doppelte Verlierer, sucht die FKP unverdrossen in den Untergang zu steuern. „Der Parteitag in Martigues (Frühjahr 2000 – R. F.) hat beschlossen, den Weg zu einem neuen Kommunismus einzuschlagen“, erklärte der Nationalsekretär. Dieser Weg müsse jetzt noch schneller beschritten werden. Ein Sonderparteitag im Herbst solle das von den Reformisten ersonnene „kommunistische Projekt“ beschließen.

Noch ist die Französische Kommunistische Partei, die einst unter Maurice Thorez, Jacques Duclos und Marcel Cachin ein Leuchtturm der revolutionären Weltbewegung war, eine politische Kraft in ihrem Land, wenn auch die Zahl von angeblich 200 000 eingeschriebenen Mitgliedern inzwischen kaum noch jemand glaubt. Doch sollte es nicht gelingen, sie dem zerstörerischen Einfluß der rechten Liquidatoren um Hue zu entreißen, stehen der kommunistischen Bewegung Frankreichs schwere Zeiten bevor.

K. S.





Ein Antikommunist an der Spitze der Sowjetunion (2)

# Gorbatschow – der Scharlatan

Der neue KPdSU-Generalsekretär war 1985 im Sowjetland fast unbekannt. Seine Vorgänger galten vor ihrer Wahl immerhin als bedeutende Persönlichkeiten, hatten Sowjetrepubliken, Republiksparteiorganisationen, das Sowjetparlament und die Staatssicherheitsorgane geführt oder an höchster Stelle in der Sowjetarmee, an der Front politische Arbeit geleistet. Gorbatschow konnte nichts dergleichen aufweisen, war ein fast unbeschriebenes Blatt. Zwar hatte er ein Gebiet von etwa der Größe der DDR mit über 2 Millionen Einwohnern politisch geleitet, doch für sowjetische Verhältnisse war das nicht viel mehr als ein Kreissekretär bei uns. Heute ist klar, daß Gorbatschow nichts besaß, was ihn sachlich dazu qualifiziert hätte, die Partei Lenins und die UdSSR zu führen.

Wie konnte es dennoch geschehen, daß dieser Senkrechtstarter in die höchste Funktion der Sowjetunion gelangte?

Trotz entscheidender Schwächen verfügte Gorbatschow über bestimmte Eigenschaften, mit denen er sich von anderen Politikern positiv abhob und die ihn, in entscheidenden Momenten zur Geltung gebracht, nach oben gelangen ließen. Hinzu kamen besondere Umstände und überdies eine gebührende Portion Glück. Bei Gorbatschow paarte sich Intelligenz mit einer außerordentlichen Beobachtungsgabe und seltenem Gespür für Machtkonstellationen. Es beeindruckte andere, daß er besonders arbeitsam und ausdauernd zu sein schien. Hinzu kamen seine Redegewandtheit, seine Schlagfertigkeit und eine angenehm einschmeichelnde Stimme. Im Gegensatz zu vielen anderen Parteiführern bevorzugte er persönliche Gespräche mit „Leuten auf der Straße“. Dort traf er nicht nur den richtigen Ton, sondern verstand es auch, Fragen auf den Punkt zu bringen. Mit seinem sympathischen Äußeren und gepflegten Umgangsformen imponierte er vielen.

Es war die sozialistische Gesellschaftsordnung, die dem Kolchosbauernsohn jene Entwicklung ermöglichte, die ihm als Sprungbrett für das Vordringen zu den Zentren der Macht diente. Seinen Leistungshöhepunkt aber hatte Gorbatschow lange vor seinem ständigen Moskauer Aufenthalt. Schon als 17jähriger erhielt er für ausgezeichnete Arbeit im Heimatkolchos den Rotbannerorden – ein in der UdSSR seltenes Ereignis. Das, seine soziale Herkunft und eine Silbermedaille zum Schulabschluß sicherten ihm die Parteidelegierung zum Jura-Studium in Moskau. Auch hier schlug er gut ein und sollte deshalb Staatsanwalt werden. Doch in der Justiz – so seine Worte – wollte er nicht versauern. Die Hauptstadt aber war für ihn eine Offenbarung. Hierher würden sie unbedingt zurückkehren – schworen sich Gorbatschow und seine ehrgeizige Frau. Das war nur über eine Parteikarriere zu schaffen. Die Funktionärlaufbahn bot sich an. Schon als Student drängte der junge Mann in diese Richtung. Die Rückkehr in sein Heimatgebiet Stawropol erwies sich als eine außerordentlich kluge Entscheidung. Hier waren seine Wurzeln, besaß er Ansehen, Verdienste, Verbindungen. Daß er als erfolgreicher Moskauer Universitätsabsolvent eine verlockende Entwicklung im Staatsapparat ausgeschlagen hatte und in die „Provinz“ zurückkehrte, verschaffte ihm den Ruf eines bescheidenen und loyalen Menschen.

In den nächsten 15 Jahren erklimmte Gorbatschow alle Sprossen der Stufenleiter in Komsomol und KPdSU, bis er GebietsparteiSekretär wurde, was

ihm automatisch die ZK-Mitgliedschaft garantierte. Mit Sicherheit wäre die Geschichte anders verlaufen, hätte er nicht ausgerechnet im Stawropoler Gebiet residiert. Hier erholten sich nämlich die höchsten Sowjetführer, für deren Wohlbefinden der Gebietssekretär verantwortlich zeichnete. Daß Gorbatschow bei Breshnew und Andropow Figur machte, steht außer Zweifel. Fast wichtiger aber scheint, daß auch der „große alte Mann“ des Politbüros, die Nr. 2 nach Breshnew, der Chefideologe Michail Suslow, Gefallen an dem „dynamischen Funktionär“ fand, der nun das Gebiet leitete, indem er sich seine Sporen verdient hatte. Mit Politbüromitglied Kulakow, Vorgänger Gorbatschows in Stawropol, gab es engere Beziehungen. Er war es auch, der ihn als seinen Nachfolger auf dem Posten des ZK-Landwirtschaftssekretärs im Auge hatte, nicht zuletzt deshalb, weil der Gebietssekretär inzwischen ein Fernstudium als Agrarökonom abschloß. Mit dem Tod Kulakows 1978 trat Gorbatschow tatsächlich diese Funktion an. Nun förderte Andropow nach Kräften den neuen Landwirtschaftssekretär, obwohl dieser nichts Außergewöhnliches leistete. Nach nur zwei Moskauer Jahren wurde dieser Vollmitglied des Politbüros. Damit waren die höchsten Ämter der UdSSR in Reichweite. Das geschah genau zum richtigen Zeitpunkt, denn 1982 starben der inzwischen handlungsunfähige Breshnew und Suslow. Seit einigen Jahren führten Geheimdienstchef Andropow, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow als Triumvirat die Partei. Dem neuen Generalsekretär Andropow war nur noch eine kurze Lebensdauer beschieden. 1984 starben auch er und Ustinow. Die höchste Autorität in der Parteiführung besaß nun Andrej Gromyko; der aber gab für Gorbatschow noch kein grünes Licht. Generalsekretär wurde daher zunächst der alte Apparatschik Tschernenko. Als der dann 1985 ebenfalls verstarb, mußte eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden. Schon angesichts der sich zu Ungunsten des Weltsozialismus entwickelnden Lage konnte es sich die Sowjetunion nicht länger erlauben, jedes Jahr einen Generalsekretär zu Grabe zu tragen. Ein „junger“ Nachfolger mußte her. Die Auswahl

war gering. Grischin (71) und Romanow (62) verfügten zwar über die größere Parteierfahrung – sie hatten die Gebietsorganisationen Moskau und Leningrad geführt –, konnten sich aber nicht durchsetzen. Nach Fürsprache Gromykos entschied sich das Politbüro mit knapper Mehrheit für den 53jährigen Gorbatschow. Ihm wurde die Auflage erteilt, eng mit seinem Mentor zusammenzuarbeiten. Doch Gorbatschow kannte nun keine Skrupel. Noch im gleichen Jahr wurde Gromyko als Außenminister abgesetzt und auf die repräsentative Position des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets abgeschoben, dann in Rente geschickt. Neuer Außenminister wurde Schewardnadse. Grischin und Romanow mußten bald das Politbüro verlassen, wobei Grischin als Moskauer Parteisekretär abgelöst und durch Jelzin „ersetzt“ wurde.

Ein KPdSU-Generalsekretär verfügte schon zu Lenins Zeiten über eine ungeheure Machtfülle. In den 80er Jahren aber war diese Funktion nur noch mit der eines absolutistischen Herrschers vergleichbar. So konnte Gorbatschow nach Belieben die Mehrheitsverhältnisse im ZK zu seinen Gunsten verändern. Vor allem durch die reihenweise „Erneuerung“ der Gebietssekretäre. Einer nach dem anderen wurde ausgetauscht. Wer aber die Parteispitze und den Apparat in der Hand hatte, der beherrschte auch den Sowjetstaat. Im ZK wurden immer mehr ideologisch wankelmütige, vom Revisionismus zerfressene Funktionäre installiert. Der Generalsekretär selbst war innerlich längst auf bürgerliche Positionen übergegangen. Das bedeutete eine existentielle Bedrohung der KPdSU und der Sowjetmacht. In dieser komplizierten Klassenkampfsituation wog die historische und persönliche Verantwortlichkeit des ersten Mannes für die weitere Entwicklung in der UdSSR besonders schwer.

Als die Welt im April 1985 die Wahl Gorbatschows zur Kenntnis nahm, ahnte wohl kaum jemand, daß die Sowjetunion durch seinen bald offen antisozialistischen Kurs schon in Kürze zerfallen und die europäische sozialistische Staatlichkeit durch eine Konterrevolution beseitigt werden würde.

**Bernhard Majorow**

Grafik: Arno Fleischer



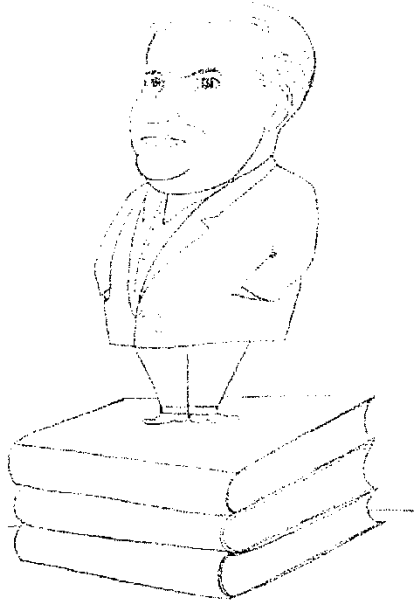
## Am Rande bemerkt

□ „Kolonialisierung bedeutet in ihrem Kern die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems im Verhältnis zu einem anderen.“ Auf unserer Leserkonferenz am 10. Februar wies Fritz Welsch auf diese Definition der Wissenschaftler um Fritz Vilmar hin. Mehrfach wurde ich gefragt, wo man Genaueres hierzu nachlesen könne. Neben den **Weißbüchern der GBM** (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde) – hier vor allem Band 1 „Diskriminierung in den neuen Bundesländern“ (1992), Band 2 „Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet“ (1993), Band 5 „Unrecht im Rechts-Staat“ (1995) und Band 6 „Enteignung der Ostdeutschen“ (1999) – ist hinzuweisen auf das Buch **„Kolonialisierung der DDR“**, 1995 im agenda-Verlag Münster herausgegeben von W. Dümcke und F. Vilmar (360 S., 28 DM), und auf die Neuerscheinung **„Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen“**, herausgegeben von F. Vilmar im trafo-Verlag Berlin (290 S., 28 DM). Wolfgang Richter stellte im ND vom 13. Oktober 1995 (in seiner Rezension des Kolonialisierungsbuches) die Frage, ob „der Kampf um sozialen Fortschritt mit einer neuen Form anticolonialistischer Befreiungsbewegung zu verbinden wäre“.

Da die Gegenwart ohne Kenntnis der Geschichte nur mangelhaft oder gar nicht zu verstehen ist, muß im hier besprochenen Zusammenhang ein weiteres Buch wenigstens genannt werden: Karl Heinz Roth **„Anschließen – angleichen – abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952–90“** (Konkret-Verlag, Hamburg 2000, 180 S., 22,80 DM)

□ Am 2. Mai feiern wir den 100. Geburtstag von **Willi Bredel** (einige biographische Daten finden sich im „RotFuchs“ Nr. 21, S. 21). Stephan Hermlin schrieb über ihn: „Willi Bredel war, allen schweren Erlebnissen zum Trotz, ein sehr fröhlicher Mensch. Er liebte es, komische Geschichten zu erzählen, oder er machte sich über Beschränktheiten, die ihm oder die uns gemeinsam begegneten, lustig. Dazu hatte er ein unglaublich ansteckendes Lachen an sich. Wenn er eine Geschichte erzählte, begann er schon auf halbem Wege so zu lachen, daß er rot anlief und sich die Tränen abwischen mußte – ob man wollte oder nicht: es ging einem genauso, man lachte mit, und wenn dann die Pointe von der Geschichte kam, lag man sozusagen am Boden vor Lachen. Es war weniger die Geschichte selbst, die einen dazu brachte, als vielmehr Bredels eigene Fröhlichkeit und Lachlust. Ich erinnere mich, wie ich nach seinem

ersten Herzinfarkt leise in sein Krankenzimmer trat. Sofort begann er mir etwas Komisches zu erzählen, und ich sah, wie er zu lachen begann. Ich schwankte zwischen Lachlust und Entsetzen, denn dieses Lachen hätte ihn das Leben kosten können. Ich fuhr ihn beinahe an, er möge still sein.



Zeichnung: Elizabeth Shaw

Dabei war Willi Bredel das Gegenteil eines frivolen oder oberflächlichen Menschen. Als alter, wahrer Kommunist trug er gewissermaßen immer die Schmerzen einer ganzen Welt. Gleichzeitig litt er unter Dummheit, Feigheit, Opportunismus in seiner Umgebung. Aber er war ein unverbesserlicher Optimist und glaubte stets, daß das Wahre und Gute sich schließlich durchsetzen werde.

Seinen Freunden bezeugte er Vertrauen und Hochachtung zugleich; man hatte stets das Gefühl, daß man sich anstrengen müsse, um diese seine Freundschaft zu rechtfertigen. Menschen seiner Art sind sehr selten geworden.“

Alexander Abusch schloß seine Ansprache anläßlich des Todes Willi Bredels (er war am 27. 10. 1964 gestorben) mit den Worten: „Wir, die SED und ihr Zentralkomitee, der Staatsrat, der Ministerrat und die Volkskammer der DDR, alle hier Versammelten – wir verneigen uns vor Dir, Willi Bredel, Du Schriftsteller der deutschen Arbeiterklasse und des neuen sozialistischen Deutschlands.

Wir verneigen uns vor Dir, Du unser lieber, lieber Freund und unvergeßlicher Kampfgefährte.

Unser Volk verneigt sich vor Deinem Leben und Deinem Werk, Du deutscher Volksdichter und Volksheld in der Zeit entscheidender Kämpfe für das Glück unseres Volkes, Du *unser* Willi Bredel!“

## Gegen das Unrecht

Gegen das Unrecht  
soll man nicht sein,  
sonst wird man  
nur verzagt,  
wenn man es eifrig am Werk sieht.

Dann beneidet man die,  
die sich die Augen zuhalten,  
und die sich sagen,  
es wird vielleicht doch  
das Recht sein.

Gegen das Unrecht  
soll man nicht sein,  
denn man schadet  
dem Unrecht nur dann,  
wenn man etwas dagegen tut.

□ **Erich Fried**, von dem diese Zeilen stammen, hätte am 6. Mai seinen 80. Geburtstag feiern können. Der österreichische Lyriker, Erzähler, Hörspielautor, Essayist und Nachdichter (vor allem Dylan Thomas' und William Shakespeares) mußte 1938 seiner jüdischen Herkunft wegen nach England emigrieren, wo er bis zu seinem Tod (22. 11. 1988) lebte. Immer wiederkehrendes Thema seiner Arbeit war neben der Auseinandersetzung mit dem Faschismus die leidenschaftliche Anklage gegen imperialistische Aggression (Vietnam, Chile).

„Die Zukunft liegt nicht darin,  
daß man an sie glaubt  
oder nicht an sie glaubt,  
sondern darin,  
daß man sie vorbereitet ...“

□ Aus der Grabrede von Klaus Wagenbach für **Ulrike Meinhof** (7. 10. 1934 bis 8. 5. 1976), gehalten am 15. 5. 1976:

„Die offiziellen Stellen mögen nachzuweisen versuchen, daß der Tod Ulrike Meinhofs ein ‚Selbstmord‘ gewesen sei. Sie werden damit nicht unsere deutschen Zustände aus der Welt schaffen: ein massives, lange vor irgendwelchen ‚terroristischen Gruppen‘ – 1968 – geschaffenes ‚Notstandsgesetz‘. Ein noch viel länger zurückliegendes Verbot der Kommunistischen Partei und die mit ihm verbundenen Verfolgungen. Neuerdings die Verordnung zum Schutz der Beamten vor Linken jeder Art [Berufsverbote]. ...

Was Ulrike Meinhof umgebracht hat, waren die deutschen Verhältnisse. Der Extremismus derjenigen, die alles für extremistisch erklären, was eine Veränderung der Verhältnisse auch nur zur Diskussion stellt.

... Ulrike Meinhof nahm sehr früh etwas wahr, was wir heute erst zu begreifen beginnen: die psychischen Kosten des Kapitalismus, die innere Verelendung. ...

[Die Journalistin] Ulrike Meinhof war eine der klarsten Kritikerinnen des Kapitalismus in der Bundesrepublik.“

W. M.

## Briefe an „RotFuchs“



### Thematische Leserbriefe

#### Zum Unfrieden um den „RotFuchs“

Was soll so aus uns werden?, frage ich mich, wenn ich an den Unfrieden um meine Gruppe Berlin Nordost und um meinen „RotFuchs“ denke. Zum Überlegen hatte ich seit September vorwiegend in Krankenhausbetten hinlänglich Gelegenheit. Seit 1932 in der Sozialistischen Arbeiterjugend, seit 1937 in der KPD, hatte ich während Haft und Hieben und in der Illegalität oft Anlaß, über Schwächen und Fehler meiner Partei nachzudenken, ohne an unserer Wissenschaft oder an unserer Organisation irre zu werden.

Nun höre ich – und ich fühle mich durchaus getroffen –, daß da gesagt wurde: „Geht doch endlich!“ Ich denke nicht daran. Das wäre Feigheit vor dem Feind. Wir stehen mitten im härtesten Klassenkampf. Und ich sehe für die nächsten Jahrzehnte noch eine wesentliche Steigerung, da gilt es nicht nur, alle Kräfte zu bündeln, die Zähne zusammenzubeißen oder mangels solcher die Fäuste zu ballen, alle Weisheit unserer Klassiker zu beherzigen und den klaren Blick zu bewahren – in die Vergangenheit und in die Zukunft. Der Rückblick in die Vergangenheit zeigt viele Kampferfolge, aber auch Defizite (vornehmlich die fehlende Einheit der Linken). Die Positiva überwiegen bei weitem. Immerhin haben wir auf unserer Seite die Erkenntnisse unserer Klassiker, die Analyse des verbrecherischen Kapitalismus (gerade heute glänzend bestätigt). Wir haben als erste und am opferreichsten Kriegsurheber und Kriegsmacher bekämpft (Thälmann); unsere sowjetischen Genossen haben den deutschen Imperialismus besiegt – und nicht wenige von uns waren dabei; wir haben einen geachteten Staat geschaffen (Pieck, Ulbricht, Honecker), den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat (wo bitte, ist ein deutscher sozialdemokratischer Staat fürs Volk entstanden?) Meine Genossinnen und Genossen und ich – wir lassen uns nicht ausreden, daß das eine große erstmalige Leistung in der Geschichte war – trotz einiger Mängel und einigen wenigen Unrechts: Es war der erste Rechtsstaat in der deutschen Geschichte, die größte Niederlage, die der deutsche Imperialismus durch das von ihm unterdrückte Volk erlitten hat. In seinen Augen war es unverzeihlich, daß 40 Jahre lang ein deutscher Staat der Arbeiter und Bauern existierte und bewies, daß es ohne Bankherren, Monopolisten und Junker auch ging – und für die Masse des Volkes besser. Wie haben wir das gemacht? Darauf sollten die Blicke gerichtet werden – und dann muß man natürlich auch über die Mängel reden (aber nicht umgekehrt!), und dabei den rührigen Klassenfeind und eigene wie feindliche Ideologien nicht außer acht lassen.

Warum wohl hassen die Imperialisten und ihre Vor- und Nachbeter die Deutsche Demokratische Republik noch zehn Jahre nach der Konterrevolution so sehr, daß sie Schaum vorm

Maul haben und alle ihre Ministerialen, Juristen, Beamten und Funktionäre anhalten, die DDR doch weiter zu delegitimieren (wie ein schon vergessener Kinkel einst forderte)? Warum verfolgen sie unsere politischen und militärischen Führer immer noch mit dem hinterhältigen Versuch, sie – und damit die gesamte Bevölkerung der DDR – zu kriminalisieren? Von der dümmlichen Journaille ganz zu schweigen ...

Wir haben die Deutsche Demokratische Republik nicht zu verteidigen, sondern mit ihrem Werden und Wirken und mit ihrem weltweiten Ansehen in den Kampf zu ziehen – als Beispiel. Anstatt Augen, Ohren und Gedächtnis außer Betrieb zu setzen und auf das Geschwätz in Fernsehen, Bundestag oder wo sonst noch Feinde des Sozialismus Mund und Feder nicht halten können, hereinzufallen. Was soll, bitte, das für eine antiimperialistische Position sein? In der DKP-Gruppe Berlin Nordost wollen wir – Genossinnen und Genossen – konsequent und kämpferisch sein – gegen den Klassenfeind. Wie der „RotFuchs“. Wir sind keine Fraktion und wollen auch keine werden. Wir sind überzeugt, dass keine unserer Äußerungen der Parteilinie widerspricht. Im Gegenteil: Wir äußern uns streng nach den Lehren und im Sinne unserer Klassiker. Das heißt, wir dienen der Partei und ihrer kommunistischen Verpflichtung.

Die Summe abwertender Vorurteile verrät, daß die meisten Kritiker den „RotFuchs“ weder lesen noch kennen, daß sie gar nicht wissen, wovon es in Berlin Nordost, in Brandenburg, in Gießen und vielerorts sonst noch überhaupt geht. Der völlige Mangel an „Beweisen“ ist so vielsagend wie die Haltlosigkeit der Beschuldigungen. Gemessen am Wert des „RotFuchs“ und der ihn tragenden Gruppe ist die Kritik an ihnen geradezu parteischädigend ...

Was soll aus uns werden, wenn dieser Unfriede nicht umgehend aus der Welt geschafft wird? Wie wollen wir als Kommunisten vor unseren Klassikern und unserem Gewissen bestehen und schließlich siegreich sein?!

**Karl-Eduard von Schnitzler, Eichwalde**

#### Wie war das mit den Neonazis in der DDR?

Zu Beginn möchte ich meine Unterstützung für das Anliegen des „Offenen Briefes“ der Gruppenleitung von Nordost an die Mitglieder des PV bzw. der Bezirks- und Landesvorstände zum Ausdruck bringen. Euer Weg ist der richtige, auch wenn einige Genossen Euer Wirken mißdeuten oder gar torpedieren. Unbestritten ist es Euer Verdienst, an den „Schlaf“ der Kommunisten und linken Kräfte, besonders in Ostdeutschland, gerührt zu haben. (...) Für die Qualität des „RotFuchs“ spricht auch seine zunehmende Verbreitung in den alten Ländern. (...) Ich möchte einige Gedanken zur ersten der „11 Forderungen ...“ (RF Nr. 37) darlegen. Das Erstarken des Rechtsextremismus in der BRD hat mittlerweile beängstigende Ausmaße angenommen – eine Entwicklung, die auch im Ausland mit Besorgnis verfolgt wird. Während einige Personengruppen mit Aktionen gegen rechts aufrütteln wollen, beschränken sich die offiziellen Vertreter der Bundesrepublik auf Aktionismus sowie Hilf- und Tatenlosigkeit. Das ist auch nicht anders zu erwarten, sind sie doch Vertreter jener Gesellschaftsordnung,

welche diese „Saat“ hervor- und auch zum Blüten bringt. Unumwundenes Benennen dieser Tatsache wäre gleichbedeutend mit der Selbstdemaskierung des bestehenden Systems. Also sinnieren Persönlichkeiten der BRD – darunter der Bundesinnenminister – über die Ursachen des Erstarkens des Rechtsextremismus. Sie wissen prompt die Antwort: Er ist natürlich eine Hinterlassenschaft der DDR.

Ich selbst bin Jahrgang 1956 – habe somit einen großen Teil meines bisherigen Lebens mit der Entwicklung der DDR verbunden. Meine Schul-, Lehr- und Studienzeit sowie das gesamte gesellschaftliche Klima in der DDR waren von den Gedanken der Völkerverständigung und des Internationalismus geprägt. Meine Erziehung und mein Alltag waren durchzogen von Antifaschismus und Antirassismus. Dabei ist mir in keiner Weise bewußt, daß uns diese Ideologie „eingehämmert“ und Fragen oder Probleme unterdrückt wurden.

In der DDR gab es keine Organisationen, welche faschistische, rassistische oder ausländerfeindliche Ziele verfolgten. Man kannte keine Aufmärsche dieser Art. Zeigten sich in der DDR vereinzelt Aktivitäten in dieser Richtung, wurden sie im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte konsequent bekämpft. Dabei rangierten Überzeugung und Aufklärung vor staatlichem Druck. Das kann ich als ehemaliger Offizier der Volkspolizei bezeugen. Ausländer, welche in der DDR ihre Heimat fanden, wurden integriert, d. h. sie erhielten Wohnung, Arbeit und soziale Absicherung. Im Rahmen des proletarischen Internationalismus wurde unkompliziert mit Gewährung von Asyl geholfen – das betraf nach 1973 z. B. tausende Chilenen. Entwicklungsländern wurde materielle und humanitäre Hilfe zuteil, vor Ort oder z. B. durch Ausbildung von Kadern in der DDR, ohne daß sich diese auf Kosten dieser Staaten bereicherte. Heute erleben wir, hervorgebracht durch die imperialistische Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene rücksichtslose Ausbeutung von Entwicklungsländern sowie oftmals bewußt geschürte Kriegsherde, eine erhebliche Zuwanderung von Ausländern, die mit menschenwürdiger Integration nicht verbunden ist. An wirklicher Hilfe in den jeweiligen Ländern besteht, da nicht profitabel, kein offizielles Interesse.

Diese Situation, gepaart mit dem Sozialabbau und der Massenarbeitslosigkeit bei uns, ist der Nährboden für Ausländerhaß, Rassismus und Faschismus. (...)

**Henrik Fuchs, Wurzen**

#### Leserbriefe

„In der Erkenntnistheorie muß man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d. h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und Unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das Wissen aus Nichtwissen entsteht, wie unvollkommenes nicht exaktes Wissen vollkommener und exakter wird.“  
Aus: W. Lenin. Materialismus und Empirio-kritizismus. LW 14

Unüblicher Leserbrief – nicht nur zur Jugendweih – als Gruß von  
**Ernst Rasmus, Berlin**

Nachdem ich im Verlauf der letzten Gruppenversammlung am 27. März mein Parteibuch erhalten habe, möchte ich mich hiermit noch einmal bei allen Genossinnen und Genossen für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken und mich zugleich bei denjenigen vorstellen, die am 27. 2. nicht anwesend waren, als ich aufgenommen wurde. Ich bin 30 Jahre alt und habe den Beruf des Verkäufers im Einzelhandel erlernt. In Bayern aufgewachsen, zog ich 1989 nach Berlin und lebe jetzt im Stadtteil Buch. Während meine Frau ihrem Beruf nachgeht, kümmere ich mich um das leibliche und seelische Wohl unserer 18 Monate alten Tochter.

Ich freue mich über die Gruppe Berlin Nordost, auf die ich durch die Internet-Seite des „RotFuchs“ gestoßen bin. Es sind Genossinnen und Genossen, die zu 40 Jahren Sozialismus in der DDR stehen und unerschütterlich bleiben gegenüber den Verfolgten und von der imperialistischen Siegerjustiz Verurteilten, die für Frieden und Menschenrechte, gegen Ausbeutung und Faschismus gekämpft und gearbeitet haben.

**Michael Christ, Berlin**

Wir sind so etwa zehn Genossinnen und Genossen in Hamburg und Umgebung, die den RF regelmäßig und begeistert lesen. Nicht wegen der Angriffe der jüngsten Zeit auf die Zeitung und die DKP Berlin Nordost, sondern weil wir deren Arbeit für richtig und notwendig halten zur Stärkung kommunistischer Politik im Osten wie im Westen, haben wir nun eine regelmäßige „Kassierung“ beschlossen. So kommen von jetzt ab jeden Monat 100 DM vom RF-Leserkreis, „Nordsterne“. Wir sehen darin auch einen ersten – kleinen – organisatorischen Schritt zur Zusammenführung von Kommunistinnen und Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

**Werner Hoppe, Hamburg**

Wir wünschen dem „RotFuchs“ mit etwas Verspätung ein gutes drittes Jahr, natürlich auch ein gutes viertes, fünftes oder auch fünfzigstes Jahr. In jedem Monat warten wir mit Spannung darauf, daß der neue RF bei uns im Postfach ist. Er unterstützt unsere Arbeit im Kreisvorstand und wird bis zur letzten Seite in sehr kurzer Zeit gelesen, man könnte schon fast sagen: verschlungen. Macht weiter so!

Kreisvorstand der DKP Hochtaunus, Thomas,  
**Monika, Michael**

Die Nachfrage nach dem „RotFuchs“ ist in Suhl und Umgebung noch größer geworden. Deshalb erhöhen wir unsere Bestellung von vier auf acht Exemplare. Eine Spende wird Euch zugehen. Vielen Dank. Viel Kraft und Mut für den „RotFuchs“.

**Jens Weber, DKP-Gruppe Suhl**

Als Kassierer der DKP-Gruppe Ebersberg bin ich beauftragt, in unserer Gruppe die Spenden für den „RotFuchs“ – als Entgelt für die uns zugesandten Exemplare – zu sammeln und an Euch zu schicken. Für die Februar- und März-„RotFuchs“ liegen 70 DM bei. Wir bitten weiterhin sechs Exemplare an die Adresse unseres Gruppenvorsitzenden zu senden. Zugleich übermitteln wir Euch die am 14. Februar in unserer Gruppe beschlossene Diskussionsgrundlage zum „RotFuchs“ und zu den „11 Forderungen“.

Horst Mette,

**Gruppenkassierer der DKP Ebersberg  
Diskussionsgrundlage der DKP Ebersberg  
zum „RotFuchs“ (Zeitung der Gruppe Berlin**

**Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei), den „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ (Diskussionsangebot aus Berlin Nordost zur Stärkung der DKP) und der damit zusammenhängenden Problematik, vereinbart auf der Sitzung der Kreisgruppe Ebersberg am 14. 2. 2001:**

1. Wir kritisieren die mangelhafte Darstellung und Information über die Diskussion der Genossinnen und Genossen aus der früheren DDR.

2. Wir erwarten die Veröffentlichung von Analysen – Forderungen – Diskussionen zur Geschichte und zum heutigen Zustand in der früheren DDR durch unsere Parteipresse.

3. Wir gehen davon aus, dass die Analysen und Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen im neuen Parteiprogramm wichtigen Einfluß haben müssen.

4. Wir gehen davon aus, daß die DDR die bisher größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland war.

Heinz Stehr auf dem 15. Parteitag der DKP in Duisburg: „Beunruhigend ist es, daß wir nach Jahren unserer organisatorischen Tätigkeit zum Aufbau der DKP auf dem Gebiet der DDR keinen wesentlichen Durchbruch erreichen konnten ... Wir sind bisher wenig als konstruktive politische Kraft in den neuen Bundesländern erkennbar. Wir haben die spezifischen politischen Herausforderungen wie den radikalen Sozialabbau, unwürdige Arbeitsbedingungen, anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit, aber auch Entwürdigung von Tausenden Menschen und ihrer Lebensleistung, politische Verfolgung und Diskriminierung weder gründlich analysiert noch daraus spezifische politische Forderungen entwickeln können ... Wir haben bisher keinen Weg gefunden, uns als Gesamtpartei den spezifischen Herausforderungen der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland zu stellen ... Vieles ist zu erarbeiten, unabdingbar ist dazu eine konstruktive Diskussions- und Arbeitsatmosphäre“.

Liebe Genossen von Berlin Nordost, der „RotFuchs“ vom März hat mir den letzten Anstoß gegeben, meinen Aufnahmeantrag an die DKP Rhein-Sieg endlich abzuschicken. Warum erst jetzt? Die Frage ist naheliegend bei einem, der aus kommunistischer Überzeugung als DDR-Kundschafter in den westdeutschen Auswärtigen Dienst entrat, SED-Mitglied und Offizier des MfS war und nach dem Umbruch in der Friedens- und Solidaritätsbewegung aktiv ist. Mein langes Zögern rührte von der Furcht her, in der Partei zuviel Energie für überflüssige Streitereien verschwenden zu müssen. Nun sehe ich immer deutlicher, daß Ihr verbindlich und geschickt die Linie vertrittet, Kommunisten in der DKP zu sammeln und auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu einen. Nun bin ich mir immer sicherer, daß Ihr Euch aus der Partei weder von innen hinausdrängen noch von außen herausziehen (!) laßt. Da bin ich dabei und wage den Sprung. Meinem Aufnahmeantrag habe ich diesen Leserbrief an den „RotFuchs“ beigefügt, damit meine Motivation sozusagen parteiöffentlich wird. Eine Spende zum „RotFuchs“ füge ich in Briefmarken bei.

**Klaus von Raussendorff, Bonn**

Als Angehöriger des Kollegiums des Ministeriums für Nationale Verteidigung, „Im Namen des Volkes“ wegen Beihilfe zum Totschlag und Untertassung zu mehr als 3-jähriger Haftstrafe verurteilt, durfte ich nach 781 verbußten Hafttagen am 18. 3. 2001 die JVA verlassen. (...)

Ich bedanke mich bei allen, die mir mit guten Worten und Taten geholfen haben, diese Zeit zu überstehen. Ihre große Zahl ist für mich ein Zeichen, daß die Ideale, für die wir mehr als 40 Jahre gestanden haben, trotz Niederlagen und Fehlern den Einsatz wert waren. Sie läßt mich die wenigen, die sich aus Furcht oder neuen Hoffnungen abgewandt haben, leicht vergessen. Wieder ist eine Etappe des Lebens vorbei. Auch die Zeiten der heutigen Sieger währen nicht ewig.

**Joachim Goldbach, Generaloberst der NVA a. D., Strausberg**

Lieber Genosse „RotFuchs“, ich bin zwar Mitglied der KPD und auch gelegentlicher Artikler in „Die Rote Fahne“, komme aber nicht umhin, dem „RotFuchs“ zu seiner geballten Kraft zu gratulieren. Als Spende übermittle ich Euch 30 Mark. Nochmals großen Glückwunsch zu diesem ausgezeichneten Blatt.

**Anton Heinrich, Bad Langensalza**

Mir ist Eure Zeitung eine sehr wertvolle Lektüre. Einem Genossen, der mir kürzlich die UZ nahelegte, habe ich empfohlen, man möge mit Eurer Redaktion kooperieren und den „RotFuchs“ der UZ als Beilage hinzufügen. Das könnte nicht nur in der Zusammenarbeit, sondern auch inhaltlich ein Schritt nach vorn sein.

Ich übermittle Euch eine „RotFuchs“-Spende in Höhe von 30 DM für das erste Halbjahr.

Es drängt mich, zu drei Beiträgen der Februar-Ausgabe einige Bemerkungen zu machen.

„Ein Theologe als Kommunist“: Es ist sehr richtig, zwischen den Strukturen der Kirche und den Haltungen gläubiger Menschen zu unterscheiden. Hier bieten sich viele Möglichkeiten des Zusammengehens. Während meiner Assistentenjahre an der Universität kam ein Student mit seinem Antrag auf Fakultätswechsel von der Technologie zur Theologie zu mir. In einem sehr ausführlichen Gespräch gewann ich große Achtung vor den Ansprüchen, die dieser junge Mensch an sein Leben stellte und die mit unseren Anliegen weitgehend übereinstimmten. Ich habe seinen Antrag unterstützt und hoffe, daß er seinen Idealen treu geblieben ist.

„Trauer um einen Revolutionär“: Den Ländern Afrikas sollte unser besonderes Interesse gewidmet werden. Dort sind die Widersprüche am schärfsten und das revolutionäre Potential mit am größten, wenn auch die ethnischen Probleme am prekärsten. Wo findet man schon eine sachliche Biografie über Laurent Kabila, der in der bürgerlichen Presse nur als bluttriefender Terrorist dargestellt wurde. Vielen Dank für diesen Einblick! Interessant auch zu lesen, daß Ludo Martens, den ich als Autor des Buches „Stalin anders betrachtet“ kenne, seit mehreren Jahren (alternierend mit Belgien R.F.) in Kongo lebt. Eine Verbindung zu ihm könnte dem „RotFuchs“ sicher viel interessantes Material bringen.

„Wessen Agent war Jakowlew?“, Dr. Kurt Gossweiler bringt in den Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 3/2001, S. 9 einen Text, den Gorbatschow an einer amerikanischen Universität ausgeführt hat. Die Erklärung steht in einem sehr interessanten Bezug zu dem Beitrag über Jakowlew. Hier die ersten Sätze: „Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus ... Von meiner Frau ... wurde ich dabei voll und ganz unterstützt. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, nutzte ich meine Stellung in der Partei und im Land.“

Viele Menschen sind im Herbst 1989 mit dem

Ziel auf die Straße gegangen, einen besseren Sozialismus in der DDR zu erreichen, nicht um DDR und Sozialismus zu beseitigen. Hier wird sichtbar, daß sie einem über lange Jahre vorbereiteten Komplott zum Opfer gefallen sind.

**Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch**

Der Artikel im ND vom 21. 3. 2001 „Hundeauslaufplatz am sowjetischen Ehrenmal“ zeigt, wie notwendig es ist, den für die Erhaltung und Pflege der sowjetischen Kriegsgräber verantwortlichen bundesrepublikanischen Stellen auf die Finger zu schauen und alle Mißstände und Versäumnisse öffentlich zu machen.

Am 8. Mai 2001 um 14. 00 Uhr gedenken wir – die von ehemaligen Generalen und Offizieren der DDR-Luftstreitkräfte vor einem Jahr ins Leben gerufene Regionale Initiative zur Wahrung des Andenkens der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten – am sowjetischen Ehrenmal (Soldatenfriedhof der Sowjetarmee) in Müncheberg der Toten. Dort spricht MR Dr. med. Horst Rocholl. Wir bitten den „RotFuchs“, möglichst viele seiner Leser für die Teilnahme an der Ehrung zu gewinnen.

**Oberst a. D. Rudolf Härtel, Strausberg**

Mit dem Dank für die Zusendung des „RotFuchs“ Nr. 38 verbinde ich zwei Bitten.

1. Der Artikel auf S. 11 über den Preußen-Rummel interessiert mich so stark, daß ich gerne mit dem Autor, Herrn Hermann Jacobs, in Verbindung treten würde (Ich bin Historiker und war in der DDR Direktor der Staatlichen Schlösser und Gärten Wörlitz-Oranienbaum-Luisium).

2. Für den „RotFuchs“ interessiert sich sehr Prof. Dr. ... in ... Vielleicht ist es möglich, ihm zunächst Probeexemplare zuzusenden? Ich habe ihm schon gesagt, daß die Redaktion bei längerem Bezug an Briefmarken interessiert ist.

**Dr. Hartmut Ross, Oranienbaum**

Einer Anzeige des „RotFuchs“ war zu entnehmen, daß es Eure Texte auch auf CD-ROM gibt. Falls Ihr diese noch vertreibt, schickt sie bitte gegen Rechnung an die Geschäftsstelle unserer Fraktion „Unabhängige/PDS“.

**Tim Engels, Fraktionsmitarbeiter, Neuss**

Der „RotFuchs“ ist die beste Zeitung für Kommunisten in den „neuen Bundesländern“. Die 11 Forderungen treffen genau den Kern und finden meine volle Zustimmung. Enttäuscht bin ich von der UZ und vom DKP-Partei Vorstand. Wenn die 11 Forderungen von der gesamten DKP – also auch der UZ und dem PV – unterstützt würden, erführe die Partei in Ostdeutschland mehr Zustimmung und Akzeptanz. Leider kann ich als Kommunist in der PDS nur feststellen, daß es im Verhältnis PDS-PV zu KPF und DKP-PV zum „RotFuchs“ keinen Unterschied gibt. Dies macht es Kommunisten in der PDS leichter, ihre Partei nicht zu verlassen, denn es fehlt die Alternative. Die Materialien in der UZ von der letzten PV-Tagung sind für mich enttäuschend und entsprechen nur ungenügend der Realität. So bestehen in meinem Kreis seit 10 Jahren keine Gewerkschaften mehr. Hier kann nicht gestärkt werden, was es nicht gibt. Die Gewerkschaften konzentrieren sich nur auf Großstädte und spielen bei uns – auch am 1. Mai – keine Rolle.

Die UZ-Redaktion und der DKP-PV sollten sich an den 11 Forderungen orientieren und zu einer sachlichen Haltung zurückkehren.

**Andreas Krämer, Gersdorf**

Vor einigen Tagen habe ich die März-Ausgabe des „RotFuchs“ bekommen. Ich lese Eure Zei-

tung immer mit großer Aufmerksamkeit. Das trifft auch auf die Nr. 38 zu. Die „11 Forderungen“ der Parteiorganisation Berlin Nordost finde ich richtig. Falls sie vom Parteivorstand übernommen werden, wird der Sache des M-L und der deutschen Arbeiterklasse ein „neuer Schuß“ gegeben.

Als Mitbegründer der SDAJ in München fühle ich mich, der ich auch aktiv bei der Wiedergeburt einer kommunistischen Partei im westlichen Teil Deutschlands, der DKP, mitgeholfen und viele Jahre in der BRD gelebt und gearbeitet habe, wie ein halber Deutscher. Überdies bin ich mit einer Deutschen verheiratet. Es handelt sich um die Tochter des bekannten antifaschistischen Journalisten und Schriftstellers Kurt Hirsch. Obwohl wir seit August 1974 aus der BRD weg sind, ist ein Teil unseres Herzens bei Euch Genossen geblieben. Seit fast zwei Jahren bin ich in der Solidaritätsarbeit der KPG (KKE) für die politischen Gefangenen und verfolgten Bürger der früheren DDR tätig. So sind die Kontakte und Beziehungen noch fester und enger geworden. Außer dem „RotFuchs“, dem „Roten Brandenburger“ und dem „Anstoß“ (der mir politisch nicht sehr gefällt), erhalte ich von verschiedenen Genossen Zeitungsausschnitte aus UZ, ND und jw wie auch „Die Rote Fahne“ der KPD. (...) Durch eine Satellitenantenne kann ich 46 deutsche Programme empfangen. So bin ich, von bürgerlicher Seite her, immer informiert, was in der BRD los ist. Die Meinungen, die ich in meinen Briefen zum Ausdruck bringe, sind meine persönlichen Ansichten. Gewiß, 90% stimmen mit der Parteilinie der KKE überein. Ich fühle mich verpflichtet, das zu schreiben, weil ich keinen Anlaß für parteipolitische Mißverständnisse liefern will. Meine Genossen der Stadt Thessaloniki und meine Familie schicken Euch ihre Kampfgrüße.

Euer griechischer Genosse

**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Lieber Genosse Erich Schreier aus Röthenbach, wir sind erfreut, wenn immer mehr Genossen und Leser aus dem Westen dem „RotFuchs“ schreiben. Es zeigt uns, daß er nicht nur im Osten gut ankommt. Doch ich halte es keineswegs für besonders mutig von uns, Deinen Brief zu veröffentlichen. Das ist Normalität. Im Unterschied zu mancher anderen Zeitung erscheinen im RF auch kritische Briefe. Wir betrachten sie – von Ausnahmen abgesehen – nicht als Angriff. Daß ihre Zahl so gering ist, hat wohl etwas mit der Qualität des RF zu tun und kann den Zeitungsmachern nicht vorgeworfen werden. Wenn Du schlechte Erfahrungen mit anderen Publikationen gemacht hast, die sich der Wahrheit und ihren Lesern weniger verpflichtet fühlen, solltest Du das nicht auch auf den RF beziehen. Das nur vom Weg. Der Grund, auf Deinen Brief zu reagieren, ist ein anderer. Du schreibst, es wäre unfair, den Wortlaut der auf unserer Leserkonferenz von Wolfgang Teuber vorgetragenen UZ-Stellungnahme im RF nicht abzudrucken. Mein Standpunkt dazu ist: Die Abgabe dieser Erklärung war nicht nur unfair, sondern sogar eine Provokation. Wenn ihre Verfasser sich auch nur ein wenig mit dem RF beschäftigt hätten, wäre ihnen klar gewesen, wie sinnlos das Unterfangen ist, unsere Zeitung vor ihren Lesern diskreditieren zu wollen. Ich hielt es für völlig falsch, wenn sich der RF an der Verbreitung dieser Erklärung, die nur die DKP beschädigen kann, beteiligen würde. Im übrigen müßtest Du das Verlangen nach Veröffentlichung an die UZ-Redaktion richten.

Lieber Genosse Erich Schreier, ich kann Dir versichern, daß wir Kommunisten aus der DDR den Genossen der westdeutschen KPD und DKP stets Hochachtung entgegengebracht haben. Deshalb ist es mir und vielen anderen Genossen aus dem Osten unverständlich, wie Ihr es zulassen könnt, daß es in unserem PV und in der UZ-Redaktion Kräfte gibt, die keinen Nerv für die Empfindungen und das Selbstwertgefühl der DDR-Kommunisten besitzen. Wir aus der Gruppe Nordost werden in der UZ-Erklärung de facto in eine Reihe mit Leuten gestellt, die vom Verfassungsschutz bezahlt wurden. Auch auf der 5. PV-Tagung hat es leider nicht an Beleidigungen und Unterstellungen gefehlt.

Solidarität sollte damit beginnen, daß man Klarheit in den eigenen Reihen schafft. Manche oder mancher könnte sonst auf den Gedanken kommen, daß uns jemand die Mitgliedschaft in der DKP vergällen möchte.

Jürgen Thiele, stellvertretender Vorsitzender der **DKP-Gruppe Berlin Nordost**

Besten Dank für die regelmäßige Zustellung des „RotFuchs“. Anbei eine kleine Unterstützung für Eure Arbeit. **Bettina Thurmann, Halle**

Seit ich die UZ abonniert habe, mache ich mir verstärkt Gedanken über die künftige Entwicklung der DKP. Bei der PDS ist mir klar, dass die Programmdebatte zur faktischen Absage an ein Sozialismus-Ziel führen wird. Damit wird die praktizierte Politik nur festgeschrieben. Mehr nicht! Es ist jedoch beunruhigend, daß Vertreter des DKP-Partei Vorstandes glauben, von der Programmdiskussion in der PDS profitieren zu können. Verstehen könnte ich, wenn sie sich auf den Entwurf von Kallabis, Krusch und Wagner als Programmbeitrag für die Linke in der BRD beziehen würden. Diese Wissenschaftler haben in Eigenverantwortung einen Beitrag als Anregung erarbeitet. Sicher schätzten sie realistisch ein, daß das im Rahmen der PDS nicht mehr möglich ist, und sie wenden sich daher an die Linke der BRD. Nun irritieren mich zunehmend Aussagen von prominenten Genossinnen und Genossen der DKP wie Robert Steigerwald, Nina Hager und Leo Mayer in der UZ. Wenn es Einzelercheinungen wären, würde ich darüber hinwegsehen. Aber es scheint eine politische Trendwende von einigen in der DKP-Spitze beabsichtigt zu sein. Auch wenn die DKP eine kleine linke Partei ist, wünschen doch viele, daß sie zu einem Anstoßschub für eine marxistisch-leninistische Sammlungsbewegung geeignet und bereit sei. Nach dem Lesen des jw-Berichts (über das DKP-Hearing zur Programmdebatte – R. F.), wo die Genossin Nina Hager in mehreren Passagen zitiert wird, mache ich mir Gedanken, ergeben sich für mich Fragen. (...) Zu den Vorgängen um 1989/90 gibt es ja eine Menge Bezeichnungen: „Wende“, „friedliche Revolution“, „samtene Revolution“ oder „Aufbruch für eine revolutionäre Erneuerung“ der DDR“ (so beschreiben es Eckehard Lieberam und Roland Wötzel in ihrer Broschüre „Zehn Jahre nach der Wende – Thesen“). Manche sprechen auch von der „Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft“. Die Genossin Nina Hager moniert, daß dieser Vorgang als Konterrevolution bezeichnet wird. Wie nennt sie es denn, wenn aus unreifem Sozialismus barbarischer Kapitalismus geworden ist? Hat sie dafür schon einen Terminus entdeckt? Ich bezeichne diesen Vorgang selbstverständlich als konterrevolutionären Prozeß.

**Reiner Meyer, Magdeburg**

Ich lese mit großer Sorge von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Berlin Nordost und der UZ. Den „RotFuchs“ halte ich für eine Zeitung, die der DKP gut zu Gesicht steht oder stünde. Ich glaube, daß Gräben manchmal auch klären können, und daß die Roten in Deutschland einer Klärung sehr bedürfen. So lese ich die Bitten um Einigkeit zwar voller Sympathie, doch eigentlich beobachte ich vor allem den Klärungsprozeß. Im Sinne des von Euch in der März-Ausgabe zitierten August-Bebel-Worts „Die Voraussetzung zum Sieg der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste, sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starke Wille“ und gemeinsam mit Euren zahlreichen Lesern, die so schöne Briefe schreiben, verbleibt für heute

**Ursula Siegmayer, Pforzheim**

Mit Entrüstung lasen wir in der UZ, daß der PV der DKP die 11 Forderungen für Ostdeutschland für „nicht geeignet“ hält. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Jeder Genosse, der einen Genossen kennt, der nicht „RotFuchs“-Leser ist, sollte die 11 Forderungen an diesen schicken. Sollen die Genossen doch selbst entscheiden, was geeignet und „nicht geeignet“ ist. Wir selbst fangen gleich damit an.

**Wolfgang Nicolas, Brandshagen**

Am 27. März 2001 fand eine öffentliche Mitgliederversammlung der DKP-Gruppe Berlin Nordost statt, zu der auch Sympathisanten eingeladen waren. Ich erlebte einen spannenden Diskussionsabend mit aufschlußreichen Berichten von der 5. PV-Tagung. Noch immer wird über die 11 Forderungen aus Nordost unsäglich und kontrovers gestritten. Und wie nicht anders zu erwarten war, stand in Essen auch der „RotFuchs“ im Sog der Kritik. Nach meiner Überzeugung zu Unrecht. Den Kritikern sei gesagt: Sie mögen erst einmal ein gesellschaftspolitisch besseres Bildungsorgan anbieten. Mein Credo lautet: Die Kommunisten müssen aufhören, sich vor allem mit sich selbst zu beschäftigen oder über das „Kaisers neue Kleider“ zu reden. Es geht vielmehr um Visionen und Lösungsvorschläge, schließlich liegen die Sorgen und Kümernisse der Bürger buchstäblich auf der Straße!

So war für mich dieser Abend teils eine Werbeveranstaltung, teils eine sehr nachdenklich stimmende Erfahrung über die innere Zerrissenheit der progressiven Kräfte in Deutschland.

Für die kommunistische Bewegung darf nur gelten: Das Beste ist gerade gut genug. Dabei liegen die Genossen der DKP-Gruppe Berlin Nordost und ihr Publikationsorgan richtig. Bei diesem Bekenntnis gegen Revisionismus und Sektierertum muß man Euch begleiten, bestärken und unterstützen. Der „RotFuchs“ soll leistungsfähig bleiben – darum ein kleines Stärkungsmittel.

**MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin**

Für die Übersendung des „RotFuchs“ möchte ich mich herzlich bedanken. Beste Wünsche für künftige erfolgreiche Arbeit und anbei einen Scheck als weitere Spende.

**Dieter Otto, Halle**

Herzlichen Dank für den RF 38. Wie die jüngste PV-Tagung gezeigt hat, wird es nicht der letzte „RotFuchs“ gewesen sein, der von Berlin Nordost aus die Reise „in die Welt“ antritt. Wer die DKP im Osten stärken will, kommt am RF nicht vorbei; mehr noch, wer sie in Deutschland stärken will, der hat im RF einen guten Mitstreiter.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

Vielen Dank für die zwei „RotFüchse“, die es ja wieder in sich hatten!!! Besonders der Leitartikel von Klaus Steiniger war sehr treffend und deutlich. Leider begreifen das einige „Truppenteile“ in Essen nicht. (...) Einen Tag später lag die UZ im Kasten. Sie veröffentlichte meinen Artikel, aber mit Kürzungen bei den wichtigsten Passagen, besonders, was die DKP in Ostdeutschland und die 11 Forderungen betrifft. (...) Ich habe immer mehr den Eindruck, daß einige Leute offenbar den Versuch unternehmen, in unserer Partei „französische Verhältnisse“ einzuführen. Man verzeihe mir meine Offenheit. Ich bin nicht der Typ, der sich anpassen kann und den Leuten das erzählt, was sie gern hören möchten. (...) „Die Zeiten des Dekretierens, Administrierens usw. ... dürfen sich nicht wiederholen“, heißt es zurecht in Eurem Leitartikel.

**Rolf Weinhold, Hoyerswerda**

Angesichts Eurer Leistung erscheint die Kritik der UZ-Redaktion unangemessen und kleinkariert. Wo sind da eigentlich objektive Fakten? So kann man doch nicht miteinander umgehen, es schadet nur unserem Kampf, denn die einzig aktuelle, einzig relevante Frage ist für mich: Was wird aus uns, aus Morgen? Werden wir die Wegbereiter einer neuen universalen Zivilisation sein? Laßt uns unbeirrt unseren Weg weitergehen. Bleibt standhaft und mutig, denn ohne den „RotFuchs“ schaffen wir es nicht.

**Ruth Kolb, Berlin**

Am 17. März veranstaltete die Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges, Essen, gemeinsam mit der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, in Berlin eine Konferenz zu dem Thema „Karl Marx/Friedrich Engels und die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik Deutschland“. Gerade von einem dreimonatigen Aufenthalt in Chile zurückgekehrt, nahm ich daran als Betroffener – ein Jahr Haft zu Zeiten des Adenauer-Regimes – unvorbereitet teil. So verdienstvoll das Unternehmen an sich war, die bis auf den Kommunistenprozeß 1852 in Köln zurückgehende reaktionäre Tendenz politischer Justiz in Deutschland einmal mehr öffentlich anzuprangern, gab es dort aus meiner Sicht ein Versäumnis: Die „Siegerjustiz“ setzte nicht erst mit dem Anschluß der DDR an die BRD am 3. Oktober 1990 ein! Vorausgegangen waren im Oktober/November 1989 die Auseinandersetzungen im ZK der SED, und die Sieger in diesem Machtkampf hatten, kaum in Regierungsverantwortung gelangt, nichts Eiligeres zu tun, als gegen die unterlegenen Kontrahenten mit Hilfe der politischen Strafjustiz vorzugehen! Bereits am 8. November 1989 leitete der Generalstaatsanwalt der DDR gegen den gerade erst zurückgetretenen vormaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ein Ermittlungsverfahren wegen „Amtsmissbrauch und Korruption“ ein. Markus Wolf, früher Chef der HVA, forderte öffentlich – und zwar ausgerechnet in „BILD!“ – einen Prozeß gegen ihn. Mußte man sich da noch darüber wundern, daß die BRD-Justiz diesen Prozeß dann auch durchführte? Nach der Verhaftung von Heinz Kessler, Erich Mielke und anderen früheren Politbüromitgliedern wurde Erich Honecker am 29. Januar 1990 in der Berliner Charité nach schwerer Operation vom Krankenbett weggeschleppt und in die U-Haftanstalt Rummelsburg eingeliefert. Ministerpräsident der DDR war zu jener Zeit Hans Modrow. Damals, denke ich, begann das, was heute als „Siegerjustiz“ angeklagt wird! Weil auf der eingangs erwähnten

Konferenz, auf der übrigens auch Modrow zur Diskussion sprach und die ihm widerfahrenen Ungerechtigkeiten seitens der bundesdeutschen politischen Strafjustiz schilderte, niemand auf diesen Zusammenhang hinwies, sei er wenigstens hier angemerkt.

**Rolf Vellay, Datteln**

Fürs liebe Füchlein zu Ostern einen Scheck über 75 DM, damit es sich weiter die Zähne schärfen kann.

**Ernst-Otto Schwabe, Berlin**

Momentan lese ich Luis Corvaláns Gespräche mit Margot Honecker ... Diese Lektüre kann ich allen empfehlen, die vergessen haben, was sie mit der Aufgabe der DDR verloren. Es könnte auch die Erinnerung derer auffrischen, die etwas gegen Eure 11 Forderungen einzuwenden haben. Das Buch ist in klarer Sprache für jeden verständlich geschrieben. Schon als es in Spanisch erschien, wurde es von den BRD-Medien in vorausseilendem Gehorsam zerrissen. „Unbelehrbar!“, kläfften jene, denen die Wahrheit wehtut. Wir wissen, daß Margot Honecker auch unbelehrbar ist. Lest das Buch!

**Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**

Ich erfüllte mir den seit Jahren gehegten Wunsch, endlich wieder meinen Fuß auf sozialistisches Terrain zu setzen. Im Februar verbrachte ich drei Wochen in Cuba und im Nachhinein muß ich sagen: So ganz bin ich noch gar nicht zurückgekehrt. Schon fiebere ich sehnsuchtsvoll einer weiteren Reise dorthin entgegen.

Mein tiefstes Erlebnis war der Besuch einer Schule. Schließlich bin ich ausgebildete Lehrerin und Pionierleiterin und nach wie vor stolz auf das gediegene Studium, das mir die DDR angedeihen ließ. Gesunde und glückliche Kinder, frei von Drogen und Verrohung, mit roten und blauen Halstüchern ließen nicht nur mein Herz höher schlagen, sondern auch dem seit über einem Jahrzehnt brachliegenden Schmerz des Verlustes der DDR freien Lauf. Die Kinder und ihre Lehrer sahen mich weinen. Mein Sohn, der Englisch spricht, mußte ihnen diesen Gefühlsausbruch erklären.

Die Menschen in Cuba sind arm und reich zugleich.

Arm an Konsumgütern, die für mich als Kommunistin nicht das Maß aller Dinge verkörpern! Intakte und kostenlose gesundheitliche Betreuung, gleiche und unentgeltliche Bildungsmöglichkeiten für alle, kein Hunger und ein Dach über dem Kopf – das ist unser Maßstab! Reich an Güte, Solidarität und Stolz auf das Erreichte, nachdem dieses Land fast jegliche Unterstützung verlor und das Embargo wie eh und je die Cubaner würgt, verteidigt das Volk seine revolutionären Errungenschaften.

Ich habe dort ein Stückchen Heimat wiedergefunden. Möge es den cubanischen Menschen gelingen, ihre Freiheit und Würde zu bewahren!

Hilft mir, Kinder zu finden, die mit Pionieren einer Schule in Havanna in Briefwechsel treten wollen, verstärkt Eure Solidarität mit dem sozialistischen Staat in der Karibik!

**Monika Kauf, Berlin**

Herzlichen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“ – ich freue mich schon auf den nächsten. Das Abo-Geld habe ich per Expresß geschickt, damit es nicht verloren geht. Die Beiträge zur 1. Leserkonferenz konnte ich mir auf der CD einer hiesigen Genossin ansehen. Ich versuche unter meinen Freunden Abonnenten für den

„RotFuchs“ zu gewinnen und lasse Euch die Ergebnisse bald wissen.

Kommunistische Grüße nach Berlin Nordost  
**Daniel Hohnerlein, Saarbrücken**

Ein großes Dankeschön für Eure Arbeit und die Leistungen der ständigen Mitarbeiter. Noch vor einigen Wochen wollte ich den Vorschlag unterbreiten, einen Beitrag von RA Prof. Erich Buchholz aus den „Weißenseer Blättern“ mit seiner Zustimmung im „RotFuchs“ zu veröffentlichen. Nun stelle ich mit Freude fest, daß er sich im RF Nr. 37 mit einem sach- und fachkundigen Beitrag zu Wort meldet. Fast täglich bestätigt sich sein Hinweis, daß „Betuchte“ per Strafbefehl (Klimmt u. a.) oder durch die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung eines Geldbetrages (Kohl u. a.) eine Sache ohne Konsequenzen aus der Welt schaffen können. Mal sehen, wie das bei Herrn Landowsky (CDU) ausgeht. Sicher war sein Verhalten auch nicht sittenwidrig, ist die Ahndung eine reine Ermessensfrage. (...) Damit uns der „RotFuchs“ weiterhin erhalten bleibt, ein bescheidener finanzieller Beitrag als Spende.

**Horst Hinz, Schwedt/Oder**

Auch das gibt es. Die Bundesbehörde mit der besonderen Befugnis zur Deutung der Geschichte beider deutscher Staaten mußte vor einem Sozialgericht aufgeben. Was war passiert? Ein ehemaliger Offizier der Grenztruppen der DDR, heute 82 Jahre alt, sollte einen Teil seiner Rente (monatlich um 300 DM) verlieren und ca. 13 000 DM zurückzahlen, weil die Gauck-Behörde „verdächtige Papiere“ gefunden hatte. Danach sollte er von 1953 bis 1958 im MfS als hauptamtlicher Mitarbeiter gedient haben, obwohl er stets Angehöriger der Deutschen Grenzpolizei (DGP) bzw. der Grenztruppen der DDR war. Daß die DGP in ihrer Gesamtheit während dieser Jahre vorübergehend dem MfS bzw. dem Staatssekretariat für Staatssicherheit im Innenministerium (SfS) unterstellt war, legten die Gauck-Behörde, die Wehrbereichsverwaltung und das Bundesverwaltungsamt falsch aus. Obwohl die Zeiten der vorübergehenden Zuordnung der DGP zum MfS/SfS nach Paragraph 7 Abs. 3 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) nicht als Zugehörigkeit zum Versorgungssystem des MfS gelten, beachteten das weder die Gauck-Behörde noch die Versorgungsträger. Das Ergebnis waren zunächst Anfragen (1996) und dann geänderte Rentenbescheide und Rentenkürzungen (1999), bis der ehemalige Offizier gegen die Wehrbereichsverwaltung und das Bundesverwaltungsamt klagte.

Fast hätte das Sozialgericht vor der Übermacht der Beklagten und der im Hintergrund agierenden Gauck-Behörde kapituliert. Es konnte oder wollte nicht einsehen, daß ein ehemaliger Grenzer der DDR im Recht ist. Schließlich forderte es den Kläger sogar auf, die Klagen zurückzunehmen. Da die Beklagten indes keine Beweise vorlegen konnten, mußte es dem Kläger schließlich recht geben. Mit ihrer Anerkennung verhinderten die Beklagten am Ende ein Urteil. Für den Kläger war es allemal ein Sieg. Die Gauck-Behörde aber hat sich als Verursachern des Übels die Niederlage redlich verdient.

**Oberst a. D. Klaus Albrecht, Königs Wusterhausen**

Die ersten drei Ausgaben des „RotFuchs“ in diesem Jahr haben nichts von der bisherigen Qualität verloren. Vielen Dank dafür. Ich möchte

die Zeitung nicht missen. Beim Studium fiel mir eine vielfach bestätigte alte Wahrheit ein: Ob ein Anzug gut ist, erweist sich beim Tragen. Der „RotFuchs“ hat für mich einen hohen Stellenwert. Und das in zweifacher Hinsicht. Erstens bestärkt er mich in meiner persönlichen Position zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung. Wer etwas bewegen will, muß einen festen und klaren Standpunkt haben. Zweitens zeichnet den „RotFuchs“ die Treue zur Gesamtheit der Tatsachen der sozialen Abläufe aus. Er hilft mir, die widerspruchsvollen und komplizierten Prozesse und Erscheinungen des Lebens in unserer Zeit aus marxistisch-leninistischer Sicht zu beurteilen und parteilich zu werten. Das ermöglicht es, den Kopf oben zu behalten. Damit es so weitergeht, ein kleiner Beitrag.

**Werner Beetz, Rostock**

Ich bin zwar kein Mitglied der DKP, verfolge aber gerade die Aktivität der Gliederung Berlin Nordost schon seit längerem mit starkem Interesse. Es würde mich also freuen, in Zukunft regelmäßiger als z. B. durch Leserbriefe in der UZ (welche ich abonniert habe) von Euch zu hören. Vielleicht könnt ihr mir ja auch ein paar alte, noch lieferbare Nummern senden?!

**Jan Schaffrath, Ploen am See**

Vielen Dank für den „RotFuchs“. Gestempelt war die Sendung am 21. 3., angekommen ist sie aber erst am 26. 3. Ob ich die Post mal frage, woran es wohl liegt? Wir könnten dem interessierten Mitleser doch gleich ein Exemplar zukommen lassen! Oder?

Anbei einige Briefmarken.

**Heinz Denné, Berlin**

Ich übersende Euch 50 DM für den „RotFuchs“. Weiter so und ruhig noch etwas schärfer!

**Hans KopistECKI, Frankfurt/Oder**

Liebe Genossen „RotFüchse“, in der Anlage übersende ich Euch meine Austrittserklärung aus der DKP. (...) Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat, ist das Verhalten des PV zur Parteigruppe Berlin Nordost und zum „RotFuchs“. Das vom PV hierzu herausgegebene Material entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten, ist in meinen Augen in hohem Maße wahrheitswidrig und fügt dem Ansehen der gesamten Partei Schaden zu.

Wahrscheinlich ist mein Austritt auch nicht gerade die richtige Reaktion. Aber leider wird eine andere Sprache vom PV nicht verstanden. (...) Natürlich ändert dieser Schritt nichts an meiner kommunistischen Weltanschauung. Auch die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei wird von mir nicht angezweifelt, nur ob die DKP in ihrer derzeitigen Verfassung diese Rolle spielen kann, bezweifle ich nach den Erfahrungen meiner 8jährigen Parteizugehörigkeit stark. Auch die UZ als zentrales Parteiorgan schreckt eher ab als daß sie neue Sympathisanten für die DKP gewinnt.

Umso wichtiger erscheint mir Eure Arbeit, ohne den „RotFuchs“ hätte ich diesen einschneidenden Schritt bereits vor längerer Zeit getan. Deshalb, liebe „RotFüchse“, wünsche ich Euch mehr Standfestigkeit, als ich sie gezeigt habe, und hoffe, die Zeitung noch lange beziehen zu können. Gleichzeitig möchte ich Euch bitten, mir die CD mit den bisherigen Ausgaben des RF zuzusenden. Eine kleine Spende dafür lege ich bei.

**Klaus Neuber, Bad Dürrenberg**

Mein Brief sollte Euch schon lange erreichen. Als Leser des „RotFuchs“ möchte ich Eure Arbeit

unterstützen. Deshalb übersende ich Euch 50 Briefmarken à 1,50 DM, um einen kleinen Beitrag zu leisten, daß diese interessante, vielseitige und zum Lesen auffordernde Zeitung regelmäßig erscheinen kann. Mit den besten Wünschen für eine weitere erfolgreiche Arbeit

**Gerhard Gensleben, Potsdam**

Haben Sie vielen Dank für die prompte Zusendung der Februar-Ausgabe des „RotFuchs“. Eine Spende füge ich bei. Bitte haben Sie die Liebenswürdigkeit, mir zusammen mit der März-Ausgabe nachträglich auch die vom Januar zukommen zu lassen.

**Dieter Kuhn, Esslingen**

Ich würde mich sehr über eine Zusendung der Zeitung freuen. Nach Erhalt eines Exemplars werde ich über eine Spende nachdenken. Vielen Dank schon einmal im voraus.

**Petra Schönwald, Münster**

Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Ich verstehe ihn als nötige Ergänzung zu unserer UZ, zur „Roten Fahne“ und zum ND. Der „RotFuchs“ sollte helfen, Parteigrenzen zu überschreiten, und wo es geht, auf Gemeinsames zu orientieren. Dafür weiterhin viel Erfolg.

**Gerd Engelmann, Zittau**

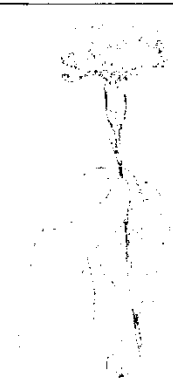
Euer Bericht über Laurent Kabila zeigte, was mit Menschen geschieht, die sich nicht länger von den Reichen ausbeuten lassen wollen. Und anderserseits, wie dumm ein Volk ist, welches die Lügen der Medienreporter glaubt. Dieser S. R. hat die Gerechtigkeit mit ihrem Wahrheitsgehalt gefordert, daher wohl traute er sich nicht, den Artikel mit seinem vollen Namen zu unterschreiben. Wir bedanken uns sehr herzlich für den Beitrag. Auch ich trauerte um einen Revolutionär und möchte, daß das Volk in Kongo endgültig gegen die Ausbeuter aufsteht, so wie man auch die reichen Farmer in Simbabwe vertreiben sollte. Die armen Hungerleider haben ohnehin nichts zu verlieren.

Wir schicken Euch einige Scheine als Unterstützung. Bitte sendet den „RotFuchs“ auch an

...  
**Erhard und Marianne Schreiber, Chemnitz**

„Wir haben die Niederlage nicht erlitten, weil wir ‚starrköpfig‘ am Marxismus-Leninismus festgehalten, sondern weil wir uns in einigen entscheidenden Fragen von ihm entfernt hatten“, schreibt Dieter Itzerott in seinem Beitrag „Ein Haus ohne Fundamente?“ (Februar-RF). Genau den Eindruck habe ich auch, wenn ich mich erinnere, wie das Konsumdenken in der DDR immer mehr den politisch-ideologischen Verstand vieler Menschen zerstörte. Selbst erfahrene DDR-Politiker haben wohl auch die Grundregel nicht mehr so recht ernst genommen, daß Besitzverhältnisse Machtverhältnisse sind. Das ist m. E. das Wesentliche am Marxismus-Leninismus, das man beachten muß, wenn man in Versorgungsfragen oder mit der eingeschränkten „Reisefreiheit“ unzufrieden ist. Wichtig wäre die Verteidigung der sozialistischen Betriebe und der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – ohne Kapitalisten und Junker – gewesen, bevor man sich „störenden Dingen des DDR-Alltags zugewandt hatte. Es wurde leider von vielen Bürgern auch nicht verstanden, daß die befestigten Grenzen eine wichtige Schutzfunktion für die sozialistischen Ernungenschaften besaßen.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**



Am 18. April 2001 beging Genossin **Brigitte Müller**, Landesvorsitzende der DKP Brandenburg, die wir noch aus ihrer Tätigkeit als stellvertretende Bezirksvorsitzende in Berlin in guter Erinnerung haben, ihren

60. Geburtstag. Wir übermitteln Brigitte, die sich mit großem Engagement für die Ziele der kommunistischen Bewegung einsetzt, nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche, wobei wir die Hoffnung ausdrücken, daß sich ihre angegriffene Gesundheit bald stabilisieren möge.  
*DKP-Gruppe Nordost und „RotFuchs“-Redaktion*

Am 28. April wird unser Kled-Genosse **Karl-Eduard von Schnitzler** - 83 Jahre alt.

Am 4. Mai vollendet Genossin **Erika Correns** ihr 82. Lebensjahr. Beide Jubilare hatten in letzter Zeit ernste gesundheitliche Probleme, der Krankenhausaufenthalt aber liegt hinter ihnen. Wir gratulieren ihnen von ganzem Herzen und möchten sie wissen lassen, daß die Gruppe sie sehr braucht.

Herzliche Glückwünsche gelten auch den Jüngeren und Jungen: **Frank, Hartwig, Norbert und Renate**

*Gruppenvorstand und „RotFuchs“-Redaktion*

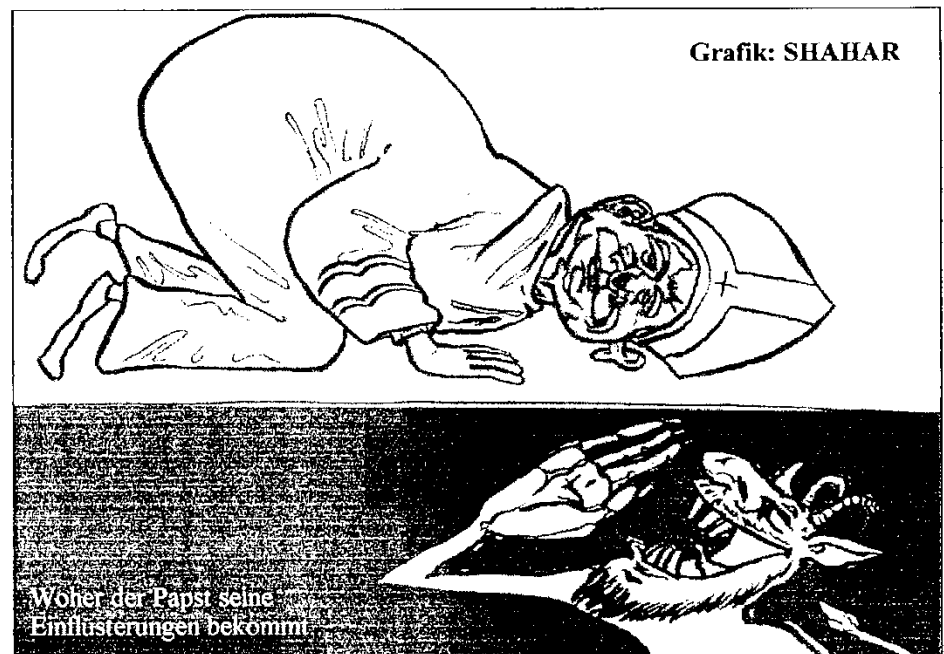
Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
08. April 2001  
Und der folgenden: 08. Mai 2001

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Am Dienstag, dem 22. Mai 2001 um 19.00 Uhr (veränderte Sommer-Anfangszeit bitte beachten!) führt die DKP-Gruppe Berlin Nordost im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz ein **Rundtischgespräch** mit Publikumsdiskussion zu dem Thema „**Gesundheitswesen in DDR und BRD**“ durch. Mitglieder, Sympathisanten und Interessenten sind herzlich eingeladen. Ihre Teilnahme haben bereits zugesagt: Prof. Dr. med. habil Ilse Eisen-Hagemann, Dr. med. Regine Fischer und MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas

Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs:

Am 30. April 2001 findet um 19.00 Uhr im Blauen Salon die **internationale Maifeier** statt. Am 16. Mai 2001 wird bei einem Videoabend auf Leinwand um 19.00 Uhr der Karl-Liebkecht-Spielfilm „Trotz alledem“ gezeigt.



### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost  
REDAKTEUR (ViSDP):  
**Dr. Klaus Steiniger**  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404  
LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:  
**Lena und Kurt André,**  
**Eberhard Bock**  
**Matthias Bublitz**  
**Wolfgang Clausner**  
**Dr. sc. Gerhard Feldbauer**  
**Arno Fleischer**  
**Walter Florath**  
**Ernst Heinz**  
**Heinz Herresbach**

**Werner Hoppe**  
**Prof. Dr. Ulrich Huar**  
**Dieter Itzerott**  
**Monika Kauf,**  
**Gerda Klabuhn**  
**Prof. Dr. Eike Kopf**  
**Wolfgang Metzger**  
**Dr. Annemarie Mühlefeldt**  
**Frank Mühlefeldt**

**Armin Neumann**  
**Dr. Norbert Pauligk**  
**Rainer Rupp**  
**SHAHAR**  
**Karl-Eduard v. Schnitzler**  
**Dr. Hartwig Strohschein**  
**Herbert Thomas**  
**Dr. Ing. Peter Tichauer**  
**Rolf Vellay**

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.